



universität
wien

MASTERARBEIT/ MASTER'S THESIS

Titel der Masterarbeit / Title of the Master's Thesis

Russische Föderation
Eine unterschätzte Großmacht?

verfasst von / submitted by

Christof Kurzemann, BA

angestrebter akademischer Grad / in partial fulfilment of the requirements for the degree of

Master of Arts (MA)

Wien, 2022 / Vienna 2022

Studienkennzahl lt. Studienblatt /
degree programme code as it appears on the student
record sheet:

UA 066 824

Studienrichtung lt. Studienblatt /
degree programme as it appears on the student
record sheet:

Masterstudium Politikwissenschaft

Betreut von / Supervisor:

ao. Univ.-Prof. Doz. Dr. Otmar Höll

Danksagung

An dieser Stelle möchte ich mich bei allen Personen bedanken, die mich bei meinem Lebensweg unterstützt und an mich geglaubt haben. Ein besonderer Dank gebührt Doz. tit. Univ.-Prof. Dr. Otmar Höll. Seine zahlreichen Rückmeldungen waren für mich eine große Hilfestellung und ermöglichten es mir die vorliegende Arbeit wie geplant abzuschließen.

An dieser Stelle möchte mich auch bei meiner Lebensgefährtin, für ihr Verständnis und ihre Unterstützung bedanken. An diesem Erfolg haben aber auch meine Eltern einen wesentlichen Anteil. Auch bei ihnen möchte ich mich recht herzlichen bedanken!

Kurzfassung

Die vorliegende Arbeit beschäftigte sich mit den Großmachtansprüchen der Russischen Föderation. Der klassische und der strukturelle Neorealismus dienten dabei als theoretische Grundlage. Die Außenpolitik der Russischen Föderation wurde in der Vergangenheit besonders von der Balance of Power Strategie geprägt. Dabei versucht die russische Führung seine Großmachtanspruch außenpolitisch zu unterstreichen, indem sie versucht gegen potenzielle Osterweiterungen der NATO als auch der EU vorzugehen. Im Realismus gilt das Militär als wichtigsten Instrument zur Durchsetzung der eigenen Interessen.

Daraufhin wurde eine Einzelfallstudie über die russischen Machtressourcen durchgeführt. Die russischen Machtressourcen wurden in einen politischen, wirtschaftlichen und militärischen Teil aufgeteilt. Der politische Teil befasste sich mit dem politischen System der Russischen Föderation. Gerade in der ersten Amtszeit von Vladimir Putin wurde die Kompetenzen des Zentralstaat gegenüber den Föderationssubjekten verbessert und dadurch den Unabhängigkeitsbestrebungen in der Russischen Föderation entgegengewirkt.

Im wirtschaftlichen Abschnitt wurden die russische Wirtschaftspolitik und die volkswirtschaftlichen Faktoren besprochen. An dieser Stelle wurde ein besonderer Fokus auf die Betrachtung der russischen Erdöl- und Erdgaswirtschaft gelegt. Im Anschluss wurden alle militärischen Teilstreitkräfte analysiert. Mithilfe der enormen Investitionen gelang es Vladimir Putin in den letzten Jahren die militärischen Fähigkeiten des Landes enorm zu verbessern. Schlussendlich wurde beantwortet, ob der Großmachtanspruch der Russischen Föderation gerechtfertigt ist.

Schlagwörter: Großmacht, Russische Föderation, Realismus, militärische Ressourcen

Abstract

The present work dealt with the great power claims of the Russian Federation. Classical and structural neorealism served as the theoretical basis. In the past, the foreign policy of the Russian Federation was particularly shaped by the balance of power strategy. The Russian leadership tries to underline its claim to great power in foreign policy by taking action against potential eastward enlargements of NATO and the EU. In realism, the military is seen as the most important instrument for asserting one's own interests. This was followed by a case study of Russian power resources. Russian power resources were divided into a political, economic and military part.

The political part dealt with the political system of the Russian Federation. Especially during Vladimir Putin's first term in office, the competences of the central state were improved, thus counteracting the independence efforts in the Russian Federation. In the economic section, Russian economic policy and economic factors were discussed. At this point, a special focus was placed on the consideration of the Russian oil and gas economy. Subsequently, all military branches were analysed. With the help of enormous investments, Vladimir Putin has succeeded in improving the country's military capabilities enormously in recent years. Finally, the question of whether the Russian Federation's claim to great power is justified was answered.

Keywords: Great Power, Russian Federation, Realism, Military Resources

Inhaltsverzeichnis

1. Einführung.....	9
1.1. Problemstellung	9
1.2. Begriffsdefinition „Großmacht“	12
1.3. Methodische Vorgehensweise	13
1.3.1. Literaturrecherche	14
1.3.2. Forschungsmethode.....	15
1.3.3. Erhebungsmethode	16
1.3.4. Auswertungsmethode	18
1.3.5. Gütekriterien der Fallstudienforschung.....	20
1.4. Stand der Forschung	21
2. Theoretische Grundlagen.....	24
2.1. Internationale Beziehungen.....	24
2.2. Klassischer Realismus.....	25
2.2.1. Hintergrund	25
2.2.2. Anarchie im internationalen System.....	25
2.2.3. Machtstreben	26
2.2.4. Prinzip des Mächtegleichgewichts	27
2.2.5. Moralisch versus kluge Machtpolitik.....	28
2.3. Neorealismus.....	29
2.3.1. Hintergrund	29
2.3.2. Systemkonstellationen	30
2.3.3. Machtmaximierung versus Sicherheitsmaximierung.....	30
2.3.4. Unterschiedliche Verteilung der Verteilung von materiellen und quantifizierbaren Fähigkeiten	31
2.4. Bewertung der russischen Außenpolitik aus realistischer Sichtweise	32
2.5. Teilresümee	35
2.5.1. Zusammenfassung.....	35
2.5.2. Kritik	35
3. Politische Machtressourcen	36
3.1. Transformationsprozess und Verfassung von 1993	36
3.2. Reformprozess in der Ära Putin	38
3.3. Exkurs: Einfluss der Oligarchen und Korruptionsskandale.....	40
3.4. Fläche und Population.....	46
3.5. Mitglied im UN-Sicherheitsrat.....	48
3.6. Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit.....	48

3.7.	Eurasische Wirtschaftsunion	51
4.	Wirtschaftliche Machtressourcen	53
4.1.	Transformationsprozess nach dem Ende der Sowjetunion	53
4.2.	Wirtschaftswachstum seit dem Jahr 2000	54
4.3.	Wirtschaftspolitik	57
4.4.	Exkurs: Russische Öl- und Gaswirtschaft als Machtressource	63
4.4.1.	Transformationsprozess der russischen Öl- und Gaswirtschaft.....	63
4.4.2.	Erdgas- und Erdölwirtschaft als innenpolitische Machtressource	64
4.4.3.	Russische Erdöl- und Erdgaswirtschaft als außenpolitische Machtressource	66
4.4.4.	Russische Erdöl- und Erdgaswirtschaft als wirtschaftliche Machtressource	68
4.5.	Fiskalpolitik und Arbeitslosenquote	73
4.6.	Russische Devisen- und Goldreserven	81
4.7.	Attraktivität des Wirtschaftsstandortes	83
4.8.	Geldpolitik und Inflation	86
5.	Militärische Machtressourcen.....	89
5.1.	Reformbestrebungen nach dem Ende der Sowjetunion.....	89
5.2.	Missionen und Ziele der russischen Streitkräfte	91
5.3.	Militärausgaben	94
5.4.	Landstreitkräfte.....	95
5.5.	Luftstreitkräfte	98
5.6.	Marine	101
5.7.	Nuklearstreitkräfte	104
5.8.	Rüstungsindustrie.....	107
6.	Conclusion	110
6.1.	Zusammenfassung.....	110
6.2.	Beantwortung der Fragestellung	112
6.3.	Limitation	113
	Literaturverzeichnis.....	114

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Grundsätzliche Typen von Fallstudien	16
Abbildung 2: Datenquellen in der Fallstudienforschung sowie ihre Vor- und Nachteile.....	17
Abbildung 3:Ablaufmodell bei einer zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse	19
Abbildung 4:Zusammenfassung der Aussagenlogik des klassischen Realismus	29
Abbildung 5:Zusammenfassung der Aussagenlogik des strukturellen Neorealismus	32
Abbildung 6: Russische Militärbasen im Ausland.....	51
Abbildung 7:Entwicklung des kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukts pro Kopf in US-Dollar	56
Abbildung 8:Anteil der Öl- oder Gasexporte am gesamten Warenexport	58
Abbildung 9: Leistungsbilanzsaldo in US-Dollar	61
Abbildung 10:: Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von den Ölpreisen.....	71
Abbildung 11:Arbeitslosenrate und Anteil der arbeitslosen Bevölkerung mit Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung.....	78
Abbildung 12:Arbeitslosenrate nach internationaler Definition	79
Abbildung 13: Einkommensentwicklung.....	80
Abbildung 14:Gesamte Reserven inklusive den Goldbeständen in US-Dollar	83
Abbildung 15: Ausländische Direktinvestitionen - Nettokapitalzuflüsse	85
Abbildung 16: Leitzins- und Wechselkursentwicklung zwischen 2014 und 2015	87
Abbildung 17: Inflationsentwicklung	88
Abbildung 18: Strategische Kommando der russischen Streitkräfte	90
Abbildung 19: Militärausgaben zwischen 2015 und 2020	95
Abbildung 20: Russische Nuklearstreitkräfte	105

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Gütekriterien und Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Fallstudienforschung	20
Tabelle 2: Aktueller Forschungsstand	22
Tabelle 3: Fläche im Ländervergleich	47
Tabelle 4: Bevölkerung im Ländervergleich	47
Tabelle 5: kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US-Dollar	57
Tabelle 6: Leistungsbilanzsaldo in Milliarden US-Dollar	62
Tabelle 7: Arbeitslosenrate nach internationaler Definition	80
Tabelle 8: Gesamte Reserven inklusive den Goldbeständen in US-Dollar	83
Tabelle 9: Ausländische Direktinvestitionen - Nettokapitalzuflüsse	86
Tabelle 10: Inflationsentwicklung	88
Tabelle 11: Anzahl des Aktiven bzw. Reserve Personals	91
Tabelle 12: Militärausgaben absolut in Milliarden Dollar	94
Tabelle 13: Russische Kampfpanzer in allen Truppengattung: Anschaffung, Kampfwertgesteigert und Gesamtzahl	96
Tabelle 14: Anzahl der Kampfpanzer, Schützenpanzer und Artillerie	97
Tabelle 15: Entwicklungsstränge aus der ehemaligen Sowjetunion bis zu den aktuellen Neuentwicklungen der unterschiedlichen Waffensysteme	99
Tabelle 16: Anzahl der Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber	99
Tabelle 17: Anzahl der Transportflugzeuge und Transporthubschrauber	100
Tabelle 18: Anzahl der Schwere Bomber und Schwere unbemannte Flugzeuge	101
Tabelle 19: U-Boote und U-Boote mit ballistischen Raketen und Nuklearantrieb	101
Tabelle 20: Anzahl der Flugzeugträger, Zerstörer und Amphibienschiffe	102
Tabelle 21: Neubau von Marineschiffen 2010 - 2020	103
Tabelle 22: Russlands Verteidigungsindustrie: jährliche prozentuale Veränderung der Industrieproduktion	109

1. Einführung

1.1. Problemstellung

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion im Jahr 1991 wurde sowohl die politische als auch die wirtschaftliche Transformation der Russischen Föderation vollzogen. Auf der politischen Ebene wurde das sozialistische Einparteiensystem durch ein autoritäres-semipräsidentielles System ersetzt. Im Jahr 1993 wurde eine Verfassung beschlossen, die die Russische Föderation als demokratische Republik mit einem Grundrechtskatalog festlegt. Die Planwirtschaft wurde durch die Marktwirtschaft mit drakonischen Maßnahmen ersetzt, was zu enormen ökonomischen Verwerfungen führte. Die Existenzgrundlagen für den überwiegenden Teil der Bevölkerung wurden zerstört und dadurch soziale Unruhen ausgelöst. Die russische Bevölkerung sehnte sich nach einem starken Staat, der die militärischen, politischen und ökonomischen Entwicklungen maßgeblich lenkt. Die Mehrheit der Bevölkerung wünschten sich die Bildung einer neuen Mittelschicht und die Etablierung der Russischen Föderation als weltpolitische Großmacht. Nach dem Rücktritt von Boris Jelzin wurde im Jahr 2000 Vladimir Putin zum Staatspräsidenten der Russischen Föderation ernannt. Dieser nützte die herausragende Machtposition des russischen Präsidenten innerhalb des politischen Systems aus und stärkte maßgeblich den Zentralstaat. Sowohl die föderalen Rechte der einzelnen Föderationssubjekte als auch die Pressefreiheit wurden daraufhin fundamental beschnitten. Neben der Einschränkung der Pressefreiheit wurde ebenso die Oppositionsarbeit maßgeblich erschwert. Diese Maßnahmen verschafften den kreml-nahen Parteien in den Parlamentswahlen 2003 einen fulminanten Sieg. Seitdem versucht Präsident Vladimir Putin die russische Machtprojektionsfähigkeit kontinuierlich auszubauen und die Russische Föderation als Großmacht wieder zu etablieren. (Klaeren 2004, S.1ff) In diesem Zusammenhang wird Macht als Ressource definiert, die als Grundlage zur Durchsetzung der eigenen Interessen notwendig ist. Über die tatsächliche Erfolgswahrscheinlichkeit von russischen Militärinterventionen in Konfliktsituationen können aber nur begrenzt Aussagen getroffen werden. Der Ausgang eines Konfliktes ist von einer Vielzahl an weiteren Faktoren wie etwa die Geländetopografie des Konfliktgebiets, Kollaborationsfähigkeit der eigenen Streitkräfte mit der heimischen Bevölkerung und

Reaktionsfähigkeit der einzelnen Konfliktparteien abhängig. Die russischen Streitkräfte sind aufgrund ihrer Truppenstärke und des eigenen Ausbildungsstandes gegenüber den anderen Streitkräften im postsowjetischen Raum weit überlegen. Der größte Teil der Ausrüstungsgegenstände und der militärischen Infrastruktur wurde von der Sowjetunion auf die Russische Föderation übertragen. Weiters wurden durch die enormen Modernisierungsbestrebungen innerhalb der russischen Streitkräfte die Strukturen, der Ausbildungsstand und die militärische Ausrüstung auf die aktuellen militärischen Herausforderungen angepasst und dadurch die russische Dominanz in der Region weiter verstärkt. Die russische Überlegenheit im postsowjetischen Raum kann durch einen Vergleich der Militärausgaben verdeutlicht werden. Die Russische Föderation gab für ihre Verteidigung 17-mal mehr aus als die Ukraine. Gleichzeitig verfügte die Ukraine über die zweithöchsten Verteidigungsausgaben in der gesamten Region. (Klein 2018, S.13ff)

Die ersten russischen Hegemonialbestrebungen nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wurden im Georgienkrieg 2008 sichtbar. Sowohl im Georgienkrieg 2008 als auch im Ukraine Konflikt 2014 wurden von russischer Seite versucht, den wachsenden westlichen Einfluss in beiden Ländern zurückzudrängen. Die russische Führung folgte einer militärischen Vorwärtsstrategie und versuchte mithilfe von irregulären Truppen seine Interessen in den benachbarten Staaten durchzusetzen. Auf politischer Ebene wurde durch die russische Zwangsdiplomatie (coercive diplomacy) versucht, gezielt Druck auf die Nachbarländer auszuüben und dadurch eine Anlehnung an die russische Politik zu bewirken. (Klein 2018, S.5ff)

Unter der politischen Führung von Vladimir Putin wird ein neues Selbstbewusstsein sowohl in der politischen Elite als auch in der Bevölkerung hervorgebracht. Außerdem möchte Vladimir Putin eine eigene Einflussosphäre im postsowjetischen Raum schaffen und gerade bei außenpolitischen und sicherheitspolitischen Angelegenheiten der Russischen Föderation global wieder mehr Einfluss verschaffen. Außerdem versucht Putin die unipolare Stellung der USA, seit dem Zusammenbruch der UDSSR zu brechen und stattdessen eine multipolare Weltordnung durchzusetzen. (Klein 2015, S.1ff)

Im internationalen System herrschen ambivalente Machtverhältnisse vor. Zwischen den Staaten sind Machtbeziehungen vorhanden, ein offizielles Machtzentrum existiert im internationalen System aber nicht. Deshalb wird das gegenwärtige internationale System

als anarchisch bezeichnet und kein unerheblicher Teil der internationalen Diplomatie findet auf bilateraler Ebene statt. Aufgrund der unterschiedlichen geschichtlichen, wirtschaftlichen und politischen Hintergründe der Staaten haben sich verschiedene Machtasymmetrien herausgebildet. Die strategische Positionierung der Staaten im internationalen System wirft entscheidende realpolitische als auch theoretische Fragen auf. Gerade die Analyse des Machtbegriffs ist für die Weiterentwicklung der bestehenden Theorie besonders relevant. (Lemke 2008, S.9f)

Wie wichtig der Machtbegriff für die wissenschaftliche Diskussion ist, wird ersichtlich, wenn man sich die Verwendung von omnipräsenten Fachterminologien wie etwa Großmacht oder Militärmacht in der Literatur verdeutlicht. (Lemke 2008, S.9f)

Das traditionelle sozialwissenschaftliche Machtkonzept wurde ursprünglich von Max Weber begründet. Macht wird nach Max Weber definiert als „jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel, worauf diese Chance beruht.“ (Weber 1956, S.38) Demnach geht Weber davon aus, dass Machtstrukturen in allen ungleichen sozialen Beziehungen existieren.

Um eine empirische Untersuchung der Machtstrukturen durchführen zu können, muss der Machtbegriff entsprechend operationalisiert werden. Neben der militärischen, ökonomischen und finanziellen Leistungsfähigkeit stellt aber auch die technologische bzw. wissenschaftliche Grundlage eines Landes relevante Machtfaktoren dar. (Lemke 2008, S.10f)

Auf der Grundlage dieser Problemstellung hat sich die vorliegende Arbeit mit der folgenden Forschungsfrage auseinandersetzen:

Sind die Großmachtsprüche der Russischen Föderation auf der Basis der eigenen militärischen Ressourcen und des potenziellen Vermögens gerechtfertigt?

Als zeitliche Limitierung der Studie wird der Beginn der ersten Amtszeit von Vladimir Putin im Jahr 2000 bis zum Jahr 2020 festgelegt. Weiters beschränkt sich die Forschungsarbeit auf die Russische Föderation. Dies schließt jedoch nicht aus, dass der Autor mithilfe von Ländervergleiche versucht, zusätzliche Erkenntnisse zu generieren. Das Gleiche gilt auch beim zeitlichen Bezug. Bei gewissen Sachverhalten wurde es vom Autor als sinnvoll erachtet, Erkenntnisse aus anderen Zeitepochen bei der Analyse zu berücksichtigen.

1.2. Begriffsdefinition „Großmacht“

Laut Kenneth N. Waltz zeichnet sich eine Großmacht durch ihre Größe der Bevölkerung und des Territoriums, der Ressourcenausstattung, der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der militärischen Stärke, der politischen Stabilität und der Kompetenz aus. (Waltz 1993, S.50)

Der realistische Machtbegriff legt hingegen den Fokus auf die militärischen Ressourcen. Eine Großmacht verfügt im Vergleich zu anderen Staaten über überlegene Machtressourcen. Außerdem wird im Realismus zwischen einer offensiven und einer defensiven Großmacht unterschieden. Demnach zeichnet eine defensive Großmacht aus, indem sie „allein gegen jeden anderen einzelnen Staat im internationalen System militärisch bestehen kann.“ (Schimmelfennig 2017, S.74) Hingegen wird von einer offensiven Großmacht gesprochen, wenn man „in der Lage ist, im gesamten System militärischen Einfluss auszuüben.“ (Schimmelfennig 2017, S.74) An dieser Stelle wird auch von der Möglichkeit der „globalen Machtprojektion“ gesprochen. (Schimmelfennig 2017, S.74)

Der Begriff „Großmacht“ wurde im Zuge der Herausbildung der modernen Staatenwelt geschaffen. (Maull 2007, S.7) Dabei konnte in der Neuzeit stets eine Multipolarität im europäischen Staatensystem beobachtet werden. Gewisse Staaten büßte im Laufe der Neuzeit ihren Großmachtstatus ein. Andere Staaten wiederum wie die Vereinigten Staaten von Amerika oder die Sowjetunion konnten nach dem Zweiten Weltkrieg ihren globalen Einfluss massiv ausweiten. Diese Machtverschiebung bewirkte nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis zum Niedergang der Sowjetunion ein globales bipolares System. Nach dem Ende des Kalten Krieges gibt es Indizien, dass die Vereinigten Staaten von Amerika als alleinige Großmacht übrig geblieben sind. Charles Krauthammer vertrat damals die These des „unipolaren Moments“, demnach können die Vereinigten Staaten von Amerika als einzig verbliebene Großmacht das internationale System zu ihren Gunsten beeinflussen. (Krauthammer 1991, S.23f) Andere Autoren wie etwa Kenneth N. Waltz argumentieren hingegen, dass das internationale System durch den Machtzuwachs der Volksrepublik China und der nuklearen Zweitschlagfähigkeit der Russischen Föderation wieder von der Multipolarität bestimmt wird. (Waltz 1993, S.44ff)

Eine Typologisierung der Machtfaktoren wurde von Kenneth Boulding im Rahmen seiner Studie präsentiert. Nach Boulding gibt es drei verschiedene Formen, um die eigenen Interessen gegenüber anderen durchsetzen zu können. Durch Machtandrohungen eines Staates wird etwa versucht, den eigenen Einfluss auf der Grundlage von Zwangsmitteln auf andere Staaten auszuweiten. Als Ergebnis der Machtandrohung wird der bedrohte Staat den Forderungen nachkommen, die Machtbeziehung abbrechen oder sogar Gegendrohungen aussprechen. Die wirtschaftliche Macht basiert hingegen auf einer ökonomischen Überlegenheit eines Staates durch eine asymmetrische Verteilung von wirtschaftlichen Ressourcen. Die integrative Macht stellt die dritte Machtform dar. Ein Staat besitzt eine integrative Macht, wenn die eigenen Machtansprüche als legitim angesehen werden. (Boulding 1989, S.1ff)

Nach Maull muss eine Großmacht folgende Kriterien aufweisen (Maull 2007, S.7):

- a. Souveräne (National-) Staaten und der
- b. Kontrolle über einen signifikanten Anteil des weltweit verfügbaren Territoriums der (politisch organisierten) Weltbevölkerung und damit
- c. einer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zum Aufbau und Unterhalt erheblicher militärischer Machtprojektionsressourcen sowie
- d. einem außenpolitischen Rollenkonzept, das die Nutzung dieser Möglichkeiten zur (Mit-) Gestaltung anstrebte und
- e. der Fähigkeit, internationale Entwicklungen signifikant zu beeinflussen.

In der vorliegenden Arbeit werden die Kriterien von Maull herangezogen, um adäquat bewerten zu können, ob der russische Großmachtanspruch legitim ist.

1.3. Methodische Vorgehensweise

Der Forschungsprozess in der vorliegenden Arbeit weist einen theoretischen und einen empirischen Teil auf. Zur Evaluierung des Forschungsstands wurde eine ausführliche

Literaturrecherche durchgeführt. Im Anschluss wurden die zentralen Thesen des Realismus als theoretische Grundlage dargestellt. Gleichzeitig stellt der Realismus als bedeutsame politikwissenschaftliche Theorie der Internationalen Beziehungen den konzeptionellen Rahmen für die empirische Untersuchung dar. Nachfolgend wurde zum Zweck der Beantwortung der Forschungsfrage eine detaillierte Einzelfallstudie über die russischen Machtressourcen erstellt.

1.3.1. Literaturrecherche

Bei der Literaturrecherche wurden zwei verschiedene Strategien, nämlich die Schnellballrecherche und die systematische Recherche angewandt. Bei der Schneeballrecherche wurden die Literaturverweise von zentralen wissenschaftlichen Beiträgen verwendet, um ein vertieftes Verständnis über den Untersuchungsgegenstand entwickeln zu können. (Bänsch/Alewell 2020, S.61f) Bei einer näheren Betrachtungsweise der Literaturverweise kann auch der Argumentationslinie der ForscherInnen besser nachvollzogen werden. (Sesink 2012, S.117f) Dadurch besteht die Möglichkeit, sich mit verhältnismäßig geringem Zeitaufwand in ein Themengebiet einzuarbeiten, auch wenn vorab wenig Kenntnisse über das Untersuchungsfeld vorliegen. (Bänsch/Alewell 2020, S.61f) Beim weiteren Rechercheverlauf stößt man immer häufiger auf die gleichen Literaturverweise. Deshalb kann man davon ausgehen, dass es sich um die relevantesten Forschungsbeiträge zum jeweiligen Thema handelt. Durch diese Vorgehensweise kann ein Zitier-Zirkel verursacht werden. Ein Zitier-Zirkel ist eine Gruppe von ForscherInnen, die eine ähnliche Meinung vertreten und sich wechselseitig zitieren, ohne dabei aktuelle Forschungsergebnisse aus anderen theoretischen Strömungen in der wissenschaftlichen Diskussion zu inkludieren. (Sesink 2012, S.118ff) Mit der Schnellballrecherche wurde nicht die vollständige wissenschaftliche Literatur durchsucht, sondern eine gewisse Selektion vorgenommen. Denn mit dieser Methode wurde hauptsächlich die Basisliteratur erfasst, jedoch gerade neue, noch wenig zitierte wissenschaftliche Beiträge kaum Beachtung geschenkt. (Bänsch/Alewell 2020, S.61f) Um den aktuellen Forschungsstand in ihrer Gesamtheit erfassen zu können, wurde zusätzlich eine vollständige Literaturrecherche durchgeführt. Zu diesem Zwecke wurden diverse Datenbanken, Bibliothekskataloge und

Dokumentenserver untersucht. Bei der Untersuchung wurden inhaltlich relevante Suchbegriffe bzw. Suchbegriffskombinationen verwendet. (Bänsch/Alewell 2020, S.63)

1.3.2. Forschungsmethode

In der folgenden Arbeit wurde das Fallstudiendesign als Forschungsmethode verwendet. Das Fallstudiendesign stellt ein Ex-post-facto-Design dar. Diese Forschungsmethode eignet sich, um einen Zusammenhang zwischen der unabhängigen und der abhängigen Variablen zu untersuchen. In den Sozialwissenschaften können jedoch nur probabilistische Aussagen über jeweilige Zusammenhänge getroffen werden. Das liegt daran, dass die Auswirkungen von Drittvariablen auf das Ergebnis nicht vollständig ausgeschlossen werden können. (Behnke et al. 2010, S.82)

Mithilfe von Fallstudien können einzelne Phänomene akkurat untersucht werden. Die Methode eignet sich besonders, wenn die natürliche Umgebung des Phänomens nicht vollständig isoliert werden kann. Die Durchführung von Fallstudien ist mit einem erheblichen Aufwand verbunden. Aus diesem Grund werden in der Regel nur eine geringe Anzahl an Fällen untersucht. Wenn nur ein einzelner Fall erforscht wird, spricht man an dieser Stelle von einer Einzelfallstudie (single case study). Neben der Analyse von Einzelpersonen und Organisation eignet sich das Fallstudiendesigns auch um ganze Nationalstaaten zu untersuchen. (Behnke et al. 2010, S.83f)

In der vorliegenden Arbeit wurde eine Einzelfallstudie über die Machtressourcen der Russischen Föderation durchgeführt.

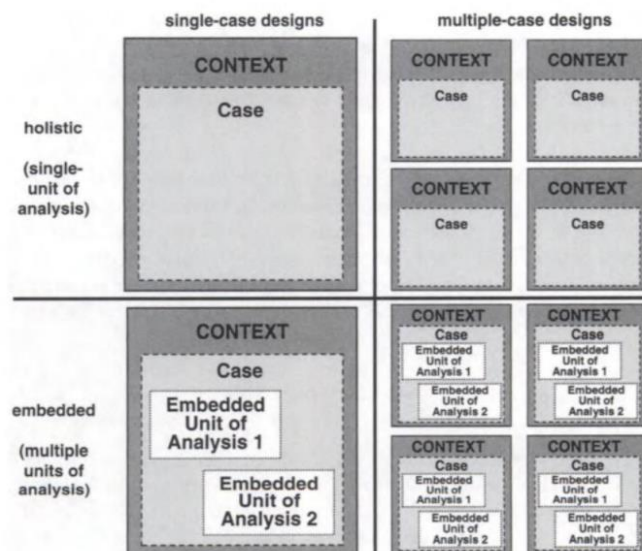


Abbildung 1: Grundsätzliche Typen von Fallstudien

Quelle: Yin 1994, S. 40

Neben der Anzahl der Fallstudien hängt die Auswahl eines geeigneten Fallstudiendesigns auch von der Analyseebene ab. Auf der holistischen Analyseebene wird das Phänomen in seiner Gesamtheit analysiert. Um die einzelnen russischen Machtressourcen adäquat untersuchen zu können, eignet sich das eingebettete Fallstudiendesign. Dieses Fallstudiendesign wird verwendet, um Teilaspekte des Phänomens genauer untersuchen zu können. Bei der Bewertung der Teilaspekte wird aber die Gesamtheit des Phänomens mitberücksichtigt. (Yin 1994, S.49)

1.3.3. Erhebungsmethode

In der Fallstudienforschung kommt eine Vielzahl an unterschiedlichen Datenquellen infrage. Nachfolgend werden die Vorteile bzw. Nachteile der verschiedenen Datenquellen dargestellt.

Erhebungsmethode/Datenquelle	Stärken	Schwächen
Dokumentationen	■ stabile Basis, kann wiederholt genutzt werden ■ nicht das Ergebnis der Fallanalyse ■ exakte Angaben ■ breite Abdeckung, lange Zeitabschnitte, verschiedene Ereignisse und Umstände	■ begrenzte Zugangsmöglichkeiten ■ verzerrt und selektiv, falls nur unvollständig ■ kann durch den Autor der Dokumente verzerrt sein ■ Zugang kann bewusst beschränkt werden
Archivmaterialien	■ (siehe Unternehmensdokumentationen) ■ präzise und oft quantitativ	■ (siehe Unternehmensdokumentationen) ■ begrenzte Zugänglichkeit aus Datenschutzgründen
Interviews/Expertengespräche	■ auf das Thema des Falls ausgerichtet ■ erkenntnisreich, gibt Hinweise auf Zusammenhänge	■ Verzerrung durch ungenaue Fragestellungen ■ Verzerrungen durch subjektive Perspektive des Gesprächspartners ■ Ungenauigkeiten durch schlechte Wiedergabe ■ Beliebigkeit, Antworten werden vom Interviewer beeinflusst
direkte Beobachtung	■ Wiedergabe einer konkreten praktischen Situation ■ Kontext des Ereignisses kann miteinbezogen werden	■ Zeit- und Ressourcenaufwand ■ sehr selektiv, wenn nicht breit abgestützt ■ Verzerrung durch die Beobachtung
teilnehmende Beobachtung	■ (siehe direkte Beobachtung) ■ Einblicke in die Beziehungsgeflechte und Motive der Beteiligten	■ (siehe direkte Beobachtung) ■ Verzerrungen durch die Einflussnahme des Beobachters
physische Artefakte	■ Einblicke in kulturelle Aspekte ■ Einblicke in technische Aktivitäten	■ Selektivität ■ Zugänglichkeit

Abbildung 2: Datenquellen in der Fallstudienforschung sowie ihre Vor- und Nachteile

Quelle: Göthlich 2003, S.10 angelehnt an Yin 2003, S.86

Unter Daten werden in der qualitativen Forschung nicht nur reines Zahlenmaterial verstanden, sondern auch sprachliche und grafische Informationen. Daher können zur Erstellung von Fallstudien auch Dokumente, Archivmaterial, Interviewgespräche, Beobachtungen und Artefakte verwendet werden. Die russischen Machtressourcen wurden mithilfe von einer Vielzahl von Dokumenten, Statistiken und Archivmaterial analysiert. Bei der Analyse der politischen Machtressourcen wurde auf die statistische Datenbank World Factbook von der Central Intelligence Agency (CIA) zurückgegriffen. Die wirtschaftlichen Machtressourcen wurden mithilfe der Russia Economic Reports der Weltbank diskutiert. Alle Inhalte der Veröffentlichungen seit 2016 wurden in der Untersuchung berücksichtigt. Die Erläuterungen aus den Berichten der Weltbank wurden mit einer Vielzahl an zusätzlichen Beiträgen ergänzt. Die Diskussion der militärischen Machtressourcen erfolgte mithilfe der Studien des International Institute of Strategic Studies. Das Forschungsinstitut International Institute of Strategic Studies veröffentlicht

auf dem Gebiet der internationalen Beziehungen jährlich die Publikation The Military Balance. Alle Publikationen aus diesem Format wurden seit 2016 in die Analyse aufgenommen. Auf Experteninterviews wurde hingegen verzichtet, weil die Perspektive der InterviewerpartnerInnen einer starken subjektiven Verzerrung unterliegen. Aufgrund der komplexen Thematik besteht außerdem die große Gefahr, dass die Aussagen der ExpertInnen beliebig ausgefallen wären. Um die Thematik in ihrer Gesamtheit diskutieren zu können, wäre es nötig gewesen, alle Kriterien einer Großmacht zu besprechen, was wiederum die Dauer eines ExpertInneninterviews bei Weitem überschritten hätte.

1.3.4. Auswertungsmethode

Die verwendeten Texte wurden mithilfe der zusammenfassende qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet. Die zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring stellt eine systematische und regelgeleitete Methode dar, die sich an der Systematik der klassischen quantitativen orientierten Inhaltsanalyse anlehnt. Die Inhaltsanalyse basiert im Wesentlichen auf drei unterschiedlichen Arbeitsweisen, die die Basis für eine Interpretation darstellen. Durch die Zusammenfassung wird versucht, das verwendete Material auf die Kerninhalte zu reduzieren. Die Explikation dient dazu, umstrittene Inhalte anhand von zusätzlichen Materialien näher zu erläutern. Mit dieser Vorgehensweise soll das Verständnis über die einzelnen Inhalte verbessert und diese in ihrem jeweiligen Kontext diskutiert werden. Das Ziel der Strukturierung ist es, das Material auf gewisse Inhalte zu untersuchen. Die Analyse des Materials erfolgt unter Zuhilfenahme von vorab festgelegten Kriterien. (Mayring 1994, S.164f) Nachfolgend wird das Ablaufmodell bei einer zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring in der Grafik dargestellt.

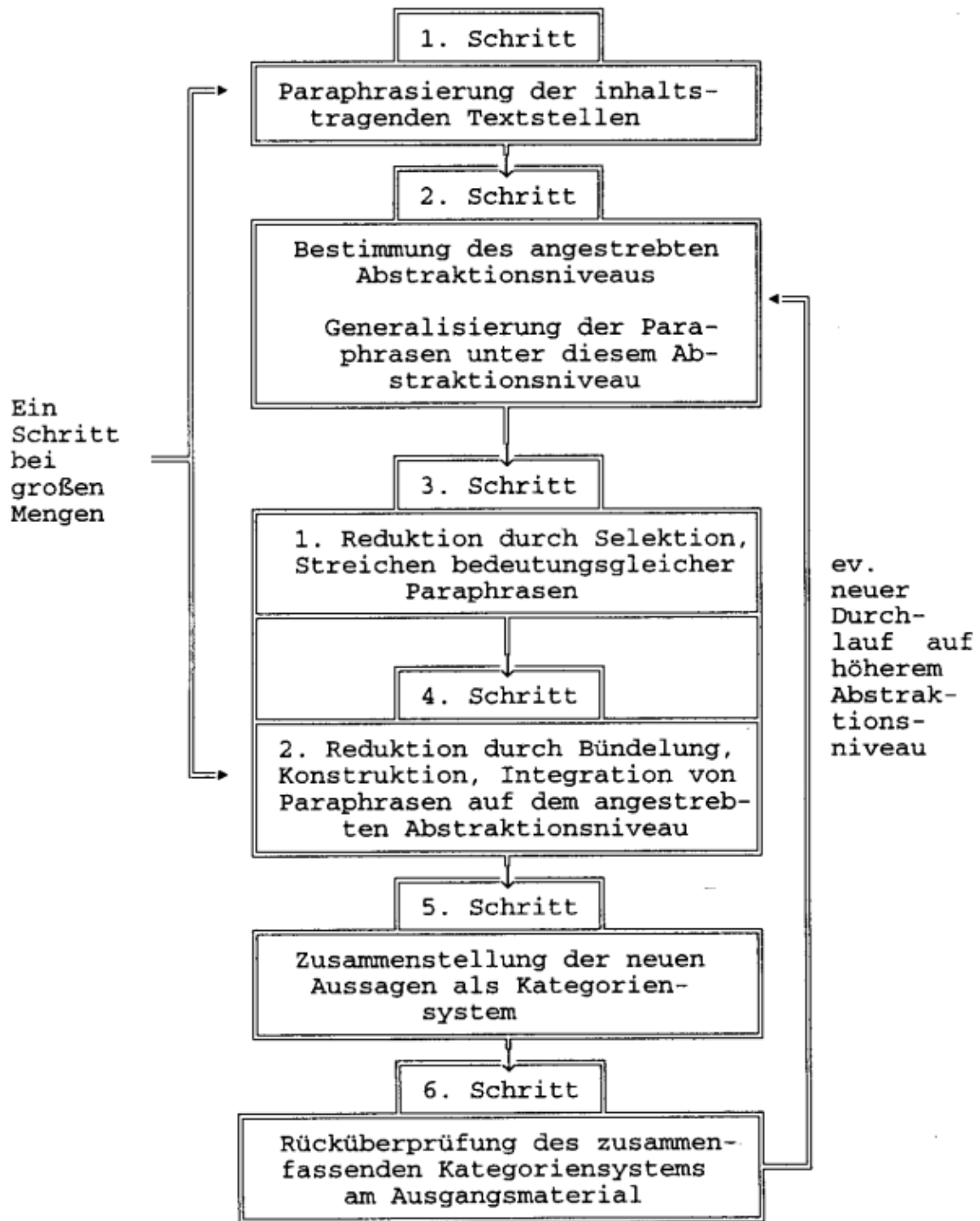


Abbildung 3:Ablaufmodell bei einer zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse

Quelle: Mayring 1994, S.165

1.3.5. Gütekriterien der Fallstudienforschung

In der Abbildung 3 werden einige Gütekriterien zur Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen Fallstudie aufgelistet.

Gütekriterien	Qualitätssicherungsmaßnahmen
Objektivität	Kontrollierbarkeit herstellen, „Grundsätzen ordnungsmäßiger Fallstudienforschung“ folgen
Validität der Konstrukte	mehrere Datenquellen verwenden, Triangulierung, „Gutachtenstil“, Begutachtung des Berichts durch Probanden
Interne Validität	Pattern Matching, Explanation Building, Berücksichtigung von alternativen/ gegensätzlichen Interpretationen und Theorien, Logische Modelle
Externe Validität	theoriegeleitet vorgehen, Replikationslogik verwenden, Feedback-Schleifen
Reliabilität	Protokollführung, Datenbank
Utilitarität	Aufwand und Nutzen kontrollieren

Tabelle 1: Gütekriterien und Qualitätssicherungsmaßnahmen in der Fallstudienforschung

Quelle: Göthlich 2003, S.13

Das Kriterium der Objektivität wird erfüllt, wenn der Forschungsprozess intersubjektiv überprüft werden kann. Der Forschungsprozess sollte möglichst frei von Werturteilen und Ideologien erfolgen. Weiters gibt es drei verschiedene Formen der Validität. Die Konstruktvalidität beschreibt ein angemessenes Modell zur Erforschung des Untersuchungsgegenstandes. Die Verwendung von mehreren Datenquellen und eine Dokumentation über den Forschungsprozess haben positive Effekte auf die Konstruktvalidität. Die korrekte Darlegung von Ursache-Wirkung Zusammenhängen im Forschungsprozess wird durch die interne Validität beurteilt. Die kausalen

Schlussfolgerungen und Modelle sollten durch eine logische Argumentation hergeleitet werden. Dadurch wird die Basis für andere ForscherInnen geschaffen, ein eigenes Urteil zu bilden und fördert wiederum die Transparenz des eigenen Forschungsprozesses. Die externe Validität stellt die Frage nach der allgemeinen Generalisierbarkeit der Forschungsergebnisse. Die externe Validität ist im Wesentlichen vom verwendeten Forschungsmodell abhängig. Werden dieselben Forschungsergebnisse bei einer Wiederholung des Forschungsprozesses erzielt, spricht man von der Reliabilität der wissenschaftlichen Untersuchung. Die Reliabilität wird durch die präzise Protokollierung des Forschungsprozesses und durch die Archivierung der entsprechenden Unterlagen erreicht. Aufgrund des überhöhten Aufwandes bei der Erstellung von Fallstudien müssen auch wirtschaftliche Überlegungen über den entsprechenden Einsatz von Personal- und Zeitressourcen angestrebt werden. (Göthlich 2003, S.13ff)

1.4. Stand der Forschung

In den wissenschaftlichen Diskussionen können eine Vielzahl an aktuelle Werke zur vorliegenden Thematik gefunden werden. Die nachfolgenden Werke weisen eine hohe Zitationsanzahl auf und wurde bei der eigenen Recherche häufig erwähnt. In den Veröffentlichungen werden die Außenpolitik der Russischen Föderation und den Vereinigten Staaten von Amerika thematisiert. Weiters wird die Reaktion von gewissen Ländern auf die Hegemonialstellung von Großmächten diskutiert.

Autor/Erscheinungsjahr/Titel	Inhalt
Mearsheimer J. (2014). Why the Ukraine Crisis Is the West's Fault: The Liberal Delusions That Provoked Putin	Der Autor analysiert die Gründe für den Ukraine Konflikt. Die aktuelle Situation in der Ukraine wird mit Erkenntnissen von Thukydides und Spinoza erläutert.
Dawisha K. (2015). Putin's kleptocracy: who owns Russia?	In diesem Buch werden die Pläne von Vladimir Putin zur Wiederherstellung des Großrusslands beschrieben. Außerdem werden die inneren Machtkreise in der Russischen Föderation dargestellt.

Zassoursky I. (2016). Media and Power in Post-Soviet Russia	Die Verschränkung von politischer Macht und medialer Macht wird in dieser Veröffentlichung diskutiert. Die Propagandafunktion der Presse steht im Fokus der Untersuchung.
Donaldson R. & Nadkarni V. (2018). The Foreign Policy of Russia: changing systems, enduring interests	Aus der Sichtweise des Realismus werden die internen und externen Faktoren identifiziert, die die russische Politik bestimmen.
Tsygankov A.(2019). Russia's Foreign Policy: Change and Continuity in National Identity	In dem Werk wird die nationale Identität in der Russischen Föderation erforscht. Die konkurrierenden einheimischen Gruppen beeinflusst die Moskauer Außenpolitik.

Tabelle 2: Aktueller Forschungsstand

Quelle: eigene Darstellung

John J. Mearsheimer vertritt die Ansicht, dass die USA und ihre europäischen Verbündeten maßgeblich für den Ukraine Konflikt verantwortlich sind. Die Einflussssphäre der Russischen Föderation wurde durch die Osterweiterungen der EU und auch der NATO deutlich reduziert. Weiters wurde von den oppositionellen Kräften der prorussische Präsident Janukowytsch in der Ukraine gestürzt, dabei wurden sie maßgeblich von den USA unterstützt. Durch diese Vorgehensweise fühlt sich die russische Führung in ihrem strategischen Kerninteresse bedroht und versucht mit allen Mitteln eine Westintegration der Ukraine zu verhindern. (Mearsheimer 2014, S.77ff)

Im Werk „Putin’s kleptocracy: who owns Russia?“ von Karen Dawisha aus dem Jahr 2015 wird der rasante politische Aufstieg von Vladimir Putin während der Zeit in Sankt Petersburg in den 1990er-Jahren dargelegt. Laut der Autorin wurde von Putin ein autoritäres Regime auf der Grundlage von Reichtum und Macht geschaffen. Das russische Vermögen wird nur von einer sehr geringen Anzahl von Personen kontrolliert, die wiederum vollkommen loyal zu Vladimir Putin stehen. Aus diesem Grund kann von einer

defekten Demokratie in der Russischen Föderation gesprochen werden. (Dawisha 2015, S.1ff)

In dem Werk „Russia's Foreign Policy: Change and Continuity in National Identity“ von Andrei P. Tsygankov aus dem Jahr 2019 identifiziert drei unterschiedliche Denkschulen in der russischen Außenpolitik: Wrestler, Statisten und Zivilisationisten. Die Wrestler wollen eine Modernisierung des Landes vorantreiben und dabei die Beziehungen zum Westen normalisieren. Die Statisten wollen unbedingt den Großmachtstatus der Russischen Föderation erhalten. Die Zivilisationisten betonen die Bedeutsamkeit der eurasischen Kultur innerhalb der Russischen Föderation. Demnach wird die Russische Föderation immer den Ausgleich zwischen den westlichen und asiatischen Ländern suchen müssen. (Tsygankov 2016, S.263ff)

Die Autoren Donaldson und Nadkarni analysieren in ihrem Buch „The Foreign Policy of Russia: changing systems, enduring interests“ die russische Entwicklung der Außenpolitik. So sind etwa ähnliche Verhaltensmuster seit der Zarenzeit in der russischen Außenpolitik klar ersichtlich. Außerdem wird im Buch auf innenpolitische Faktoren bei der Gestaltung der russischen Außenpolitik eingegangen. Zum Abschluss wird die derzeitige russische Situation in der derzeitigen multipolaren Welt diskutiert. (Donaldson/Nadkarni 2018, S.10ff)

In dem Buch „Media and Power in Post-Soviet Russia“ von Ivan Zassoursky wird dargestellt, dass der Aufstieg des Fernsehens zum neuen Massenmedium maßgeblich den Zerfall der UDSSR vorantrieb. Die Filmwelt propagierte maßgeblich den Individualismus und die Konsummentalität. Erst Vladimir Putin konnte durch die Explosionen von 1999 und dem anschließenden Tschetschenienkrieg das politische Potenzial der neuen Massenmedien vollständig für seine Zwecke ausnützen. Die neue Synthese zwischen der russischen Medienlandschaft und der russischen Führung bewirkte eine Veränderung der kollektiven Identität und Mentalität. (Zassoursky 2016, S.229f)

2. Theoretische Grundlagen

2.1. Internationale Beziehungen

Das Fach der internationalen Beziehungen stellt ein sehr umfangreicher und vielfältiger Gegenstand innerhalb der Geistes- und Sozialwissenschaften dar. In den internationalen Beziehungen können die Untersuchungsobjekte häufig nicht direkt beobachtet werden. Eine Untersuchung über die unterschiedlichen Motive und komplexen Handlungsmuster der AkteurInnen kann dennoch gelingen, indem ontologische Annahmen über den Forschungsgegenstand getroffen werden. Unter ontologische Annahme werden allgemein akzeptierte Meinungen und Verhaltensnormen im Fach der internationalen Beziehungen verstanden. (Auth 2015, S.1) Die Wahrnehmung der Realität erfolgt immer aus einer gewissen theoretischen Brille, denn ohne theoretische Grundlage kann kein Wissen über soziale Phänomene generiert werden. Abhängig von der wissenschaftlichen Theorie wird von seitens der ForscherInnen eine Wissensselektion vollzogen. Bei der Bewertung der verfügbaren Informationen wird von seitens der ForscherInnen ein kognitives Raster angewendet, um die relevanten Daten zum jeweiligen Untersuchungsgegenstand herauszufiltern. Neben der Informationsselektion dient die wissenschaftliche Theorie primär zur Erklärung von kausalen Zusammenhängen innerhalb der internationalen Beziehungen. Weiters werden theoretische Ansätze zur Strukturierung und Ordnung des bislang erworbenen Wissens benötigt. Die einzelnen wissenschaftlichen Theorien fokussieren sich auf unterschiedliche Gegenstandsbereiche und stufen deshalb verschiedenartige Phänomene als erklärungs würdig ein. (Auth 2015, S.3)

Als theoretische Grundlage in der vorliegenden Arbeit dient die realistische Schule. Der Realismus wird grundsätzlich verwendet, um die Machtbeziehungen in der internationalen Staatengemeinschaft analysieren zu können.

2.2. Klassischer Realismus

2.2.1. Hintergrund

Der Realismus ist höchstwahrscheinlich der älteste theoretische Ansatz in den internationalen Beziehungen. Die Basis für den Realismus wurde von Thukydides im 5. Jahrhundert v. Chr. gelegt. Dieser beschrieb die Politik der unabhängigen Stadtstaaten (poleis) im peloponnesischen Krieg. Als weiterer Vordenker des Realismus gilt Niccolò Machiavelli, der das politische System der italienischen Stadtstaaten analysierte und durch seine Überlegungen die Grundlage für die Leittheorie der Internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg schaffte. Die Veröffentlichung *Politics Among Nations* von Hans J. Morgenthau aus dem Jahr 1948 gehört zu den wichtigsten Werken. (Schimmelfennig 2017, S.66ff)

Der Realismus gehört zu den bedeutendsten theoretischen Schulen innerhalb der internationalen Beziehungen. Eine Vielzahl an bedeutsamen politischen Persönlichkeiten wie etwa Josef Stalin, Frank D. Roosevelt, Henry Kissinger, Helmut Schmidt oder Vladimir Putin können anhand ihrer Gesinnung der realistischen Schule zugeordnet werden. Ursprünglich wurde der klassische Realismus entwickelt, um die Ursachen für kriegerische Auseinandersetzungen zu untersuchen. Gleichzeitig versuchte man auch die Bedingungen für einen dauerhaften Frieden zwischen den Großstaaten zu evaluieren. Der klassische Realismus stand im Gegensatz zum Idealismus, der davon ausging, dass ein nachhaltiger Friede zwischen den verschiedenen Staaten durch die Förderung von multilateralen Organisationen auf Basis des Völkerrechts gelingen konnte. Der klassische Realismus stufte den Idealismus als gefährliche Illusion ein, weil dieser Ansatz demnach nur unzureichend die politische Realität beschrieb. Laut dem Realismus sollte das Ziel von staatlichen Handlungen die alleinige Machtausweitung sein. (Auth 2015, S.19f)

2.2.2. Anarchie im internationalen System

In der realistischen Theorie wird von einer uneingeschränkten Anarchie in der internationalen Politik ausgegangen. Die Anarchie im internationalen System verursacht für die Staaten eine substantielle Unsicherheit. Das Ausmaß der Unsicherheit ist von zwei Strukturmerkmalen im internationalen System abhängig. Durch eine hohe

Machtkonzentration kann etwa die Unsicherheit zwischen den Staaten verringert werden. Weiters kann die Unsicherheit mithilfe von Technologien reduziert werden. Defensive Technologien und eine verteidigungsorientierte Rüstungspolitik verringern die Fähigkeiten von offensiven Militärmächten und senken dadurch die Unsicherheit zwischen den Staaten. Der Realismus geht dabei von zweckrationalen Staaten als zentrale Akteurinnen in der internationalen Politik aus. Demnach versuchen die Staaten stets die eigene Macht auszuweiten, um die eigene Überlebensfähigkeit absichern zu können. Der Realismus geht davon aus, dass die Staaten bei der Beurteilung der unterschiedlichen Handlungsoptionen versuchen, den eigenen Nutzen und die eigene Macht zu maximieren. (Schimmelfennig 2017, S.66ff)

Die Strukturwirkung der Anarchie hat auf das internationale System fatale Auswirkungen. Eine stabile Weltfriedensordnung ist durch die Abwesenheit einer unparteiischen und übergeordneten Instanz nicht vorhanden. Jeder Staat versucht die Souveränität zu bewahren, um dadurch die Herrschaftsansprüche über das eigene Territorium entsprechend durchsetzen zu können. Laut dem Realismus werden gesellschaftliche, soziale, ökonomische oder ökologische Ziele gegenüber dem Prinzip der Autonomiesicherheit untergeordnet. (Schimmelfennig 2017, S.69)

2.2.3. Machtstreben

Der Staat kann seine eigene Sicherheit gewährleisten, wenn der Staat über genügend Macht verfügt. Im Realismus werden die militärischen Ressourcen als wichtigster Machtfaktoren angesehen. Mithilfe des Militärs ist es möglich, für den eigenen Machtanspruch dringend benötigte Ressourcen sicherzustellen und die eigenen Interessen gegenüber anderen AkteurInnen durchzusetzen. Aus diesem Grund wird militärische Macht auch als „Währung“ in der internationalen Politik bezeichnet. Als Grundlage für militärische Macht bedarf es aber wiederum u. a. eine hohe Einwohnerzahl, eine große Staatsfläche oder umfangreiche finanzielle Mittel. Zusätzlich werden fundierte technische Kenntnisse benötigt, um die Waffen herstellen bzw. unterhalten zu können. Nicht alle ökonomischen Ressourcen sind für die Schaffung einer militärischen Macht geeignet, weil manche ausschließlich für friedliche Zwecke verwendet werden können. (Schimmelfennig 2017, S.70)

Die militärischen Fähigkeiten eines Staates müssen immer in Relation zu den militärischen Fähigkeiten von anderen Staaten verglichen werden. Ein Staat kann auch mit einem enormen Verteidigungsetat und einer großen Anzahl an aktiven SoldatInnen jederzeit von Staaten mit noch besseren militärischen Fähigkeiten existenziell bedroht werden. Dadurch lassen sich keine klaren Aussagen treffen, welche militärischen Fähigkeiten ausreichend sind, um die Existenz eines Staates gewährleisten zu können. (Schimmelfennig 2017, S.71)

Laut der realistischen Theorie sind die Geschehnisse in den internationalen Beziehungen von allgemeinen Gesetzmäßigkeiten geprägt. Diese Gesetzmäßigkeiten sind zeitlich konstant und sind im menschlichen Verhalten begründet. Die Wesensart von Menschen und Staaten weisen demnach zahlreiche Parallelen auf. Der Selbsterhaltungstrieb und die Angst vor einer Erniedrigung beeinflussen das Verhalten sowohl von Menschen als auch Staaten. Dadurch wird aber der Aufbau einer kontinuierlichen Vertrauensbasis zu anderen Menschen bzw. Staaten wesentlich erschwert, was den Menschen bzw. Staat wiederum zu einem „einsamen Wolf“ macht. Das Misstrauen veranlasst die Menschen bzw. Staaten die eigene Machtposition auf Kosten der anderen Menschen bzw. Staaten auszubauen. Die Machtposition kann anhand der Größe und Lage des Staatsgebiets, Wirtschaftskraft, Einwohnerzahl oder militärischen Stärke identifiziert werden. Die Außenpolitik eines Staates kann deshalb die Machtsicherung des Status quo, die Machtausweitung oder die Machtdemonstration verfolgen. (Auth 2015, S.23f)

2.2.4. Prinzip des Mächtegleichgewichts

Aus der Sichtweise der realistischen Logik werden sowohl Rechtsnormen, Moralvorstellungen und Sitten zur Sicherstellung der eigenen Überlebensfähigkeit missachtet. Wenn ein Staat nicht bereit ist, solche normativen Prinzipien zu missachten, muss er mit gravierenden negativen Konsequenzen rechnen. Ein kluger Staat ist laut der realistischen Schule durch pragmatisches Denken gekennzeichnet, nur so kann der Staat die eigenen Machtinteressen durchsetzen. Dabei darf aber nicht außer Acht gelassen werden, dass ein kluger Staat bei seinen eigenen Entscheidungen auch das Verhalten von anderen Staaten mitantizipieren sollte. Dass bedeutet, dass ein kluger Staat die eigene Machtausweitung nur zu einem gewissen Grad vollziehen kann, ohne dabei Sanktionen von

anderen Staaten zu riskieren. Weiters muss jedoch auch die eigene Machtposition gegenüber den Versuchen von anderen Staaten abgesichert und gegebenenfalls auch Gegenmaßnahmen getroffen werden. Sowohl der Aufbau eines Militärbündnisses, die Aufrüstung des eigenen Militärs als auch die Forderung nach Reparationszahlungen sind geeignete Reaktionen auf aggressive Aktivitäten seitens anderer Staaten. (Auth 2015, S.25)

Schlussendlich ist es das Ziel der realistischen Theorie, die Verhaltensweise der Großmächte zu erklären. Trotz der kriegesischen Auseinandersetzungen gelingt es den Staaten dennoch, das Machtgleichgewicht wiederherzustellen und Frieden zu schaffen. Auch wenn das Völkerrecht keine langfristigen normativen Effekte auf die Großmächte hat, dient es laut der realistischen Schule zur Befriedigung der internationalen Beziehungen. (Auth 2015, S.26)

Das System der kollektiven Sicherheit weist wesentliche Defizite auf, weil Großmächte ihre Verbündeten gegen kollektive Zwangsmaßnahmen schützen. Hingegen werden Sanktionen gegen gegnerische Staaten unterstützt, um deren Machtgrundlage zu minimieren. Weiters werden die defensiven Bemühungen von gegnerischen Staaten als aggressive Handlungen klassifiziert. (Wolfers 1962, S.187f)

2.2.5. Moralisch versus kluge Machtpolitik

Der klassische Realismus geht von der Prämisse aus, dass moralische Grundsätze im internationalen Staatensystem keine Rolle spielen. Demnach kann nur mithilfe einer umsichtigen und klugen Machtpolitik die Überlebensfähigkeit des eigenen Staates sichergestellt werden. Unter einer klugen Machtpolitik wird eine Strategie verstanden, die die eigene Machtposition tendenziell verbessert. Die Politik eines Staates sollte die eigenen Handlungsoptionen aus einem verantwortungsethischen statt gesinnungsethnischen Gesichtspunktes beurteilen. (Auth 2015, S.17ff)

In Abbildung 4 wird nochmals die Aussagenlogik des klassischen Realismus zusammengefasst, um im Anschluss den Neorealismus näher diskutieren zu können.

Anarchie	Politische Klugheit/Verantwortung
Staat/Regierung	Pragmatismus vs. Idealismus
Großmächte	Erfolg vs. Legalismus/Moralismus
Angst/Unsicherheit	Positives und Machtrecht
Nationales Interesse	Negativer Frieden: Gleichgewicht
Stärke/Ansehen	Stabilität
Machtstreben (als Ziel und Mittel)	Methoden der Gleichgewichtspolitik
Formen des Machtstrebens	– Kompensation
– Machterhalt/Status quo	– Rüstung
– Machtdemonstration/Prestige	– Bündnisse/Allianzen
– Machterweiterung/Imperialismus	Macht als psychologische Beziehung
Berücksichtigung der Konsequenzen	Abschreckung

Abbildung 4:Zusammenfassung der Aussagenlogik des klassischen Realismus

Quelle: Auth 2015, S.23

2.3. Neorealismus

2.3.1. Hintergrund

Im Jahr 1979 wurde von Kenneth N. Waltz das Werk „Theory of International Politics“ präsentiert. (Schimmelfennig 2017, S.66ff) In dem Werk wurde die Wirkung der Umwelt auf das Verhalten der politischen AkteurInnen thematisiert und damit die Grundlage für den Neorealismus als Weiterentwicklung des klassischen Realismus gelegt. Für Waltz ist die Struktur die entscheidende Determinante zur Erklärung des Verhaltens der politischen AkteurInnen, deshalb wurde der neue Ansatz in der wissenschaftlichen Diskussion auch als „strukturellen Neorealismus“ bezeichnet. (Auth 2015, S.55f)

Wie der klassische Realismus sucht auch der strukturelle Neorealismus nach allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten im internationalen Staatensystem und versucht die zentralen Zusammenhänge wissenschaftlich zu untersuchen. (Auth 2015, S.55f)

Der klassische Realismus und der strukturelle Neorealismus weisen hinsichtlich ihrer Aussagenlogik einige Parallelen auf. So geht der Neorealismus etwa auch von einer anarchischen Welt und von einem Sicherheitsdilemma im internationalen System aus. (Auth 2015, S.57) Laut Kenneth Waltz sind die Staaten von einem System der „Selbsthilfe“ eingebettet. (Waltz 1979, S.104) Ferner kann auch keine Arbeitsteilung und eine asymmetrische Machtverteilung zwischen den Staaten festgestellt werden. (Schimmelfennig 2017, S.68)

2.3.2. Systemkonstellationen

Aus der Sichtweise des Neorealismus können in einem anarchischen internationalen System nur die Machtverteilung verändert werden. Die Anzahl der Großmächte haben einen wesentlichen Einfluss auf die internationale Machtverteilung. Das internationale System kann folgende Machtkonstellation aufweisen (Schimmelfennig 2017, S.73)

- Unipolares System, wenn eine Großmacht das System beherrscht
- Bipolares System, wenn zwei Großmächte das System dominieren
- Multipolares System, wenn mehr als zwei Großmächte vorhanden sind

Eine Veränderung der Systemkonstellationen ist jederzeit möglich. Ein bipolares System kann sich zu einem multipolaren System wandeln und umgekehrt auch ist es möglich, dass ein unipolares System aus einem bipolaren oder multipolaren System entsteht. Laut dem Neorealismus sind unipolaren Systems nicht nachhaltig, weil die Gleichgewichtsmechanismen langfristig entgegenwirken. (Auth 2015, S.58)

Grundsätzlich haben bipolare Systeme eine höhere Stabilität als multipolare Systeme. In einem bipolaren System ist die adäquate Beurteilung der gegnerischen Fähigkeiten wesentlich einfacher als etwa in einem multipolaren System. In einem multipolaren System werden die relativen Gewinne an materiellen Fähigkeiten eines Staates nicht immer unmittelbar von den anderen Staaten wahrgenommen. (Auth 2015, S.60f)

2.3.3. Machtmaximierung versus Sicherheitsmaximierung

Im Gegensatz zum klassischen Realismus geht der strukturelle Neorealismus davon aus, dass das Machtstreben der Staaten durch die Strukturwirkung ausgelöst wird. Der klassische Realismus macht hingegen die menschliche Veranlagung bzw. das Individuum für das Machtstreben verantwortlich. (Schimmelfennig 2017, S.68)

Weiters kann zwischen offensiven und defensiven Realismus unterschieden werden. Die Vertreter des offensiven Realismus wie etwa John Mearsheimer vertreten die Ansicht, dass die Staaten versuchen, die eigene Macht zu maximieren. Jeder Staat versucht der mächtigste Staat zu werden, um dadurch die Existenzsicherung zu gewährleisten. Laut Mearsheimer sind die Staaten kontinuierlich mit Gefahren im internationalen System konfrontiert. Deshalb müssen die Staaten permanent die eigene Situation überprüfen und die Machtposition entsprechend ausbauen. (Mearsheimer 1995, S.11f) Der defensive Realismus geht hingegen davon aus, dass die Staaten auf die Erstarkung von anderen Staaten reagieren, die sie als Bedrohung wahrnehmen. Als wichtigster Vertreter des defensiven Realismus gilt Kenneth N. Waltz. Kenneth N. Waltz spricht in diesem Zusammenhang auch von der Sicherheitsmaximierung als oberstes Maxim der Staaten im internationalen System. (Waltz 1979, S.126) In der internationalen Politik wird deshalb häufig die Unterscheidung zwischen Status-quo Mächte und revisionistische Mächte vorgenommen. Als Status-quo Mächte werden Staaten bezeichnet, die mit allen Mitteln versuchen, die eigene Machtposition abzusichern. Hingegen versuchen revisionistische Mächte die eigene Machtposition auf Kosten anderer Staaten auszubauen. Die Staaten konkurrieren neben der militärischen Macht auch um andere wichtige sicherheitsrelevante Faktoren wie etwa Bündnispartner oder Wohlfahrtsgewinne. Es können langfristig nur stabile Handelsbeziehungen zwischen Staaten etabliert werden, wenn alle beteiligten AkteureInnen von der Situation profitieren. (Grieco 1990, S.216ff)

2.3.4. Unterschiedliche Verteilung der Verteilung von materiellen und quantifizierbaren Fähigkeiten

Die Strukturen im internationalen System beeinflussen das Verhalten der Staaten. Daher herrscht eine funktionale Gleichheit auf, das bedeutet, dass alle Staaten versuchen das eigene Überleben sicherzustellen. Die unterschiedlichen Staaten verfügen über unterschiedliche materielle Fähigkeiten bzw. Capabilities, um ihr Überleben sicherstellen zu können. Als materielle Fähigkeiten bzw. Capabilities werden konventionelle Waffen, ABC-Waffen, Technologien oder ökonomische bzw. finanzielle Grundlagen eines Landes verstanden. Die Staaten mit der höchsten Überlebensfähigkeit sozialisieren die anderen Staaten, dies führt zu einem Imitationseffekt seitens von Staaten mit einer geringeren

Überlebensfähigkeit. Ein Staat kann sich nur gegen die anderen konkurrierenden Staaten durchsetzen, indem man möglichst viele materielle Fähigkeiten aufbaut. Die Gewinne von materiellen Fähigkeiten eines Staats bedeuten gleichzeitig den Verlust von materiellen Fähigkeiten eines konkurrierenden Staates, daher wird an dieser Stelle von einem Nullsummenspiel gesprochen. (Auth 2015, S.58f)

Die materiellen Fähigkeiten eines Staates können durch zwei verschiedene Vorgehensweisen gesteigert werden. Neben der einseitigen Aufrüstung (internal balancing) eignen sich auch Bündnisse bzw. Allianzen (external balancing) zur Verbesserung der eigenen materiellen Fähigkeiten. (Auth 2015, S.60f)

In Abbildung 5 wird die Aussagenlogik des strukturellen Neorealismus überblicksmäßig zusammengefasst. Im nächsten Kapitel wird die russische Außenpolitik aus realistischer Sichtweise näher erläutert.

Internationales System	Nullsummenspiel
Staat	Relative Gewinne
Materielle Struktur	Defensive Sicherheitspolitik
– Anarchie	Balancing-Verhalten
– Funktionale Gleichheit	– Aufrüstung (Internal Balancing)
– Verteilung von Fähigkeiten	– Allianzen (External Balancing)
Wirkung der Struktur	Systemkonstellationen:
– Sozialisation	– Bipolarität
– Wettbewerb	– Multipolarität
Sicherheitsdilemma	– (Unipolarität)
Selbsthilfe	Stabilität/Instabilität
Überlebenskampf	Veränderung innerhalb des Systems

Abbildung 5:Zusammenfassung der Aussagenlogik des strukturellen Neorealismus

Quelle: Auth 2015, S.58

2.4. Bewertung der russischen Außenpolitik aus realistischer Sichtweise

Die russische Außenpolitik ist sowohl von Elementen der Kontinuität als auch des Wandels geprägt. So verfolgt etwa die russische Außenpolitik fortwährend die Balance of Power Strategie zur Wahrung der eigenen Machtinteressen. Um dies zu erreichen, wurde in der Vergangenheit besonders oft die Bildung von bzw. den Beitritt zu einem Militärbündnis angestrebt. Gleichzeitig wurde auch die eigene Mobilisierung der Macht vorangetrieben, um dem Machtpotenzial des Kontrahenten entgegenzuwirken. (Donaldson/ Nadkarni

2019, S.14f) Die russische Führung strebt auch derzeit ein Mächtegleichgewicht an, indem sie einer weiteren Osterweiterung der NATO und der EU energisch entgegenwirkt. (Donaldson/ Nadkarni 2019, S.15f)

Die Ziele der Russischen Föderation weisen im Vergleich zu anderen Großmächten keine großen Unterschiede auf. So möchte die Russische Föderation die nationale Sicherheit, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und das nationale Prestige erhöhen. Im Laufe der Jahre wurde jedoch die Interaktion der Ziele und die Art ihrer Durchsetzung verändert. (Donaldson/ Nadkarni 2019, S.15f)

Während der postsowjetischen Ära hat sich die russische Außenpolitik stark gewandelt. Es können fünf Gründe für die Veränderung der Außenpolitik festgestellt werden. (Donaldson/ Nadkarni 2019, S.18f)

Wandel in der Struktur des internationalen Systems, weg von der Bipolarität

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die Bipolarität im internationalen System aufgelöst. Die Vereinigten Staaten von Amerika verfügen zu diesem Zeitpunkt über enorme militärische Fähigkeiten, die alle anderen Großmächte gemeinsam übertreffen. In den transnationalen Beziehungen und in der Weltwirtschaft zeichnen sich jedoch eine Herausbildung einer multipolaren Welt ab. Die Russische Föderation betrachtet den Westen nicht mehr als einheitlicher Block, sondern verfolgt der Aufbau von differenzierten diplomatischen Beziehungen zu den unterschiedlichen europäischen Ländern. (Donaldson/ Nadkarni 2019, S.18f.)

Rückgang der russischen militärischen Fähigkeiten

Die militärischen Fähigkeiten eines Landes gelten als wichtigster Parameter, um eine eigene Außenpolitik verfolgen zu können. Das Militär dient neben der Kontrolle des eigenen territorialen Gebiets auch zur Ausübung von Zwangsmaßnahmen. Gerade die Anwendung von Gewalt im Ausland ist für eine traditionelle Großmacht von entscheidender Bedeutung. Jedoch können gewisse militärische Defizite eines Landes mithilfe einer herausragenden Ökonomie ausgeglichen werden. Nach dem Ende des Kalten

Kriegs verlor die Russische Föderation gravierend an Wirtschaftskraft und dadurch auch die Möglichkeit, seine herausragenden militärischen Fähigkeiten aufrechtzuerhalten. (Donaldson/ Nadkarni 2019, S.17f)

Transformation der russischen Wirtschaft von einer Planwirtschaft in eine Marktwirtschaft

Nachdem die Planwirtschaft in der Russischen Föderation abgeschafft wurde, wurde der überwiegende Teil der Unternehmen privatisiert. Die russischen Rubel sind vollständig in andere Währungen konvertierbar und die meisten Waren unterliegen keinem staatlichen Preisregime. Die umfangreichen politischen Sanktionen und die hohe Korruptionsraten stellen hingegen große Hindernisse für ausländische Direktinvestitionen dar. (Donaldson/ Nadkarni 2019, S.17f)

Integration der russischen Wirtschaft in die Weltwirtschaft

Die Russische Föderation ist mittlerweile zur Welthandelsorganisation beigetreten und versucht durch eine Reihe von Maßnahmen einen vereinfachten Waren- und Kapitalverkehr zu ermöglichen. Es bestehen zwar immer noch erhebliche Handelsbeschränkungen, die Russische Föderation arbeitet indessen mit internationalen Organisationen wie dem Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank zusammen. So wurden vom Internationalen Währungsfonds zwischen 2000 und 2006 Darlehen in Höhe von 22 Mrd. US-Dollar an die Russische Föderation verliehen. Aufgrund des hohen Ölpreises konnte die Russische Föderation die Darlehen im Jahr 2006 vorzeitig zurückzahlen. (Donaldson/ Nadkarni 2019, S.18f)

Innenpolitische Führungswechsel, etwa durch die Machtübernahme von Boris Jelzin oder der Wiederherstellung der zentralen Kontrolle von Vladimir Putin

Sowohl die Machtübernahme von Boris Jelzin als auch dessen Nachfolger Vladimir Putin hatten wesentliche Auswirkungen auf die russische Außenpolitik. Beide Politiker orientieren sich bei der Gestaltung ihrer Politik an der öffentlichen Meinung. Vladimir Putin versucht den Zentralstaat deutlich zu stärken und den Großmachtstatus der Russischen

Föderation wieder herzustellen. Dabei wurde er von einer allgemeinen nationalistischen Stimmung in der Bevölkerung bestärkt. (Donaldson/ Nadkarni 2019, S.22f)

2.5. Teilresümee

2.5.1. Zusammenfassung

2.5.2. Kritik

In der realistischen Theorie wird der Machtbegriff nicht genau definiert. Ferner wird der Machtbegriff in der Theorie verwendet, um sowohl als Mittel als auch als Ziel von staatlicher Außenpolitik zu beschreiben. Weiters wird auch die Verwendung der Gleichgewichtslogik, die ursprünglich aus den Wirtschaftswissenschaften adaptiert wurde, kritisiert. Weiters wird argumentiert, dass normative Elemente in den verwendeten Prämissen enthalten sind. (Auth 2015, S.20f)

Am strukturellen Neorealismus wird hingegen kritisiert, dass der Ansatz normative Dimensionen weitestgehend außer Acht lässt. Außerdem wird keine Unterscheidung zwischen dem politischen Machtbegriff und dem materiellen Begriff der Capabilities vollzogen. Auch die spezifischen geografischen Gegebenheiten eines Staates werden bei einer Analyse der politischen Gegebenheiten weitestgehend ignoriert. Außerdem wird bemängelt, dass das Modell des Mächtegleichgewichts eine zu geringe theoretische Fundierung aufweist und primär dazu dient, den derzeitigen Status quo in den internationalen Beziehungen rechtfertigen zu können. (Auth 2015, S.56)

3. Politische Machtressourcen

3.1. Transformationsprozess und Verfassung von 1993

Auf der politischen Ebene wurde nach dem Zusammenbruch der UDSSR das sozialistische Einparteiensystem durch ein autoritäres-semipräsidentielles System ersetzt. (Klaeren 2004, S.1ff) Der Verfassungsentwurf von 1993 wurde unter Präsident Boris Jelzin beschlossen und folgte dem Vorbild der fünften Französischen Republik. Laut Artikel 81, Abs. 1 der Verfassung wurde die Amtszeit des Präsidenten von vier Jahren pro Amtsperiode bei maximal zwei hintereinander folgenden Perioden begrenzt. Im Jahr 2008 wurde eine Verfassungsänderung vollzogen und die Amtsperiode von vier auf sechs Jahre erhöht, die Amtszeitbegrenzung wurde jedoch nicht verändert. Der Präsident wird in einer Direktwahl gewählt und besteht aus maximal zwei Wahlgängen. Wenn ein Kandidat beim ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreicht, gilt dieser als Wahlsieger. Falls dies nicht der Fall ist, wird ein zweiter Wahlgang durchgeführt mit den zwei stimmenstärksten Kandidaten aus dem ersten Wahlgang. Die russische Innen- und Außenpolitik wird maßgeblich vom Präsidenten beeinflusst und hat dabei die Regierungsgewalt. (Hartmann 2013, S.90ff) Laut den Artikeln 80 und 93 der russischen Verfassung kann der Präsident Dekrete erlassen und hat das Recht auf Gesetzesinitiative. Außerdem kann er unmittelbare Weisungen den Machtministerien erteilen und ist bevollmächtigt, sowohl im Militär als auch in der Verwaltung die wichtigsten Positionen zu ernennen. Solche Positionen wären etwa der militärische Befehlshaber, der Sicherheitsrat und auch die obersten Beamten. Das semi-präsidentielle System besteht aus der Volksduma, dem Föderationsrat und dem Präsidenten. Der Präsident kann mit einer Zweidrittelmehrheit im Föderationsrat aus dem Amt enthoben werden. (Frankenberger 2012, S.187ff) Die Regierung ist unmittelbar mit dem Präsidenten verbunden, denn der Präsident vollzieht nach Art.112 der Verfassung die Ernennung des Regierungschefs und muss außerdem dem Vorschlag des Regierungschefs für die einzelnen Minister zustimmen. Die Regierung kann jederzeit vom Präsidenten aufgelöst werden. Der Präsident muss hingegen der Staatsduma Vorschläge für zukünftige Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs und für potenzielle Präsidenten der Zentralbank unterbreiten. Bei Konflikten zwischen dem Präsidenten und der Duma hinsichtlich der Ernennung dieser Ämter kann der Präsident auf seine Nominierung beharren, muss aber in

Konsequenz darauf die Duma auflösen. Wenn die Duma der Regierung das Misstrauen ausspricht, kann sich wiederum der Präsident für die Auflösung der Duma entscheiden oder die Regierung auflösen. Eine Verfassungsänderung kann vollzogen werden, wenn eine qualifizierte Mehrheit in der Duma und eine Dreiviertelmehrheit im Föderationsrat zustimmen. Ein Amtsenthebungsverfahren des Präsidenten kann durch eine qualifizierte Mehrheit in beiden Kammern erfolgen, daraufhin muss aber das Verfassungsgericht die Wirksamkeit der Anklage bestätigen. Der Straftatbestand bezieht sich nur auf ein strafbares Vorgehen des Präsidenten, nicht aber auf politische Sachverhalte. Durch diese einseitige Abhängigkeit kann also gesagt werden, dass der russische Präsident im Vergleich zu westlichen Staaten über eine außergewöhnliche Machtfülle verfügt. (Hartmann 2013, S.91ff)

Die Russische Föderation besteht seit der Annexion und des anschließenden Referendums im Jahr 2014 auf der Krim aus 85 Föderationssubjekten. Sowohl das Referendum als auch die Annexion werden aber von der Mehrheit der Staaten nicht anerkannt. (Hoffmann 2017, S.79)

Die Interessen der Regionen sollten prinzipiell auf bundesstaatlicher Ebene im Föderationsrat artikuliert werden und jedes Föderationssubjekt verfügt dabei im Föderationsrat über zwei regionale VertreterInnen. Die VertreterInnen sind PräsidentInnen oder GouverneurInnen der einzelnen Republiken, Gebiete oder Regionen und werden in einer separaten Wahl legitimiert. Außerdem verfügen alle Mitglieder des Föderationsrats über eine volle Immunität. Der Föderationsrat ist nicht nach Parteien bzw. Fraktionen aufgeteilt und muss bei Veränderungen des Grenzverlaufs zwischen den unterschiedlichen Föderationssubjekten zustimmen. Außerdem benötigt der Präsident eine Zustimmung des Föderationsrats, um den Kriegs- bzw. Ausnahmezustand verhängen zu können. Weiters ist auch die Bewilligung von Kriegseinsätzen außerhalb des Staatsterritoriums vom Föderationsrat nötig. Der Föderationsrat ist zusätzlich für die Veröffentlichung der Präsidentschaftswahlen und die Ernennung bzw. der Enthebung des Verfassungsgerichtshofes und des Generalstaatsanwalts verantwortlich. Gerade in den Bereichen der Steuern, Abgaben, Fiskal- und Geldpolitik hat der Föderationsrat hinreichende Kompetenzen. Außerdem benötigt es die Zustimmung des Föderationsrates, um internationale Verträge zu ratifizieren oder aufkündigen zu können. (Schneider 1999, S.79ff)

3.2. Reformprozess in der Ära Putin

Seit dem Antritt von Vladimir Putin im Jahr 2000 wurde eine Vielzahl an Reformen verabschiedet. Vladimir Putin wollte mit den Reformen eine Vereinheitlichung des Rechtsraumes in der Russischen Föderation bewirken. Dazu gehörte auch die Neuordnung der Beziehungen zwischen dem Zentralstaat und den einzelnen Föderationssubjekten und die Hierarchisierung der Machtbeziehungen innerhalb des russischen Staates. Das bedeutet, dass die Macht der Präsidentialverwaltung etwa auf Kosten der GouverneurInnen gestärkt und eine Kompetenzkonzentration zugunsten des russischen Präsidenten vollzogen wird. (Frankenberger 2012, S.187ff)

Die Staatsduma besteht aus 450 Abgeordneten und wurde ursprünglich alle vier Jahre, jeweils zur Hälfte nach dem Listenwahlprinzip und die andere Hälfte nach dem Direktwahlprinzip gewählt. (Schneider 1999, S.92) Zwischenzeitlich wurde die Dumawahl auf ein Verhältniswahlsystem umgestellt, später wurden diese Änderungen wieder revidiert. (Hartmann 2013, S. 95) Im Jahr 2008 wurde die Amtsdauer der Staatsduma auf fünf Jahre verlängert. (Doroshenko 2014, S.79ff) Alle Abgeordnete verfügen über die Immunität und müssen diese Tätigkeit hauptberuflich ausüben. Die Kompetenzen der Staatsduma sind aber sehr gering ausgeprägt, denn die Kompetenzen beschränken sich etwa auf die Ernennung bzw. Enthebung des Vorsitzenden der Zentralbank, des Rechnungshofes und des Menschenrechtsbeauftragten. Die Duma kann aber auch das Misstrauen gegenüber der Regierung aussprechen oder eine Anklage gegen den Präsidenten eröffnen. Dennoch kann als Hauptaktivität der Duma die Verabschiedung von Beschlüssen angesehen werden. Für die Beschlussfassung von einfachen Gesetzen benötigt man eine einfache Mehrheit, hingegen ist eine qualifizierte Mehrheit für die Verabschiedung von föderalen Verfassungsgesetzen notwendig. (Schneider 1999, S.92ff)

Die ausführende Gewalt geht in Russland von der Regierung aus. Diese ist in ihrer Legislaturperiode nicht an das Parlament gekoppelt, sondern an die Amtszeit des Präsidenten. Der bzw. die MinisterpräsidentIn schlägt dem Präsidenten die einzelnen MinisterIn vor, im Anschluss werden diese vom Präsidenten ernannt. Die Regierung ist grundsätzlich für die Erstellung des föderalen Budgets verantwortlich und muss der Duma Rechenschaft über das Haushaltsbudget ablegen. In den Aufgaben der Regierung ist auch die Erstellung der Fiskal- bzw. Geldpolitik enthalten und verwaltet obendrein das staatliche

Eigentum. In den Bereichen Wissenschaft, Kultur, Gesundheit, soziale Absicherung und Umwelt sollte eine einheitliche föderale Politik auf seitens der Regierung erfolgen. (Schneider 1999, S.125)

Die Russische Föderation verfügt über ein Mehrparteiensystem mit einer Sperrminorität von sieben Prozent. Bis 2003 wurden die Parlamentswahlen in einer Kombination von Persönlichkeits- und Verhältniswahl abgehalten. Die Wahlbeteiligung lag zwischen 60 und 70 Prozent. Umfragen im Jahr 2006 haben gezeigt, dass die Bevölkerung fast mehrheitlich mit 47 Prozent die Oppositionspolitik als schädlich für das Land empfand. Im Jahr 2003 wurde eine Wahlrechtsreform durchgeführt und das bestehende System durch ein Verhältniswahlssystem ersetzt. Bei den Wahlen konnte die Präsidentenpartei Einiges Russland 37,6 Prozent im Jahr 2003, 37,6 Prozent im Jahr 2007 und 49,3 Prozent im Jahr 2011 erreichen. (Hartmann 2013, S.129ff)

Einiges Russland wurde von Vladislav Surkow im Jahr 2001 gegründet und konnte ihre Mitgliederzahlen von 300.000 im Jahr 2003 auf zwei Millionen Mitglieder im Jahr 2008 erhöhen. Die Partei entstand durch die Fusion von mehreren kleineren Parteien, die Putin in der Duma als Präsident unterstützten. Ursprünglich versuchte Putin eine gewisse Distanz zu den Parteien in der Duma zu wahren. Der Bürgermeister von Moskau Juri Luschkow und der Präsident von Tatarstan Mintimer Shaimiev unterstützten die neue Partei und versuchten organisationale Parteistruktur aufzubauen. Die Partei unterstützte demonstrativ die Politik von Vladimir Putin und wählte diesen nach Ablauf der Präsidentschaft 2008 zu ihrem Vorsitzenden. Die Dominanz der Partei ergab sich auch durch die Beherrschung der Bürokratie sowohl auf der Bundesstaatsebene als auch in den einzelnen Föderationssubjekten. Die Partei wurde dadurch auch in den einzelnen Provinzen allgegenwärtig und kontrolliert auch das politische Leben in den entferntesten Orten. Dadurch wurde etwa der Opposition die Abhaltung von Veranstaltungen und die Durchführung von politischen Kampagnen wesentlich erschwert. Die Partei „Einiges Russland“ berichtete im Parlament über die Leistungen der Regierung und hatte eine wichtige Inszenierungsrolle u.a. durch Jubel, Applaus und einer Leistungsschau bei öffentlichen Auftritten des Präsidenten. (Hartmann 2013, S.135f)

Weiters verfügt die Partei über eine Vielzahl von unterschiedlichen Vorfeldorganisationen wie die Jugendorganisationen Naschi und Molodaia Garda oder die Studierendenorganisation Rossia Molodaia. Diese Vorfeldorganisationen wurden bei der Ukrainekrise oder bei den Massenprotesten gegen die Sozialreform in den russischen Großstädten eingesetzt, um die Proteste deformieren zu können. Erklärtes Ziel der Partei war es, in der Duma eine qualifizierte Mehrheit zu erreichen, denn dadurch konnte die Partei mithilfe des Föderationsrats Verfassungsgesetze verabschieden und die Politik des Landes noch maßgeblicher bestimmen. Die qualifizierte Mehrheit in der Staatsduma wurde 2011 aber nicht erreicht. Man versuchte außerdem gezielt die Opposition durch die Gründung von Konkurrenzparteien im gleichen Wählersegment deutlich zu schwächen. Dadurch wurde 2003 die Partei Rodina gegründet, um etwa das Wählersegment der Kommunisten zu spalten. Diese Parteineugründungen verfehlten aber manchmal das Ziel. So stellte sich die Partei Rodina gegen die von der Regierung beschlossene Sozialreform. (Hartmann 2013, S.137f)

3.3. Exkurs: Einfluss der Oligarchen und Korruptionsskandale

Wie in Zeiten von Boris Jelzin beeinflussen die russischen Oligarchen die Parlamentswahlen 1999 und ermöglichten den Wahlsieg von Vladimir Putin. Im August 1999 wurde Vladimir Putin zum Ministerpräsidenten ernannt und am Ende des Jahres als Nachfolger von Boris Jelzin als Präsident der Russischen Föderation präsentiert. Sowohl die Medienlandschaft als auch die OligarchInnen versuchten die Bevölkerung zu mobilisieren und den Wahlerfolg von Putin bei den darauffolgenden Präsidentschaftswahlen im Jahr 2000 sicherzustellen. Putin stellte im Fall eines Wahlsieges eine Generalamnestie für Boris Jelzin und seine gesamte Familie in Aussicht. Im Mittelpunkt von Putins Bestrebungen war es, die Macht des Staates zu stärken und die Dominanz der Politik über die Interessen der Oligarchen wiederzuerlangen. Denn unter Boris Jelzin konnte ein enormer Einfluss der einzelnen OligarchInnen auf die Entscheidungsfindung der Politik beobachtet werden. Zusätzlich erkannte Putin die Wichtigkeit einer eigenen Präsidentenpartei, um durch die Hilfe einer Parlamentsmehrheit die eigene Machtposition absichern zu können. Aus diesem Grund wurde auf Putins Initiative die Präsidentenpartei „Einiges Russland“ gegründet, diese beherrscht seitdem die Staatsduma. Nach der Amtsübernahme von Präsident Putin hielt

dieser eine bedeutsame Konferenz im Juli 2000 ab. In dieser Konferenz wurde von Putin verkündet, dass die OligarchInnen weiterhin ihr Geld behalten dürfen und vor staatlicher Enteignung geschützt sind. Zugleich warnte er sie zukünftig in das politische Geschehen Einfluss zu nehmen. Daraufhin flüchtete Boris Abramowitsch Beresowski nach London, denn dieser hegte eine tiefe Feindschaft gegenüber Vladimir Putin. Der Medienoligarch Vladimir Gussinski verkaufte sein Unternehmen an den staatlichen Medienkonzern und setzte sich danach ins Ausland ab. Der Ölonternehmer Michail Chodorkowski missachtete die Warnungen des Präsidenten und wurde 2003 zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt. (Hartmann 2013, S.94ff)

Die Autorität von Präsident Putin besänftigte alle politischen Richtungsströmungen und konnte große Teile der Wählergruppen der Nationalisten, Kommunisten und Liberalen für sich gewinnen. Die staatlichen Medien waren bei der Machtabsicherung ein wichtiges und förderliches Mittel, um die eigenen Interessen durchzusetzen. Es gab zwar zu jeder Zeit kritische und oppositionelle Medien, diese verfügten jedoch über eine zu geringe Reichweite und über zu wenig finanzielle Ressourcen, um tatsächlich dem herrschenden Regime gefährlich zu werden. (Hartmann 2013, S.95ff)

Ein großes traditionelles Problem in der Russischen Föderation ist die stark ausgeprägte Korruption. Gemessen am Korruptionswahrnehmungsindex vom Jahr 2017 befindet sich die Russische Föderation auf dem 135 Platz von weltweit 180 Ländern. Die Korruption ist laut diesem Index gleich stark ausgeprägt wie in der Dominikanischen Republik, Honduras, Kirgistan, Laos, Mexiko, Papua-Neuguinea oder Paraguay. Seit 1996 wird der Korruptionswahrnehmungsindex für die Russische Föderation angeführt, dabei befindet sich das Land immer am unteren Drittel aller untersuchten Länder. (Transparency 2017, S.1ff)

Die russische Bevölkerung nimmt gerade die Korruption im öffentlichen Sektor wahr. Dabei wird die Bestechlichkeit der Polizei, der Justiz und in der Legislative als großes Problem wahrgenommen. Sowohl die russische Medienlandschaft, die politischen Parteien und das Militär weisen hohe Korruptionswerte auf. Weiters ist die Korruption aber auch im alltäglichen Leben etwa im Gesundheitswesen, im Bildungssystem und in der Wirtschaft stark verbreitet. (Transparency 2006, S.1ff)

Wenn man die größten Unternehmen in der Russischen Föderation betrachtet und ihre organisationale Transparenz hinsichtlich Unternehmensbeteiligungen und Rechenschaftsberichten näher analysiert, wird ersichtlich, dass die Unternehmen sehr intransparent agieren. Gerade Unternehmen im Bereich des Infrastrukturbaus, der Landwirtschaft und der Nahrungsmittelherstellung schneiden in der Studie von Transparency International besonders schlecht ab. 42 Prozent der Unternehmen erklären öffentlich, sich für die Bekämpfung der Korruption einzusetzen und nur 16 Prozent der Unternehmen veröffentlichen ihre Zahlungen für politische Parteien. Zusätzlich verbieten nur jedes fünfte Unternehmen explizit Bestechungsgelder und nennen dabei gezielt Maßnahmen, um das Korruptionsrisiko zu senken. Die öffentlichen Aktiengesellschaften agieren außerdem insgesamt transparenter als die privaten Unternehmen. (Transparency 2006, S.9ff)

Sowohl Vladimir Putin als auch Dmitri Medwedew sprachen sich in ihren Amtszeiten für die Korruptionsbekämpfung aus. Im Zuge der Antikorruptionskampagne im Jahr 2008 wurden neue Gesetze von der Regierung erlassen. Dennoch konnten keine nennenswerten Fortschritte gegen die Korruption erzielt werden. Man geht mittlerweile davon aus, dass die Korruption etwa 48 Prozent des russischen Bruttoinlandprodukts ausmacht und dadurch enorme Ausmaße angenommen hat. Gerade von der staatlichen Ebene wurden häufig nur Korruptionsfälle auf niedrigster Ebene, etwa in der Gemeindeverwaltung untersucht. Die Korruption ist aber in der Russischen Föderation auf allen Ebenen stark ausgeprägt und gerade hochrangige Beamte sind darin häufig involviert. Gerade die starke Abhängigkeit der Massenmedien und der Justiz erschweren die Aufklärung von Korruptionsskandalen auf höchster politischer Ebene. (Kalinina 2012, S.3ff) Außerdem wurden auch Bestechungsgelder an die Beamte bezahlt, um diese zu animieren ihre direkten Pflichten zu erfüllen. Es wurden also Bestechungsgelder nicht nur gezahlt, um Gesetzesverstöße aller Art zu tolerieren, sondern auch die Verschmelzung von kriminellen Gruppen und öffentlichen Behörden zu ermöglichen. Dies bewirkte eine enorme Erhöhung der Kosten von öffentlichen Beschaffungsprogrammen oder öffentlichen Aufträgen von staatlichen bzw. halbstaatlichen Unternehmen. Für die rasante Erhöhung der öffentlichen Kosten wurde von der Regierung nicht die ausgedehnte Korruption verantwortlich gemacht, sondern die Inflationsrate. Die registrierten Bestechungsfälle sind nach dem Amtsantritt von Vladimir Putin als Präsident im Jahr 2010 drastisch von 7.000 auf 12.500

gestiegen. Erst unter der Präsidentschaftszeit von Dmitri Medwedew konnte ein leichter Rückgang der gemeldeten Bestechungsfälle verzeichnet werden. Wenn ein Bestechungsfall von der Justiz geahndet wurde, wurden in 65 Prozent der Fälle nur eine bedingte Strafe ausgesprochen. Der Grund kann darin gesehen werden, dass es in der Russischen Föderation kein unabhängiges Rechtssystem gibt und auch kein politischer Wettbewerb stattfindet. Der öffentliche Druck ist schon aufgrund der starken Abhängigkeit der Medienlandschaft von der Regierung stark reduziert. Außerdem wurde die Kontrolle der Zivilgesellschaft über die Vorgehensweise der Regierung dramatisch zurückgedrängt. Dies förderte auch die Schaffung von oligarchischen Gruppen, denn die Beamten versuchen selbst ihren eigenen Nutzen zu maximieren und vernachlässigten dadurch das öffentliche Interesse. Von Vladimir Putin wurde die Schaffung von oligarchischen Gruppen gezielt gefördert, um seinen eigenen Machtapparat zu beschützen und die Loyalität der Oligarchen gegenüber seiner Person abzusichern. (Kalinina 2012, S.9ff)

Ein sehr bekannter Korruptionsskandal betrifft Putins Freund Igor Setschin im Rahmen der Yokos Affäre. Vladimir Putin und Igor Setschin lernten sich in den späten 1980er-Jahren kennen und arbeiteten gemeinsam auf der Leningrader Staatsuniversität und später im St. Petersburger Rathaus. Igor Setschin war zum Zeitpunkt der Yokos Affäre stellvertretender Leiter der Präsidentenverwaltung und wurde später zum Vorstandsvorsitzenden von Rosneft ernannt. Mithilfe von einer Vielzahl an Scheinfirmen konnte 2004 die lukrative Sparte von Yukos namens Uganskneftegas von Rosneft übernommen werden. Im Jahr 2012 wurde schlussendlich Setschin zum Präsidenten von Rosneft ernannt. Andere loyale Oligarchen wie etwa Roman Abramowitsch und Oleg Deripaska konnten auch mit der Hilfe von Vladimir Putin rechnen. Das Unternehmen Sibneft von Roman Abramowitsch wurde etwa von Gazprom mit einem großzügigen Übernahmeangebot von 13,7 Milliarden US-Dollar gekauft. Sowohl Roman Abramowitsch als auch Oleg Deripaska kamen im Zuge der Finanzkrise 2007/08 umfangreiche staatliche Subventionen von 1 bzw. 4,5 Milliarden US-Dollar aus dem nationalen Wohlfahrtsfond und konnten trotz Krise ihre Vermögen weiter ausbauen. Durch diese Beispiele wurde klar ersichtlich, dass gezielt Wohlfahrtsverluste auf seitens der russischen Regierung in Kauf genommen wurde, um das private Nutzen maximieren zu können. (Kalinina 2012, S.18ff)

Die stark ausgeprägte Korruption hatte negative Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft. Die Schattenwirtschaft in der Russischen Föderation florierte, dadurch kam es zu einem

allgemeinen Rückgang der Steuereinnahmen, was wiederum den Staatshaushalt nachhaltig schwächte. Weiters wurden auch die marktwirtschaftlichen Wettbewerbsmechanismen zum Teil außer Kraft gesetzt, denn es setzten sich im freien Wettbewerb nicht die innovativsten, effizientesten und strategisch geschicktesten Unternehmen durch, sondern die Unternehmen, die die besten Beziehungen zu führenden Beamten pflegten. Dadurch kam es einerseits zu Fehlallokationen und andererseits zu sozialen Spannungen innerhalb der Gesellschaft. Das Investitionsklima wurde geschwächt, weil die Eigentumsrechte geringer ausgeprägt waren im Vergleich zu westlichen Staaten. Durch die fehlenden Investitionen kam es zu einer kontinuierlichen Überalterung der Produktionsanlagen und infolge zu Produktionsausfällen. Die Effizienz der Gesamtwirtschaft sank und die Auswirkungen der Korruption auf die Wirtschaft wurden klar ersichtlich. Gerade nach der Wirtschaftskrise 2007/08 wies Russland schwache Wirtschaftsdaten auf, auch im Vergleich zu den anderen BRIC-Ländern¹. (Kalinina 2012, S.33ff)

Auch das politische System der Russischen Föderation wurde dauerhaft durch Korruption stark beeinflusst. Durch die Durchsetzung der Interessen einer kleinen elitären Minderheit zulasten der allgemeinen Bevölkerung wurde die Legitimität des politischen Systems infrage gestellt. Des Weiteren wurde die Außenwahrnehmung des Landes im Ausland negativ durch diverse Korruptionsskale beeinflusst. Dadurch litt die Wirtschaft, weil die exportorientierten Unternehmen mit einem negativen Image im Ausland konfrontiert waren. Das politische System des Landes isolierte sich zunehmend und war mit der schleichenden Schwächung von demokratischen Institutionen konfrontiert. (Kalinina 2012, S.35)

Internationale Reaktionen wurden im Jahr 2009 durch den Tod des russischen Rechtsanwaltes Sergej Magnitsky in einem Untersuchungsgefängnis ausgelöst. Sergej Magnitsky leistete Rechtsbeistand für eine US-Fondsgesellschaft in der Russischen Föderation und wurde dadurch in den Konflikt zwischen der russischen Führung und dem Geschäftsführer der US-Fondsgesellschaft William Browder involviert. William Browder war zur damaligen Zeit maßgeblich bei dem Unternehmen Gazprom und anderen großen russischen Staatsunternehmen beteiligt. Browder wollte das Management bei den großen staatlichen Unternehmen wesentlich verbessern und versuche die russische Regierung zu

¹ Abkürzung für Brasilien, Russische Föderation, Indien, Volksrepublik China und Südafrika

Reformen zu drängen. Aus diesem Grund gab Browder sensible Informationen an die Presse weiter, um den Druck auf die Regierung zusätzlich zu erhöhen. Die russische Regierung veranlasste im Jahr 2006, dass das Visum von Browder aufgrund der Gefährdung der nationalen Sicherheit aufgehoben wurde. Weiters wurde die Niederlassung der Fondsgesellschaft ein Jahr danach durchsucht und eine Vielzahl an Unterlagen sichergestellt. Im Anschluss wurde ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung gegen das Unternehmen eröffnet und 230 Millionen US-Dollar von Tochtergesellschaften in der Russischen Föderation eingefordert. Browder behauptete im Anschluss, dass das Geld von korrupten Beamten unterschlagen wurde und startete eine Werbeoffensive gegen die Korruption bei den Steuerbehörden. Gerade über das Videoportal Youtube wurde einer Vielzahl an Beweisen bei diversen Korruptionsvorfällen gesammelt und einer größeren Masse an Zuschauern übermittelt. Im Jahr 2008 wurde Sergej Magnitsky wegen angeblicher Steuerhinterziehung festgenommen und laut Browder das Opfer von Vergeltungsmaßnahmen von Beamten, die in diversen Korruptionsskandalen verwickelt waren. In Haft verschlechterte sich der Gesundheitszustand von Magnitsky zunehmend und starb im Jahr 2009 durch die Verweigerung einer angemessenen medizinischen Versorgung. Später konnte auch festgestellt werden, dass Magnitsky einer Vielzahl von Repressalien in Haft ausgesetzt war. Der Fall Magnitsky kann keinesfalls als Einzelfall angesehen werden und wurde hauptsächlich durch die umfangreichen Aufklärungskampagnen von Browder international bekannt. Im Jahr 2008 wurde Dimitrij Medwedjew Präsident und versuchte mit seinem liberalen Wahlprogramm die Korruption im Land nachhaltig zu bekämpfen. Er leitete u.a. eine Untersuchung des Falles Magnitsky ein, in den darauffolgenden Ermittlungsverfahren wurden 20 führende StrafvollzugsbeamtInnen aus dem Dienst entlassen. Durch die Untersuchung wurde auch geklärt, dass Magnitsky aufgrund der fehlenden medizinischen Versorgung gestorben ist. Gegen die verantwortlichen ÄrztInnen wurden Strafverfahren eingeleitet, diese endeten aber jeweils mit Freisprüchen bzw. mit der Einstellung des Verfahrens. Der Fall Magnitsky löste sowohl bei der US-Regierung als auch in der Europäischen Union gravierende Reaktionen aus. Das Europäische Parlament beschloss etwa ein Visumsverbot für 60 hochrangige Beamte aus der Russischen Föderation. Der ehemalige Präsidentschaftskandidat John McCain war maßgeblich bei der Ausarbeitung der Gesetzesvorschlag für den sogenannten „Magnitsky Act“ involviert. Durch dieses Gesetz

wurden umfangreiche Einreiseverbote gegen russische Beamte, die im Magnitsky Skandal beteiligt waren, verhängt und deren Bankkonten in den USA eingefroren. Daraufhin wurden auch von Kanada ein ähnliches Gesetz beschlossen, um die Menschenrechtsverletzungen in der Russischen Föderation entsprechend zu sanktionieren. Als Gegenreaktion wurde von der Russischen Föderation eine Änderung der Gesetzgebung für Nichtregierungsorganisationen durchgeführt. Alle Nichtregierungsorganisationen, die finanzielle Mittel aus dem Ausland erhalten, müssen sich demnach als ausländische Agenten deklarieren. (Aris 2013, S.11f)

Durch die Inhaftierung der Punkband „Pussy Riot“ im Jahr 2012 wurde ein ähnliches Phänomen sichtbar. Die Punkband hatte zwar eine Vielzahl an internationalen UnterstützerInnen, eine breite Mehrheit der russischen Bevölkerung lehnten aber den kontroversen Aktionismus ab. Weiters wurde bei den Protestbewegungen im Dezember 2011 zusätzlich ersichtlich, dass nur eine Minderheit der russischen Bevölkerung bereit ist, öffentlich gegen die aktuelle politische Führung zu demonstrieren. Für die wahlberechtigte Bevölkerung ist die Meinungsfreiheit wesentlich wichtiger als die Versammlungsfreiheit, denn es wird befürchtet, dass es durch Demonstrationen zu einem gewaltsamen Regimewechsel kommen könnte. Diese ablehnende Haltung gegenüber Demonstrationen kann durch den stark ausgeprägten Fatalismus erklärt werden. Der Zusammenbruch der Sowjetunion und die damit gravierenden Auswirkungen auf die Gesellschaft im Zuge des Transformationsprozesses verstärkt zusätzlich den Wunsch der Bevölkerung nach möglichst stabilen Verhältnissen. (Aris 2013, S.13)

3.4. Fläche und Population

Die Russische Föderation ist mit rund 17 Millionen km² mit Abstand das größte Land der Welt. Die Vereinigten Staaten mit 9,8 Millionen km² und die Volksrepublik China mit 9,6 Millionen km² sind die nächstgrößeren Länder der Welt. Die Mehrheit der Staatsfläche der Russischen Föderation kann wirtschaftlich nicht genutzt werden. Im Verhältnis zu anderen Staaten ist der Ackerlandanteil nur sehr gering ausgeprägt. Die Mehrheit der Staatsfläche ist bewaldet, besitzt aber große Vorkommen z.B. an Erdöl, Erdgas, Kohle, verschiedenen

Mineralen und seltene Erden. Die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen ist aufgrund des schwierigen Geländes mit erheblichen Kosten verbunden. (cia.gov 2021, S.1)

Land	Fläche	Ackerlandanteil
China	9.596.960 km ²	54,7 Prozent
Frankreich	643.801 km ²	52,7 Prozent
Indien	3.287.263 km ²	60,5 Prozent
Russland*	17.098.242 km ²	13,1 Prozent
Vereinigtes Königreich	243.610 km ²	71 Prozent
USA	9.833.517 km ²	44,5 Prozent

*ohne Krim

Tabelle 3: Fläche im Ländervergleich

Quelle: Angelehnt an cia.gov 2021

Die Russische Föderation hat ohne der Krim 142 Millionen Einwohner und ist das neunt bevölkerungsreichste Land der Welt. Somit hat die Russische Föderation nur rund ein Zehntel der bevölkerungsreichsten Staaten wie die Volksrepublik China oder Indien. Das Bevölkerungswachstum der Russischen Föderation war in den letzten Jahren sehr schwach ausgeprägt, 2021 sank die Bevölkerung sogar um 0,2 Prozent. Mit nur acht Personen je km² ist die Bevölkerungsdichte im Vergleich zu anderen Ländern sehr gering ausgeprägt. Die Bevölkerung konzentriert sich im Wesentlichen auf die westlichsten 20 Prozent der Staatsfläche. (cia.gov 2021, S.1)

Land	Bevölkerung	Bevölkerungsdichte	Urbanisierungsgrad
China	1.397.897.720	146 Personen je km ²	87,8 Prozent
Frankreich	68.084.217	106 Personen je km ²	81,2 Prozent
Indien	1.339.330.514	407 Personen je km ²	35,4 Prozent
Russland*	142.320.790	8 Personen je km ²	74,9 Prozent
Vereinigtes Königreich	66.052.076	271 Erwachsene je km ²	84,2 Prozent
USA	334.998.398	34 Erwachsene je km ²	82,9 Prozent

Tabelle 4: Bevölkerung im Ländervergleich

Quelle: Angelehnt an cia.gov 2021

3.5. Mitglied im UN-Sicherheitsrat

Den Sitz als ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat hat die Russische Föderation als einziger Fortsetzerstaat der ehemaligen Sowjetunion übertragen bekommen und ist dadurch eine der Vetomacht geworden. In den 90er-Jahren versuchte die Russische Föderation die Kompetenzen der Vereinten Nationen zu stärken. Gerade bei der Konfliktbewältigung sollten die Vereinten Nationen eine größere Rolle einnehmen. Im Kosovo 1998, Irak 2003 und in Libyen 2011 haben die westlichen Länder ohne UN-Mandat bzw. Missbrauch eines UN-Mandats interveniert. Dies veranlasste die Russische Föderation dazu, den eigenen Kurs zu überdenken und blockierte alle Verabschiedungen von Resolutionen im Syrienkrieg ab 2011 im UN-Sicherheitsrat. Weiters übernimmt die Russische Föderation für UN-Friedensmissionen nur circa zwei Prozent der Kosten und stellt auch nur sehr wenig Personal zur Verfügung. In den letzten Jahren kann von der russischen Seite nur ein sehr geringer politischer Wille gesehen werden, um einen angemessenen Anteil für UN-Missionen zu leisten. (Grüder-Heinemann 2019, S.1)

3.6. Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit

Die Russische Föderation versucht sowohl mit bilateralen als auch multilateralen Kooperationen den Einfluss innerhalb des postsowjetischen Raums zu verstärken. Ursprünglich wurde im Jahr 1991 zum Zweck der politischen Reintegration die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) gegründet. Die GUS sollte die Grundlage für die politische als auch für militärische Kooperation zwischen den Staaten im postsowjetischen Raum darstellen. Nach anfänglichen Erfolgen, etwa bei der Auflösung der Roten Armee und der Verteilung der Ausrüstung auf die nationalen Armeen der jeweiligen Staaten, verlor die GUS bis zur Amtsübernahme von Vladimir Putin gravierend an Bedeutung. Stattdessen gewann die Organisation des Vertrags über die kollektive Sicherheit (OVKS) an Bedeutung und wurde zum kollektiven Verteidigungsbündnis ausgebaut. Der Vertrag für die OVKS wurde 2002 von den sechs Mitgliedsstaaten Armenien, Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Belarus und der Russischen Föderation unterzeichnet und wurde ursprünglich aus dem Vertrag über Kollektive Sicherheit (VKS) aus dem Jahr 1992 gebildet. Neben der militärischen Verteidigungsfunktion sollten mithilfe der OVKS

Militäroperationen innerhalb des postsowjetischen Raumes legitimieren. Dadurch ist es für die Russische Föderation möglich, die Machtprojektionsfähigkeiten wesentlich zu verbessern und auf multilaterale Ebene die eigenen Interessen mit Nachdruck zu vertreten. Innerhalb des OVKS wird der mehrheitliche Teil der Ressourcen von der Russischen Föderation gestellt, deshalb sind die anderen Mitgliedstaaten von der russischen Unterstützung stark abhängig. Weiters kooperieren die OVKS-Staaten auch in anderen Themenstellungen wie etwa beim Rauschgifthandel, dem Extremismus und der illegalen Migration untereinander. In der aktuellen Strategie der kollektiven Sicherheit der OVKS kann die Angst vor der westlichen Einmischung in die inneren Angelegenheiten der jeweiligen Staaten nachempfunden werden. Durch die Rosenrevolution in Georgien im Jahr 2003, die Orange Revolution in der Ukraine im Jahr 2004 und der Tulpenrevolution in Kirgisistan im Jahr 2005 wurde die Angst vor einem politischen Umsturz in den Mitgliedsstaaten zusätzlich bekräftigt. Durch die Zusammenarbeit im Rahmen der OVKS sollen die Hürden für westliche Interventionsbemühungen erhöht und eine gemeinsame Abwehrstrategie in Krisensituationen geschaffen werden. Durch die stärkere Anlehnung an die Russische Föderation wird dem größeren Partner umfangreiche Zugeständnisse eingeräumt, um gegen jegliche Sicherheitsprobleme vorgehen zu können. Für zukünftige Regierungen in den OVKS-Mitgliedstaaten wird es deshalb zunehmend schwieriger werden, eine Abkehr vom russischen Hegemonen zu vollziehen. In einer solchen Situation könnte die russische Regierung das jeweilige Land als Sicherheitsrisiko gegenüber den anderen Mitgliedsländern darstellen und sowohl politischen als auch militärischen Druck ausüben. Außerdem werden gerade in letzten 10 Jahren die gemeinsamen militärischen Strukturen innerhalb der OVKS aufgebaut und die jeweiligen nationalen Streitkräfte in drei regionale Streitkräfteformationen aufgeteilt. Es wurden zu diesem Zweck drei Streitkräftegruppen in Osteuropa, Kaukasus und in Zentralasien gegründet, um militärische Angriffe von außen abwehren zu können. Die Streitkräftegruppen in Osteuropa werden aus russischen und weißrussischen Truppenteilen gebildet. Im Kaukasus werden die armenischen Einheiten von russischen Einheiten unterstützt und im Zentralasien kommen sowohl kasachische, kirgisische, tadschikische und russische Streitkräfte bei einem Angriff zum Einsatz. Zusätzlich werden die Streitkräftegruppen von kollektiven schnellen Reaktionskräften unterstützt, die aus 17.000 Mann bestehen und von Verbänden aus allen Ländern gebildet wurden. Von den rund 17.000 Mann stellt die Russische Föderation allein

eine ganze Brigade und eine Division. Außerdem wurde eine rund 3.600 Mann starke gemeinsame Friedenstruppen aufgestellt, die neben militärisches auch ziviles Personal beinhaltet. Dieser Verband kann auch mithilfe eines UN-Mandats außerhalb des eigenen Bundesgebiets eingesetzt werden und bildet sich hauptsächlich aus einer russischen Brigade. Sowohl die kollektiven schnellen Reaktionskräfte als auch die gemeinsamen Friedenstruppen wurden rein zur Abwehr vor ausländischen Militäroffensiven gegründet. Weiters sollen vereinigte Luftstreitkräfte zur Bekämpfung von Aufständen bzw. zur Beseitigung von internen Konflikten in den Mitgliedsstaat aufgestellt werden. Sowohl die Regierung von Belarus als auch von Usbekistan standen den hauptsächlich von der Russischen Föderation indizierten Plänen sehr kritisch gegenüber. Gerade Usbekistan betrachtete den kontinuierlichen russischen Machtzuwachs in Zentralasien als unmittelbare Bedrohung und verlies als Konsequenz im Jahr 2012 die OVKS. Gegen den tatsächlichen Einsatz der OVKS-Truppen im Ernstfall können einige Zweifel formuliert werden. Bisher haben die OVKS-Truppen noch keinen Einsatzbefehl erhalten. Es gibt einige Gründe, wieso auch in Zukunft es sich schwierig gestalten könnte, einen tatsächlichen Einsatz durchzuführen. Einerseits verbietet die Verfassung von Belarus den Einsatz der eigenen Streitkräfte im Ausland, andererseits bildet sie die Truppen von Kirgisistan und Tadschikistan zu schlecht aus, um tatsächlich im Ernstfall eine entscheidende Rolle spielen zu können. Trotz der großen Bemühungen der Russischen Föderation, die eigene Dominanz innerhalb der OVKS auszuweiten, gelang es dennoch kaum, das Bündnis für die russischen Interessen zu instrumentalisieren. Sowohl im Georgienkrieg 2008, im Krim-Referendum 2014 als auch im seit 2011 noch andauernden syrischen Bürgerkrieg konnte die Russische Föderation ihre Bündnispartner nicht von den eigenen Standpunkten überzeugen. Die Bündnispartner äußerten sich äußerst zurückhaltend und lehnten im Fall des syrischen Bürgerkrieges die von der Russischen Föderation angefragte Einsatz der OVKS-Friedenstruppen sogar entschieden ab. Die Rivalitäten zwischen den OVKS-Mitgliedsstaaten stellen ein weiteres großes Problem für das Bündnis dar, aus diesem Grund muss die russische Führung immer wieder größere diplomatische Anstrengungen unternehmen, um größere ethnische Auseinandersetzungen und Grenzkonflikte zu verhindern. Die russische Führung betrachtete spätestens seit 2014 die OVKS als Plattform für bilaterale Gespräche zwischen den jeweiligen Staaten und weniger als Bündnis, die als Reaktion zur NATO etabliert werden könnte. (Klein 2018, S.31ff)

Derzeit unterhalten die russischen Streitkräfte in elf Ländern militärische Stützpunkte. Eine Vielzahl an ausländischen Militäreinrichtungen wurden von der ehemaligen Sowjetunion übernommen. In Transnistrien, Abchasien, Donezk, Südossetien und auf der Krim werden Stützpunkte mithilfe von separatistischen Gruppierungen gegen den Willen der dortigen Regierung betrieben. Der militärische Präsenz in Belarus, Syrien, Armenien, Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan basierte hingegen auf offiziellen Abkommen mit den jeweiligen Nationalstaaten. Die stärkste russische Truppenpräsenz konnte auf der umstrittenen Krim, mit 28.000 Mann beobachtet werden, hier sind neben Landstreit- und Luftstreitkräfte auch Marineeinheiten stationiert. (Military Balance 2020, S.170)

In Abbildung 6 sind die russischen Militärbasen im Ausland dargestellt. Durch die Abbildung wird die starke militärische Präsenz der Russischen Föderation im postsowjetischen Raum verdeutlicht.

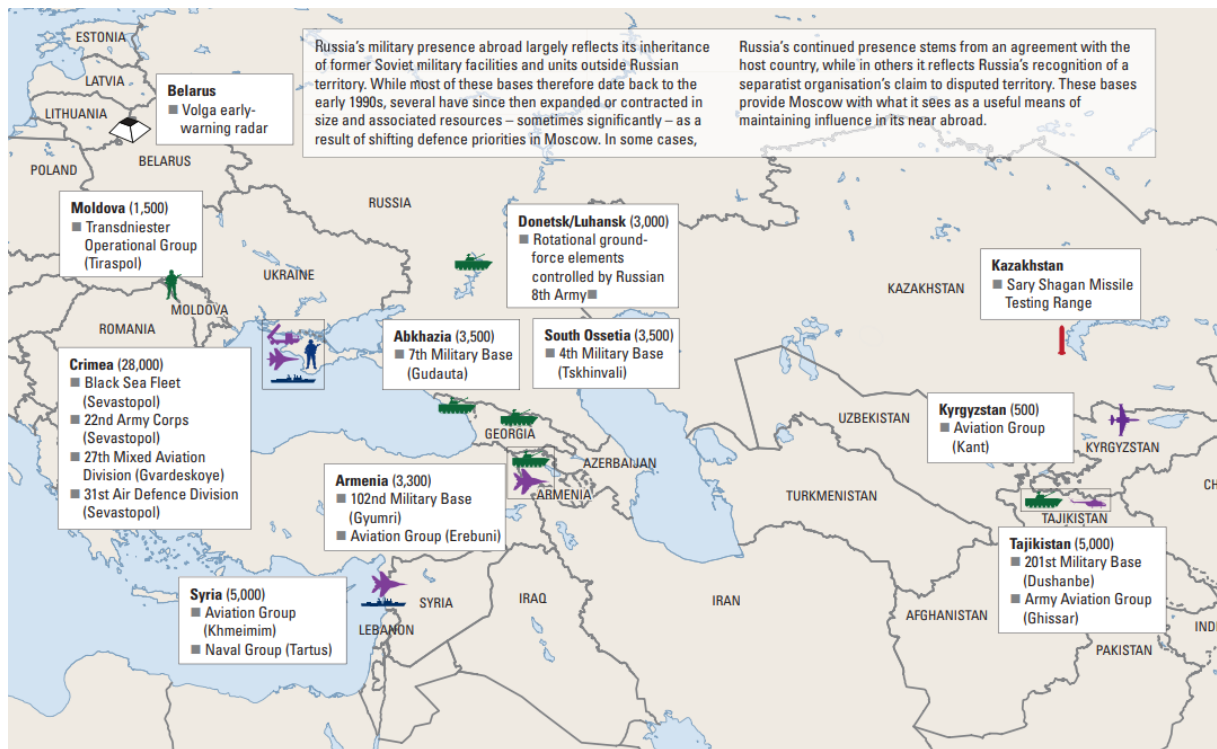


Abbildung 6: Russische Militärbasen im Ausland

Quelle: Military Balance 2020, S.170

3.7. Eurasische Wirtschaftsunion

Nach der Präsidentschaftswahl 2012 wurde von Vladimir Putin ein Projekt zur politischen und wirtschaftlichen Reintegration der postsowjetischen Staaten vorgestellt. Dabei sollte

die Europäische Union als Vorbild für die neugeschaffene Eurasische Wirtschaftsunion dienen, um langfristig auch einen gemeinsamen Handelsraum ohne Zollbarrieren zu schaffen. Weiters wird eine vertiefte Kooperation in den Bereichen der Industrie, Technologie und Energie zwischen den Staaten angestrebt. Die wichtigsten Treiber der Eurasische Wirtschaftsunion sind die Russische Föderation, Belarus und Kasachstan, die bereits 2011 vollständig ihre Zollbarrieren beseitigt haben. Infolge sind dem gemeinsamen Wirtschaftsraum Armenien im Jahr 2014 und Kirgistan im Jahr 2015 beigetreten. In der supranationalen Kommission sind die Staats- und Regierungschefs vertreten, um gemeinsam die wirtschaftliche Integration voranzutreiben und zu kontrollieren. (bpb 2021, S.1)

Die wichtigsten Institutionen der Eurasischen Wirtschaftsunion sind der Oberste Eurasische Wirtschaftsrat, der Eurasische Interregierungsrat der MinisterpräsidentInnen und die Eurasische Wirtschaftskommission. Der Oberste Eurasische Wirtschaftsrat umfasst alle StaatsoberhäupterInnen von allen Mitgliedsstaaten. Der Wirtschaftsrat beschäftigt sich mit der Strategie und den Entwicklungsmöglichkeiten der Wirtschaftsunion. Der Eurasische Interregierungsrat der MinisterpräsidentInnen ist für die Genehmigung des Haushaltsentwurfs zuständig und überwacht die Einhaltung der Verträge. Die supranationale Kommission verfügt über 140 Zuständigkeiten und versucht die wirtschaftliche Integration zu intensivieren. Die Kommission besteht aus dem Rat und dem Vorstand. Jeder Mitgliedsstaat ernennt zwei KommissarInnen für den Vorstand. Das wichtigste Exekutivorgan der Organisation ist der Verwaltungsrat. Der Verwaltungsrat besteht wiederum aus den zehn MitgliederInnen. Die MitgliederInnen sind zwei MinisterInnen von den jeweiligen Mitgliedsländern. Die Russische Föderation verfügt derzeit über rund 87 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion, besitzt aber gleichzeitig nur über 20 Prozent der Stimmrechte. (Vinokurov 2017, S.57f.)

Laut einigen ExpertInnen versucht Vladimir Putin mithilfe der Eurasischen Wirtschaftsunion die russischen Hegemonieansprüche im postsowjetischen Raum durchzusetzen. Demnach wird die Eurasische Wirtschaftsunion als Konkurrenzprojekt der Europäischen Union verstanden. Die Russische Föderation möchte möglichst versuchen, eine Mitgliedschaft von Georgien als auch von der Ukraine in die Europäische Union zu verhindern. Die

politischen und wirtschaftlichen Effekte der Eurasischen Union können bis dato sehr gering angesehen werden. (bpb 2021, S.1)

Die Eurasische Wirtschaftsunion kann derzeit als funktionierende Zollunion eingestuft werden. In naher Zukunft versucht die Eurasische Wirtschaftsunion einen gemeinsamen Markt zu schaffen und die verbliebenen Handelshemmnisse zu beseitigen. Weiters soll auch die Geldpolitik der Mitgliedsstaaten aufeinander abgestimmt und dadurch die ökonomische Stabilität innerhalb der Eurasischen Wirtschaftsunion verbessert werden. Aufgrund des Ukraine Konflikts wird auch in Zukunft der Freihandel mit der Europäischen Union voraussichtlich nicht intensiviert werden. In Asien werden hingegen derzeit werden vertiefte Gespräche über Wirtschaftskooperationsabkommen, besonders mit der Volksrepublik China geführt. (Vinokurov 2017, S.68f)

4. Wirtschaftliche Machtressourcen

4.1. Transformationsprozess nach dem Ende der Sowjetunion

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion war die ökonomische und finanzielle Situation in der Russischen Föderation äußerst angespannt. Die Planwirtschaft wurde in eine Marktwirtschaft transferiert, dieser Prozess brachte jedoch zusätzliche Probleme mit sich. (Beer 2020, S.4)

In drei Privatisierungswellen zwischen 1992 und 1996 wurden insgesamt über 16.000 Unternehmen privatisiert. Dabei sicherten sich unterschiedliche Finanzoligarchen mithilfe von umfangreichen Bestechungsgeldern an die Behörden die Anteile an den profitabelsten Unternehmen. Dabei wurden die Anteile der Unternehmen weit unter ihrem Wert meistens im Zuge von Auktionsverfahren veräußert. Außerdem wurden die Auktionen maßgeblich zugunsten von regierungstreuen Insidern und OligarchInnen manipuliert und zu deren Gunsten beeinflusst. Dieser Allokationsprozess erwies sich als desaströs und hatte zur Folge, dass der Modernisierungsprozess der Wirtschaft vollkommen scheiterte. (Maul/Grupe 2010, S.27ff)

Nach einer kurzen Erholungsphase verzeichnete die Russische Föderation im Jahr 1998 eine enorme wirtschaftliche Krise. Verursacht wurde die Krise durch die deutliche Senkung der

Energiepreise infolge der Asien-Krise 1997 und das damit eingehende enorme Leistungsbilanzdefizit. Dies führte wiederum zu einer gravierenden Kapitalflucht und zu einer starken Abwertung der russischen Rubel. Durch die Verringerung der Devisenreserven musste die russische Nationalbank die fixen Wechselkurse aufgeben. Der Bedarf nach Konsumgütern konnte nicht mehr ausreichend gedeckt werden. Schlussendlich konnte die Russische Föderation die Fremdwährungskredite nicht mehr tilgen und musste daraufhin die Zahlungsunfähigkeit bekanntgeben. (Beer 2020, S.4)

4.2. Wirtschaftswachstum seit dem Jahr 2000

Aufgrund der steigenden Rohstoffpreise konnte die Leistungsfähigkeit der russischen Wirtschaft ab dem Jahr 2000 drastisch gesteigert werden. (Beer 2020, S.4)

Die Russische Föderation galt spätestens ab den 2000er-Jahren als aufstrebende Volkswirtschaft. Durch ein hohes Wirtschaftswachstum konnte erstmals ein höheres Bruttoinlandsprodukt (BIP) seit dem Ende der Sowjetunion ausgewiesen werden. Zwischen 1999 und 2008 etwa konnte die Wirtschaftsleistung im Schnitt um 7 Prozent pro Jahr erhöht werden, dies gelang u.a. durch den wirtschaftlichen Fokus auf fossile Brennstoffe. Im gleichen Zeitraum verbesserte sich das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf um über 66 Prozent. Von 2000 bis 2009 sank der Anteil der Bevölkerung mit einem Einkommen, dass unter dem Existenzminimum lag, von 29 Prozent auf 13 Prozent. (Kolev 2016, S.4ff)

Diese allgemeine Erholungsphase wurde allerdings durch die Weltwirtschaftskrise 2007/08, die das russische Bruttoinlandsprodukt kurzfristig um 8 Prozent senkte, unterbrochen. Im Jahr 2011 wies die russische Wirtschaft wieder eine Wachstumsrate von 5 Prozent auf. (Beer 2020, S.4)

Trotz des immensen wirtschaftlichen Potenzials konnte die russische Wirtschaft das Vorkrisenniveau nicht mehr erreichen. (Kolev 2016, S.4ff) Im Jahr 2015 ist das Bruttoinlandsprodukt um 3,7 Prozent zurückgegangen, hingegen ist das allgemeine Preisniveau um 15 Prozent gestiegen. Schon im Jahr 2014 konnte eine hohe Teuerung von 14 Prozent zum Vorjahr beobachtet werden. Die Arbeitslosenrate im Jahr 2014 ist dennoch mit 6 Prozent im Vergleich zur wirtschaftlichen Lage eher gering ausgeprägt. (Kolev 2016,

S.4ff) In dieser Zeit konnte eine sehr geringe Investitionsnachfrage beobachtet werden, auch die verfügbaren Einkommen der russischen Bevölkerung gingen 2017 drastisch zurück. (Weltbank 2018a, S.4ff)

In den letzten Jahren wurde außerdem das Wirtschaftswachstum zunehmend durch außenpolitische Ereignisse und strukturellen Schwächen negativ beeinflusst. Dazu gehören etwa die Wirtschaftssanktionen der westlichen Länder, die im Zuge Ukraine Krise gegen Russland verhängt wurden, aber auch die Importbeschränkungen u.a. im Lebensmittelbereich aufseiten Russlands. Zusätzlich kann ein allgemeiner Rückgang der Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgas Geschäft betrachtet werden. Die strukturellen Schwächen beziehen sich auf hohe Korruption und die ineffizienten Managementpraktiken. Gerade in Zeiten hoher Öl- und Gaspreise wurde es versäumt, hinreichende Reformen von der Regierung zu beschließen, um die Basis eines langfristigen Wirtschaftswachstums zu legen. (Kolev 2016, S.4ff)

Die langfristigen Auswirkungen der westlichen Sanktionen auf die russische Wirtschaft sind nur schwer zu beurteilen. Die russische Wirtschaft ist allerdings sehr stark von Importen von westlichen Technologien und Maschinen abhängig. Grundsätzlich ist die Erfolgswahrscheinlichkeit von Wirtschaftssanktionen von der Größe und der politischen Stabilität des sanktionierten Landes abhängig. Je größer das Land und je stabiler die politische Lage in einem sanktionierten Land ist, desto geringer sind die Erfolgsaussichten von Sanktionen. Die Erfolgsaussichten der Sanktionen werden hingegen verbessert, je größer das Handelsvolumen zwischen den beteiligten Ländern ist. (Dreger/Kholodilin 2015, S.1053)

Weiters hat die aktuelle Pandemie starke Auswirkungen auf die russische Wirtschaft. Die Russische Föderation weist eine große Anzahl an Corona-Infizierte auf, dadurch wird sowohl ein Angebots- als auch Nachfrageschock verursacht. Die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie sind aktuell nur schwer evaluierbar. Aufgrund der immensen Währungsreserven und der äußerst geringen Staatsverschuldung wird damit gerechnet, dass die russische Wirtschaft im Vergleich zu anderen Krisen deutlich robuster agiert. Der Internationale Währungsfonds rechnet im Jahr 2020 mit Reduzierung der wirtschaftlichen Leistungskraft um 6,6 Prozent. (Beer 2020, S.5) Besonders starke Umsatzeinbußen müssen kleine und

mittlere Unternehmen im Dienstleistungssektor vor allem Restaurant, Hotels, Friseure hinnehmen. (Weltbank 2020a, S.9) Die finanzielle Unterstützung von seitens des russischen Staates ist mit rund 4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes sehr verhalten ausgefallen, davon entfallen allein 2,7 Prozent auf die finanzielle Unterstützung von Unternehmen. Weltbank 2020a, S.25f)

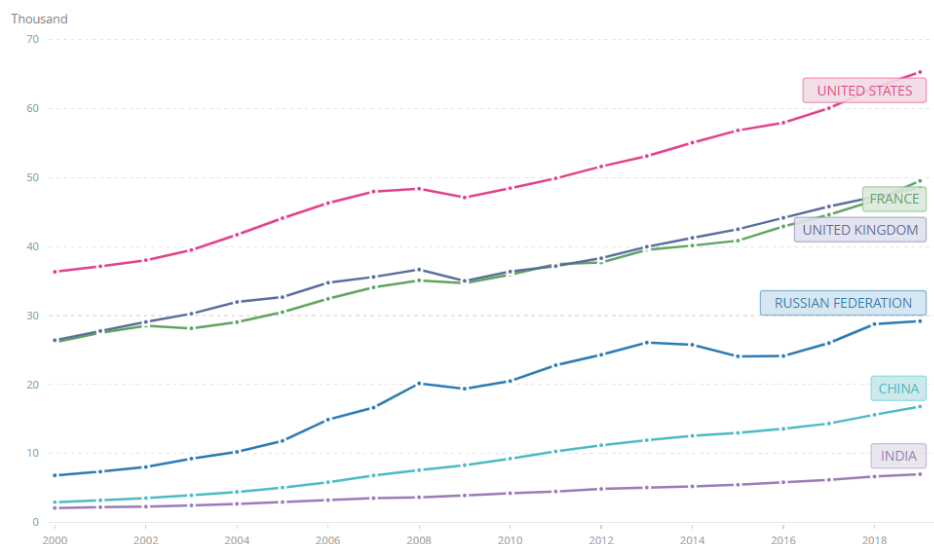


Abbildung 7: Entwicklung des kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsprodukts pro Kopf in US-Dollar

Quelle: data.worldbank 2021

Zwischen 2000 und 2013 ist das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in der Russischen Föderation um das Vierfache gestiegen. Wie in Abbildung 7 ersichtlich ist, kann nur die Volksrepublik China über den gesamten Betrachtungszeitraum ein stärkeres Wachstum aufweisen. Trotz dieser enormen Wachstumszahlen bleibt das kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf weit hinter den westlichen Ländern zurück.

Land	2000	2010	2019	Prozentuelle Veränderung
China	2.921	9.254	16.804	575 %
Frankreich	26.102	35.930	49.519	190 %
Indien	2.096	4.237	6.997	334 %
Russland	6.825	20.490	29.181	428 %
Vereinigtes Königreich	26.415	36.371	48.484	184 %
USA	36.335	48.468	65.298	180 %

Tabelle 5: kaufkraftbereinigte Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in US-Dollar

Quelle: data.worldbank 2021

4.3. Wirtschaftspolitik

Die russische Wirtschaft ist trotz der erwähnten Versuche unter der Amtszeit Medwedew bis dato sehr stark von Erdöl- und Erdgasexporten abhängig. Derzeit werden mehr als 50 Prozent der Staatseinnahmen aus dem Verkauf von Erdöl- und Erdgas erzielt. (Dreger/Kholodilin 2015, 1052) Allein die Einnahmen aus dem Ölexport machen etwa 40 Prozent der gesamten russischen Bundeseinnahmen aus. (Weltbank 2016a, S.25f)

In der Abbildung 8 sind die einzelnen Anteile der Güter am gesamten Warenexport abgebildet. Daraus kann man feststellen, dass zwischen 2013 und 2017 der Anteil der Erdöl- und Gasexporte im Verhältnis zum gesamten Warenexport verringert haben, jedoch immer noch 59 Prozent der gesamten Exportwirtschaft ausmachen. (Weltbank 2018a, S.9) Ein Drittel der russischen Öl- und Gasexporte entfällt allein auf den Verkauf von Rohöl. (Weltbank 2016a, S.55) Die Diversifizierung der Wirtschaft gestaltet sich als äußerst schwierig, weil die russische Wirtschaft ohne das Öl- und Gasgeschäft ein großes Leistungsbilanzdefizit von über 100 Milliarden US-Dollar aufweisen würde. (Weltbank 2017b, S.10) Der Beschäftigungsgrad fällt hingegen zwischen 2013 und 2017 in der Agrarwirtschaft um 15 Prozent. Auch die Fertigungsindustrie, die Bauwirtschaft und das Militär verzeichnen einen starken Rücklauf ihres Beschäftigungsgrades. Hingegen steigt der

Beschäftigungsgrad um über 10 Prozent in der Logistik und in der Kommunikationsbranche. Zusätzlich werden auch im öffentlichen Bereich 5 Prozent mehr Personen beschäftigt, dies betrifft hauptsächlich den Bildungsbereich und die öffentlichen Versorgungsunternehmen. Weiters wächst in der Finanzwirtschaft der Beschäftigungsgrad auch um 5 Prozent. (Weltbank 2018a, S.9)

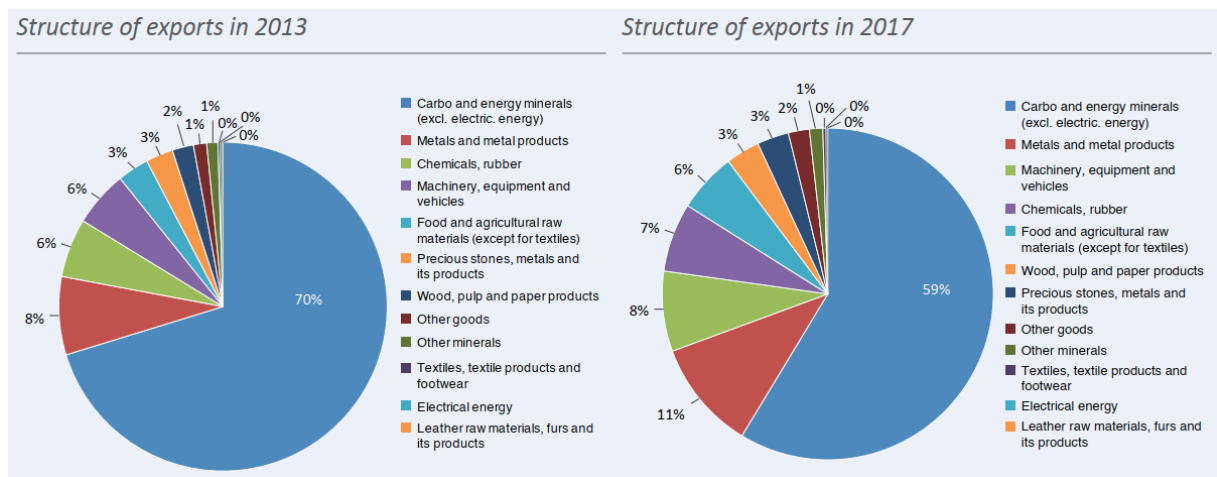


Abbildung 8: Anteil der Öl- oder Gasexporte am gesamten Warenexport

Quelle: Weltbank 2018a, S.8

Um mit der derzeitigen schwierigen wirtschaftlichen Situation entsprechend umgehen zu können, hat die russische Regierung im Jahr 2016 zwei unterschiedliche ExpertInnentteams beauftragt, umfangreiche Reformvorschläge zu erarbeiten. Um die erste ExpertInnengruppe handelte es sich um das Team des Zentrums für strategische Forschung. Dieses Team wurde geleitet vom ehemaligen Finanzminister und Wirtschaftswissenschaftler Alexei Leonidowitsch Kudrin. Das andere ExpertInnentteam wurde von Boris Titow geleitet und wurde der Stolypin-Klub genannt. Boris Titow ist ein bekannter russischer Unternehmer und ausgewiesener Experte im Bereich des Unternehmensrechts. Schon aufgrund ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen Denkweise unterschieden sich die beiden Chefexperten, denn Alexei Kudrin ist bekannt für seine neoklassischen Ansichten, Boris Titow folgt hingegen strikt der nachfragorientierten neoklassischen Denkweise. Beide ExpertInnentteams betonen die Wichtigkeit, die Eigentumsrechte in Russland maßgeblich zu verbessern. Um dies zu erreichen, bedarf es eine grundlegende Verbesserung des Rechtssystems. Alexei Kudrin unterscheidet in seiner Analyse zwischen produktiven und unproduktiven Ausgaben. Als produktive Ausgaben

etwa werden Investitionen in Bildung, Gesundheit oder Infrastruktur genannt, denn diese Ausgabepositionen haben positive langfristige Effekte auf das Wirtschaftswachstum. Im Gegensatz dazu sind Ausgaben im Bereich des Militärs und der Sicherheit sehr unproduktiv, denn es wird dadurch kein oder sogar ein negatives Wirtschaftswachstum generiert. Laut den empirischen Untersuchungen von Alexei Kudrin und Alexandr Knobel wären Investitionen in Bildung, Gesundheit und Sport dringend nötig. Dadurch könnte das Bruttoinlandsprodukt erhöht werden und langfristig positive Effekte auf das Wirtschaftswachstum ausgelöst werden. Bei den Ausgaben für Infrastrukturprojekte muss am ökonomischen Bedarf ausgerichtet werden, denn gerade größere Budgets für Megaprojekte wie etwa die Olympischen Spiele oder der Fußball-Weltmeisterschaft haben laut der Studie auch negative langfristige Effekte auf das Wirtschaftswachstum. Sowohl kurzfristig als auch langfristig gesehen ist die Erhöhung der Verteidigungsausgaben die schädlichste Ausgabe für die heimische Wirtschaft. Weiters sieht Alexei Kudrin einen großen Reformbedarf bei den Transferleistungen, denn diese verfehlen weitestgehend ihre Wirkung und sind zu unpräzise auf die einzelnen Fördergruppen zugeschnitten. (Kluge 2018, S.28ff) Der Stolypin-Klub unter Boris Titow befürwortete die Ausweitung staatlicher Ausgaben, um die heimischen Nachfragen drastisch zu steigern und die unausgelasteten Produktionskapazitäten nützen zu können. Das wirtschaftliche Wachstum soll durch diese expansive Fiskalpolitik generiert werden und zusätzliche Steuereinnahmen für den Staat erzielen. Gerade durch die westlichen Wirtschaftssanktionen kam es in Russland zu Importsubstitutionen. Durch eine aktive Industriepolitik sollen die westlichen Produkte durch heimische Produkte allmählich ersetzt werden. Der größte Unterschied bei den Reformentwürfen zwischen den beiden ExpertInnengruppen erfolgt aber in der Betrachtungsweise bei den Militärausgaben. Denn Boris Titow ist im Gegensatz zu Kudrin der Ansicht die Rüstungsausgaben nicht zu senken, denn die russische Rüstungsindustrie leiste einen großen Beitrag an der heimischen Wertschöpfung und generiere ein Wirtschaftswachstum. (Kluge 2018, S.31)

Die russische Rüstungsindustrie beschäftigt etwa Millionen von ArbeitnehmerInnen und zwischen 2010 und 2016 konnte dieser Wirtschaftsbereich ein durchschnittliches jährliches Produktionswachstum von 11,65 Prozent ausweisen. Dadurch konnte die russische Rüstungsindustrie ihre Produktion zwischen 2010 und 2016 mehr als verdoppeln. Die Abhängigkeit der Rüstungsunternehmen an staatlichen Aufträgen stieg aber, denn es

wurden weniger zivile Produkte hergestellt. Der Anteil an zivilen Produkten fiel von 33 Prozent im Jahr 2011 auf 16 Prozent im Jahr 2015. Laut der russischen Regierung sollten die Rüstungsunternehmen deutlich mehr zivile Güter für den Export herstellen. Im letzten Jahr konnte die Rüstungsindustrie Exporte im Wert von 15 Milliarden US-Dollar ins Ausland absetzen. Die russische Rüstungsindustrie ist aber mit chinesischen Billigprodukten auf den afrikanischen und südamerikanischen Absatzmärkten konfrontiert. Diese chinesischen Produzenten produzieren effizienter und werden vom chinesischen Staat nachdrücklicher unterstützt. Dennoch gibt es gerade durch das moderne Luftabwehrsystem S-400 und das Mehrzweckkampfflugzeug Su-35 interessante und hochtechnologische Neuentwicklungen, die durchaus international konkurrenzfähig sind. (Kluge 2018, S.28f)

Im Ausland wird die Renationalisierung der russischen Wirtschaft befürchtet. Die westlichen Sanktionen, die im Zuge der Krimkrise 2014 erlassen wurden, begünstigen diese Entwicklungen. Außerdem wurde durch die vergangenen staatlichen Übernahmen von privaten Ölkonzernen Sibneft oder Jukos der Staatsanteil an Bruttoinlandsprodukt weiters erhöht. Durch die staatlichen Übernahmen wurde die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der beteiligten Unternehmen gesenkt und konnte in den darauffolgenden Jahren nur geringe Wachstumsraten aufweisen. Mittlerweile wird etwa ein Drittel der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung in staatlichen Unternehmen oder beim öffentlichen Dienst erzeugt. Die restlichen zwei Drittel werden bei privaten Unternehmen oder im informellen Sektor wertgeschöpft. (Götz 2006, S.5ff)

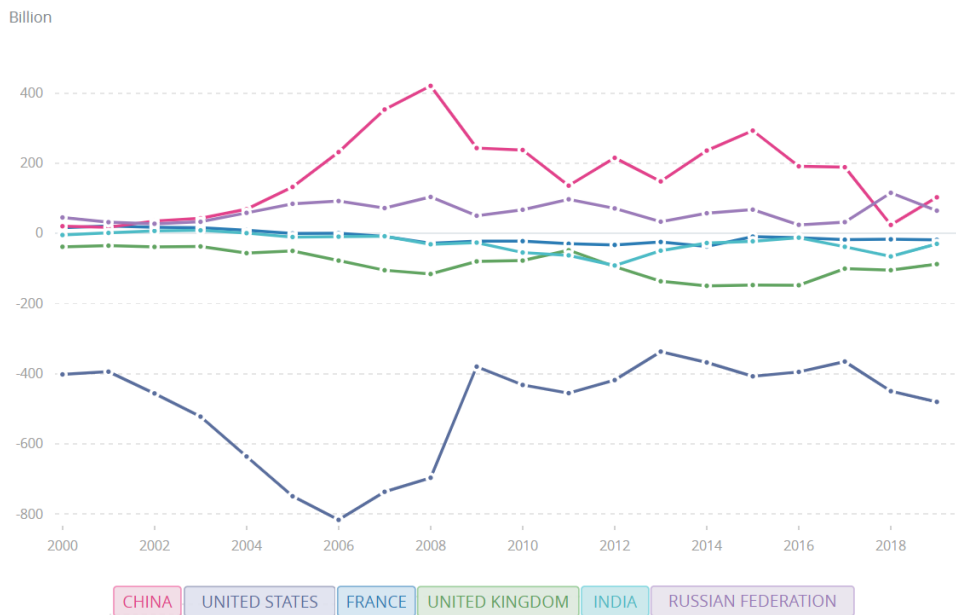


Abbildung 9: Leistungsbilanzsaldo in US-Dollar

Quelle: data.worldbank.org 2021

Wie in Abbildung 9 dargestellt ist, hat die Russische Föderation zwischen 2000 und 2018 immer einen soliden Leistungsbilanzüberschuss erzielen können. Trotz des Ölpreisverfalls im Jahr 2015 schaffte es die Russische Föderation ihren Leistungsbilanzüberschuss zu steigern, weil der flexible Wechselkurs einen rasanten Rückgang der Importe durch die Abwertung der Rubel ermöglichte. (Weltbank 2017a, S.3) Der Leistungsbilanzüberschuss resultiert überwiegend aus dem Export von Gütern, die Dienstleistungsbilanz ist jedoch negativ. (Weltbank 2016a, S.17f) Neben der Russischen Föderation erwirtschaftete auch die Volksrepublik China zwischen 2000 und 2018 einen Leistungsbilanzüberschuss. In den letzten Jahren mussten hingegen die Vereinigten Staaten von Amerika gravierende Leistungsbilanzdefizite von teilweise über 800 Milliarden US-Dollar hinnehmen.

Land	2000	2010	2018
China	21	237	103
Frankreich	16	-22	-18
Indien	-5	-54	-30
Russland	45	67	65
Vereinigtes Königreich	-38	-77	-88
USA	-401	-432	-480

Tabelle 6: Leistungsbilanzsaldo in Milliarden US-Dollar

Quelle: data.worldbank 2021

Außerdem konnte die Russische Föderation hohe Budgetüberschüsse zwischen 5 und 10 Prozent aufweisen. Bedingt durch die Finanzkrise 2007/08 musste das Land wieder Budgetdefizite vernehmen, konnte aber in den Jahren danach wieder sein Budget konsolidieren. Der zunehmende Verfall der Erdöl- bzw. Erdgaspreise und die Auswirkungen der umfangreichen Sanktionen der westlichen Staaten gegen Russland im Zuge der Krimkrise 2014 belasteten nachhaltig das Budget. Es folgte daraufhin eine umfangreiche Haushaltskonsolidierung. Das Defizit verringerte sich von 3,6 Prozent im Jahr 2015 auf 1,5 Prozent des BIPs im Folgejahr. Diese positive Entwicklung kann durch die Erholung der Erdöl- und Erdgaspreise und die daraus zusätzlich gewonnenen Einnahmen erklärt werden. Ausgabenseitig wurden die Rüstungsausgaben reduziert und die BeamtInnengehälter als auch die Pensionen 2015 und 2016 nicht erhöht. Aufgrund dieser Entwicklung konnte die russische Regierung für das Jahr 2017 wieder ein Primärüberschuss von 0,1 Prozent des BIPs erwirtschaften. (Weltbank 2018a, S.5ff)

Gemessen am Handelsvolumen ist die Volksrepublik China der wichtigste Handelspartner für die Russische Föderation. Das Handelsniveau zwischen den Staaten ist in den letzten Jahren stark gestiegen, die Pandemie hat diesen Trend noch zusätzlich verstärkt. Die Russische Föderation exportiert 13,4 Prozent seiner Güter bzw. Dienstleistungen an die Volksrepublik China, gleichzeitig kommen 21,9 Prozent der Importe aus der Volksrepublik China in die Russische Föderation. Die Volksrepublik China hat im Jahr 2010 die

Bundesrepublik Deutschland als größten Handelspartner abgelöst. Der Handelswert der gesamten Europäischen Union mit der Russischen Föderation übersteigt den Handelswert zwischen der Volksrepublik China und der Russischen Föderation nach wie vor um das Doppelte. (Weltbank 2020b, S.15)

4.4. Exkurs: Russische Öl- und Gaswirtschaft als Machtressource

4.4.1. Transformationsprozess der russischen Öl- und Gaswirtschaft

Der Transformationsprozess brachte für die russische Öl- und Gaswirtschaft große Probleme mit sich. Während der Sowjetunion beschränkte sich die Förderung von Erdöl und Erdgas hauptsächlich auf das westsibirische Gebiet. Im Zuge des Transformationsprozesses mussten die wirtschaftlichen Tätigkeiten ausgeweitet werden, dabei fehlte aber die notwendige Kapitalakkumulation. Um die Explorations- und Expansionstätigkeiten dennoch durchführen zu können, wurde versucht, ausländische Direktinvestitionen zu generieren. Um aber ausländische Investorengruppen erfolgreich anwerben zu können, müssen die inländischen Eigentumsrechte verbessert und entsprechende Investitionsschutzabkommen unterzeichnet werden. Aus diesem Grund wurde sogenannte Production Sharing Agreement (PSA) abgeschlossen, um zwischen dem ausländischen Energieunternehmen und der Russischen Föderation die Einnahmen nach einem fix festgelegten Schlüssel entsprechend regeln zu können. Die Verwaltung im postsowjetischen System war den neuen Anforderungen nicht gewachsen und deshalb waren die Bemühungen bei der Bekämpfung der stark ausgeprägten Korruption nur sehr mangelhaft vollzogen worden. Außerdem musste die Infrastruktur des Pipelinesetzes kontinuierlich verbessert werden, um Einnahmen aus dem Export von Öl und Gas erzielen zu können. (Heinrich/Pleines 2012, S.1) Das Wissen zur Ausbeutung der Rohstoffvorkommen sollte von privaten Unternehmen zur Verfügung gestellt werden, aus diesem Grund wurde ein Großteil der russischen Erdölindustrie privatisiert. (Heinrich/Pleines 2012, S.2)

Im Jahr 2002 wurden nur noch 15 Prozent der Erdölförderung von staatlichen Unternehmen durchgeführt, hingegen wurde die Erdgasförderung beim staatlichen

Monopolisten Gazprom belassen. Heinrich/Pleines 2012, S.2) Im Zuge der Privatisierungsgesetze im Jahr 1997 und 2001 wurden gerade im Erdöl- und Erdgassektor gewisse Verstaatlichungstendenzen wieder sichtbar. (Maul/Grupe 2010, S.27ff) In der Ära Vladimir Putins wurde Rosneft als zentrales staatliches Unternehmen in der russischen Ölwirtschaft etabliert. (Heinrich/Pleines 2012, S.2) Durch kontinuierlichen Druck seitens des Staates auf die Unternehmen konnte der Staatsanteil im Erdölbereich von 15 auf 40 Prozent drastisch erhöht werden. (Maul/Grupe 2010, S.27ff)

Die staatlichen Unternehmen in der Russischen Föderation sind aber von großer Ineffizienz geprägt. Die staatlichen Unternehmen müssen großen regulatorischen Ansprüchen entsprechen und enorme Ressourcen zur Quersubventionierung für andere wirtschaftliche Bereiche bereitstellen. Außerdem wird die Ertragskraft der Unternehmen durch die illegale Entnahme der Einnahmen von politischen Eliten zum Zweck der Selbstbereicherung systematisch geschmälert. (Heinrich/Pleines 2012, S.2)

4.4.2. Erdgas- und Erdölwirtschaft als innenpolitische Machtressource

Im Jahr 2003 fusionierten die Mineralölunternehmen Yukos und Sibneft zum Unternehmen Yukossibneft. Dadurch wurde Yukossibneft gemessen am Fördervolumen und an der Marktkapitalisierung zum größten russischen Erdölunternehmen unter der Führung von Michail Borisowitsch Chodorkowski. Chodorkowski wollte einen strategischen Partner für sein Unternehmen gewinnen und versuchte eine 25-prozentige Beteiligung von Exxon Mobile und Chevron Texas an Yukos zu bewirken. Außerdem wurden die politischen Ambitionen von Chodorkowski 2004 klar ersichtlich und er äußerte seine Absichten, seine Anteile an Yukos an Konkurrenzunternehmen zu verkaufen. Nachdem der Geschäftspartner und Yukos Großaktionär Platon Lebedew wegen Verdacht des Betrugs festgenommen wurde, verlor Yukos im Anschluss die Förderlizenzen in Ostsibirien. Der Staat beschlagnahmte 44 Prozent der Aktien an Yukos und revidierte die Fusion zwischen Yukos und Sibneft. Zusätzlich wurde Yukos zu rückwirkenden Steuernachzahlungen von insgesamt 18,6 Milliarden Euro verurteilt. Michail Chodorkowski wurde im Anschluss zu acht Jahren Haft verurteilt und Yukos zur Versteigerung freigegeben. Über eine Scheinfirma erwarb das staatliche Ölunternehmen Rosneft die Anteile an Yukos und gliederte das Unternehmen in die eigenen Strukturen ein. Im Gegensatz zu russischen

Erdgasunternehmen sind heute die vertikal integrierten Erdölunternehmen außer Rosneft alle in privatem Besitz. (Maul/Grupe 2010, S.31ff)

Fast alle russischen Erdgasunternehmen werden durch den Staatskonzern Gazprom kontrolliert. Gazprom besitzt das staatliche Monopol bei der Produktion, dem Transport und des Exportes von Erdgas ins Ausland. Das Unternehmen profitiert enorm von dieser Vormachtstellung und ist weltweit gesehen der größte Erdgasproduzent und Erdgasversorger. Neben der Erdgasförderung ist Gazprom auch u.a. in der Maschinen- und Konsumgüterproduktion, in der Bauwirtschaft und als Agrarunternehmen tätig. Außerdem wurden später Investitionen auch im Bankenbereich, in der Industrie und in der Telekommunikation- bzw. Medienwirtschaft getätigt. Insgesamt verfügt Gazprom über 17 Prozent der weltweiten und über 60 Prozent der russischen Erdgasvorkommen. (Maul/Grupe 2010, S.36ff)

Jonas Grätz hat in seiner Netzwerkanalyse die Biografiedaten des sozialen Netzwerkes in den dominanten Erdöl- und Erdgasunternehmen in der Russischen Föderation näher betrachtet. Die Netzwerkdaten wurden 2009 erfasst und in einem Netzwerkgraph dargestellt. Die Personen müssen mindestens zwei Jahre lang in einer der beobachteten Organisation oder ein Jahr in zwei unterschieden betrachteten Organisationen beschäftigt worden sein, um in den Netzwerkgraphen aufgenommen zu werden. (Grätz 2013, S.127ff)

Bei der Analyse von Gazprom kann man beobachten, dass einerseits der Aufsichtsrat sehr stark persönlich verflochten ist und die bekanntesten Führungspersönlichkeiten wie etwa Alexei Borissowitsch Miller, Igor Yusufov, Viktor Zubkov, Farit Gazuzullin, Herman Oskarowitsch Gref und Elwira Sachipsadowna Nabiullina mit dem Zentralstaat unmittelbar verbunden sind und über entscheidende Kontakte verfügen. Im Vergleich dazu besitzt der Geschäftsführer von Rosneft Igor Sechin über ausgezeichnete Verbindungen zu russischen SpitzenpolitikerInnen und ist selbst im staatlichen Teilnetzwerk vollkommen integriert. Neben Sechin sind auch noch Andrey Akimov, Kirill Seleznev, Gennadi Nikolajewitsch Timtschenko und Vladimir Dmitriev im Mittelpunkt des Machtnetzwerkes. Das zu Rosneft gehörende Unternehmen TNK-BP unterhält eine in sich geschlossenes Netzwerk, die wichtigsten Verbindungen zur politischen Elite des Landes bestehen über Wiktor Felixowitsch Wechselberg, Michail Maratowitsch Fridman und dem deutschen Altkanzler Gerhard Schröder. (Grätz 2013, S.127ff)

Die politische-administrative Elite seit der Ära Putin können in zwei unterschiedliche Gruppen aufgeteilt werden. Die Gruppe der Silowiki haben einen direkten Bezug zur Polizei, zum Militär oder der Justiz. Nach dem Amtsantritt von Vladimir Putin im Jahr 2000 war es dem Präsidenten wichtig, die Schlagkräftigkeit und Reaktionsfähigkeit des Staates wesentlich zu verbessern. Dadurch wurden Angehörige der Silowiki ausgewählt, um wichtige administrative Reformen durchzusetzen und die staatliche Disziplin zu verbessern. Die zweite politisch-administrative Elite des Landes wird auch als Technokraten bezeichnet, denn die Mitglieder dieser Gruppe sind bekannte JuristInnen und ÖkonomInnen. Die Bekanntschaft der Mitglieder zu Putin entstammt hauptsächlich aus der St. Petersburger Zeit. Langezeit wurde deshalb diese Gruppe auch Piteriski bezeichnet, als Anspielung auf das St. Petersburger Netzwerk. Diese Gruppe hat ein schwach ausgeprägtes Verständnis für rechtskonformes Verhalten, verfügen aber über fundierte Kenntnisse von den betrieblichen Abläufen und der Funktionsweise der internationalen Märkte. Sowohl hohe Staatsbedienstete als auch SpitzenpolitikerInnen wechseln in der Russischen Föderation hauptsächlich in den Öl- und Gassektor. (Hartmann 2013, S.111) In der Präsidialverwaltung fand 2008 auch ein Machtkampf zwischen den zwei rivalisierten Gruppen statt. Es ging um die Nachfolge von Präsident Vladimir Putin, denn dieser durfte wegen der beschränkt der Amtszeit nicht nochmals kandidieren. Igor Setschin als Mitglied der Silowiki wollte eine Verfassungsänderung herbeiführen und dadurch eine dritte Amtszeit für Vladimir Putin bewirken. Vladimir Surkow, damals stellvertretender Leiter der Präsidialverwaltung und Gegner der Silowiki wollte den Finanzminister Viktor Subkow als Nachfolger gewinnen. Als Alternative zur Verfassungsänderung schlugen die Silowiki auch den ehemaligen Verteidigungsminister Sergej Iwanow vor. Vladimir Putin versuchte sich aus dem Kampf zwischen den zwei Gruppen herauszuhalten und entschied sich schlussendlich für Dmitri Medwedew. (Hartmann 2013, S.115ff)

4.4.3. Russische Erdöl- und Erdgaswirtschaft als außenpolitische Machtressource

Ein großes Problem der russischen Exportinfrastruktur stellt die Abhängigkeit von den westeuropäischen Abnehmern dar. Die Erdöl- und Erdgasvorkommen in Westrussland und Westsibirien können nur über die westlichen Pipelines transportiert werden und führen

allesamt Richtung Europa. Bis 2020 werden die Exportkapazität auf etwa 300 Mrd. Kubikmeter Erdgas erhöht, die Pipelines im Osten befinden sich hingegen erst im Bau bzw. in Planung. Neben den ostsibirischen Vorkommen sollen aber auch die westsibirischen Felder mit der Pipeline Richtung China und Japan verbunden werden. (Götz 2006, S.8ff) Dies würde der russischen Führung einen gewissen strategischen Entscheidungsspielraum bei ihrer Außenhandelspolitik ermöglichen. Die Bedeutung der neuentstehenden Exportinfrastruktur in Ostrussland sollte aber nicht überbewertet werden, denn die geplanten Exportkapazitäten sind im Vergleich zu den Förderkapazitäten nach Westeuropa vernachlässigbar. Weiters sind aufgrund der enormen Distanzen zwischen Russland und China die russische Wettbewerbsfähigkeit gegenüber den anderen Lieferanten Kasachstan oder Turkmenistan sehr benachteiligt. (Götz 2006, S.8ff) Für die Erschließung von neuen Fördergebieten rund um die Yamal-Halbinsel und der Barentssee werden 420 Milliarden Dollar benötigt. Sowohl die extremen klimatischen Bedingungen als auch die nachteiligen Bodenverhältnisse erschweren den Bau der Förderanlagen. Diese schwierigen Bedingungen verteuern zusätzlich die hohen Investitionen in die Exportinfrastruktur. (Maul/Grupe 2010, S.92ff) Die Exportinfrastruktur der russischen Erdölwirtschaft befindet sich aufgrund der zu geringen Investitionen in einem schlechten Zustand. Die Sachanlagen sind zum großen Teil überaltert und leiden unter einem Abnutzungsgrad von 80 Prozent. (Maul/Grupe 2010, S.36)

Die subventionierte Gaspreispolitik verursacht für den Monopolisten Gazprom ein Verlust im Inlandsmarkt trotz der enormen geförderten Gasmenge von 300 Milliarden Kubikmetern. Die Verluste müssen durch die laufenden Einnahmen abgedeckt werden und verhindern zusätzliche Investitionen in die Exportinfrastruktur der Erdgaswirtschaft. Außerdem müssen Alternativen zu den westsibirischen Förderanlagen hauptsächlich in Nordrussland und im Osten des Landes gefunden werden. Diese Gebiete sind bisher aber kaum erschlossen, dadurch müssen enorme Investitionen in die Infrastruktur dieser Gebiete getätigt werden, um diese Erdöl- und Erdgasfelder erschließen zu können. Abhilfe könnten auch ausländische Direktinvestitionen sein, diese werden aber gezielt durch die russische Regierung verhindert. Die Ausbeutung von Ressourcen werden in Russland nur unter Bedacht von eigenen strategischen Interessen vollzogen und auch die Monopolstellung von Gazprom im Erdgassektor erschweren die Beschaffung von Fremdkapital im Ausland. Auf jeden Fall würde die Erhöhung der Erdöl- und Erdgaspreise

die Eigenkapitalbasis der russischen Unternehmen stärken und die kontinuierliche Modernisierung der technischen Anlagen vorantreiben. (Maul/Grupe 2010, S.98)

Die Russische Föderation profitiert außerdem von der Situation, dass die Nachbarstaaten Turkmenistan, Usbekistan und Kasachstan zwar über umfangreiche Erdgasressourcen, aber über keine entsprechende Exportinfrastruktur verfügen. Diese Staaten haben nur die Möglichkeit, mithilfe von russischen Pipelines ihre Erdgasexporte zu transportieren, um ihr Erdgas in Asien als auch in Europa entsprechend absetzen zu können. Die Russische Föderation ist aber auch von den Gasexporten aus Zentralasien angewiesen, um die geplanten Exporte nach China und Südostasien entsprechend umsetzen zu können. Dies kann nur realisiert werden, wenn Turkmenistan die bestehenden Verträge erfüllt und von eigenen Plänen absieht, eine eigene Exportinfrastruktur zur Volksrepublik China, Pakistan und Indien zu bauen. (Götz 2006, S.7)

4.4.4. Russische Erdöl- und Erdgaswirtschaft als wirtschaftliche Machtressource

In der Russischen Föderation befinden sich die größten Ölvorkommen im nördlichen Westsibirien und im Uralgebirge, insgesamt machen diese Vorkommen 54 Prozent der gesamten russischen Ölreserven aus. Weitere 20 Prozent sind in der Arktis und zusätzliche 12 Prozent der Ölreserven sind in der Wolga-Ural-Region vorzufinden. Die restlichen 14 Prozent der Ölreserven befinden sich in Ostsibirien und auf der Insel Sachalin. (Maul/Grupe 2010, S.40)

Die russische Föderation verfügt mit 6,3 Prozent über die fünftgrößten Ölreserven weltweit hinter Venezuela, Saudi-Arabien, Kanada, Iran und dem Irak. Bei der Produktion von Rohöl befindet sich die Russische Föderation mit einer Jahresproduktion von 554,4 Millionen Tonnen ² hinter den USA auf dem zweiten Platz. (Dudley 2018, S.16) Die russische Ölproduktion befindet sich seit 2016 mit über 11 Millionen Barrel pro Tag auf einem Rekordniveau. (Weltbank 2017a, S.23) Wenn man die verbleibende Reserve durch die Produktion dividiert, ergibt sich die Zeitdauer, in der die Produktion auf dem gleichen Niveau weitergeführt werden kann. Im Fall der Russischen Föderation würden also die Erdölreserven bei gleichbleibender Rohölproduktion noch 25 Jahre lang ausreichen. Durch

² 1 Barrel = 0,137 Tonnen Rohöl

diese Feststellung wird die Energiegroßmacht Russland in Zukunft zunehmend infrage gestellt. (Götz 2006, S.7)

Derzeit werden etwa 29 Prozent des geförderten Erdöls in Russland selbst konsumiert. Es wird erwartet, dass bei einem allgemeinen Anstieg des Weltmarktpreises von Erdöl der inländische Konsum von Erdöl gesteigert wird. (Maul/Gruppe 2010, S.46) Derzeit beläuft sich der Binnenmarktkonsum von Erdöl auf 3,2 Millionen Barrel pro Tag. (Dudley 2018, S.14f)

Die Russische Föderation verfügt mit 35 Billionen Kubikmeter Erdgas vor Iran, Qatar und Turkmenistan über die größten Erdgasreserven der Welt. Die russischen Erdgasreserven machen 18,1 Prozent der weltweiten Erdgasreserven aus. Auch bei der Produktion von Erdgas liegt Russland hinter den USA auf Platz 2 mit einer Jahresproduktion von 635,6 Milliarden Kubikmeter. Mit konstanter Produktion würden die Reserven noch 55 Jahre ausreichen, um das derzeitige russische Produktionsniveau halten zu können. (Dudley 2018, S.26ff)

Die russischen Erdgasreserven befinden sich im Norden des Kaspischen Meeres und im Westen des nördlichen Uralgebirges. Zusätzliche Reserven befinden sich in der Barentsee, in der Wolga-Ural-Region und in Westsibirien. Auf der Insel Sachalin befinden sich neben den Erdölvorkommen auch enorme Erdgasreserven. Die meisten Erdgasreserven befindet sich in großen Lagerstätten mit über 500 Milliarden Kubikmetern Erdgas, dabei spielen insbesondere 21 entdeckte Erdgasfelder eine besonders bedeutsame Rolle, weil sie über 75 Prozent der russischen Erdgasförderungen ausmachen. (Maul/Grupe 2010, S.48ff) Die Gasförderung des halbstaatlichen Unternehmens Gazprom wird Prognosen nach bis 2020 nur noch gering zunehmen können. Die Gasförderung in Westsibirien wird schon über Jahrzehnte betrieben und befinden sich schon in der Phase des Förderniedergangs. Zwar können andere Erdgasvorkommen in der Jamal-Halbinsel oder Barentssee vorläufig die Ausfälle kompensieren, dennoch muss damit gerechnet werden, dass langfristig das Förderniveau zu mindestens nicht erhöht werden kann. (Götz 2006, S.7)

Die Rentabilität der Gaswirtschaft wird voraussichtlich in den nächsten Jahren zunehmend verbessert, weil die Inlandspreise deutlich gesteigert werden. Der Inlandspreis für Erdgas befinden sich in der Russischen Föderation aufgrund von staatlicher Subventionierung deutlich unter dem Weltmarktniveau. (Maul/Grupe 2010, S.52ff) Derzeit werden knapp 67

Prozent der heimischen Produktion von Erdgas im Inland konsumiert. (Dudley 2018, S.28f)

Gerade die überalterte Produktionsstätten und der allgemeine schlechte Zustand der Exportanlagen fördern die Verschwendung von Erdgas. Im Jahr 2006 lag etwa der Preis für 1000 Kubikmeter Erdgas in Russland bei 46 Dollar, im Vergleich dazu lag der internationale Preis für die gleiche Menge Erdgas bei 250 Dollar. Neben der Bevölkerung profitiert aber auch die russische Industrie enorm von diesen inländischen Begünstigungen. (Maul/Grupe 2010, S.52ff)

Der aktuelle Binnenmarktpreis hat derzeit keinen realen Bezug zu den Förderkosten und zur Wertschöpfung des staatlichen Förderunternehmens. Eine Marktliberalisierung hätte eine unmittelbare Preiserhöhung von inländischem Erdgas zur Folge, dadurch würde sich auch die Inflationsrate drastisch erhöhen. Eine Preiserhöhung würde aber die Bevölkerung, die unter der Armutsgrenze leben müssen, besonders stark belasten deshalb wären soziale Spannungen die Konsequenz einer solchen Preisanhebung. Aus diesem Grund verhält sich die russische Führung in diesem Thema äußerst zurückhaltend. Der russische Staat muss jährlich größere Geldbeträge für die Preissubventionierung an das Unternehmen Gazprom überweisen. Durch eine Marktliberalisierung kann dennoch kein Wettbewerb entstehen, solange so geringe Erdgaspreis auf dem russischen Binnenmarkt vorherrschen. (Maul/Grupe 2010, S.94ff)

Erdgas wird in der Russischen Föderation sehr stark zur Energiegewinnung aufgrund des niedrigen Preises favorisiert. Dadurch wurde die Bedeutung von Atomkraft und Kohle weitestgehend unterbunden, aber auch im Zuge dieser Energiepolitik große Gasressourcen verschwenden. (Maul/Grupe 2010, S.95)

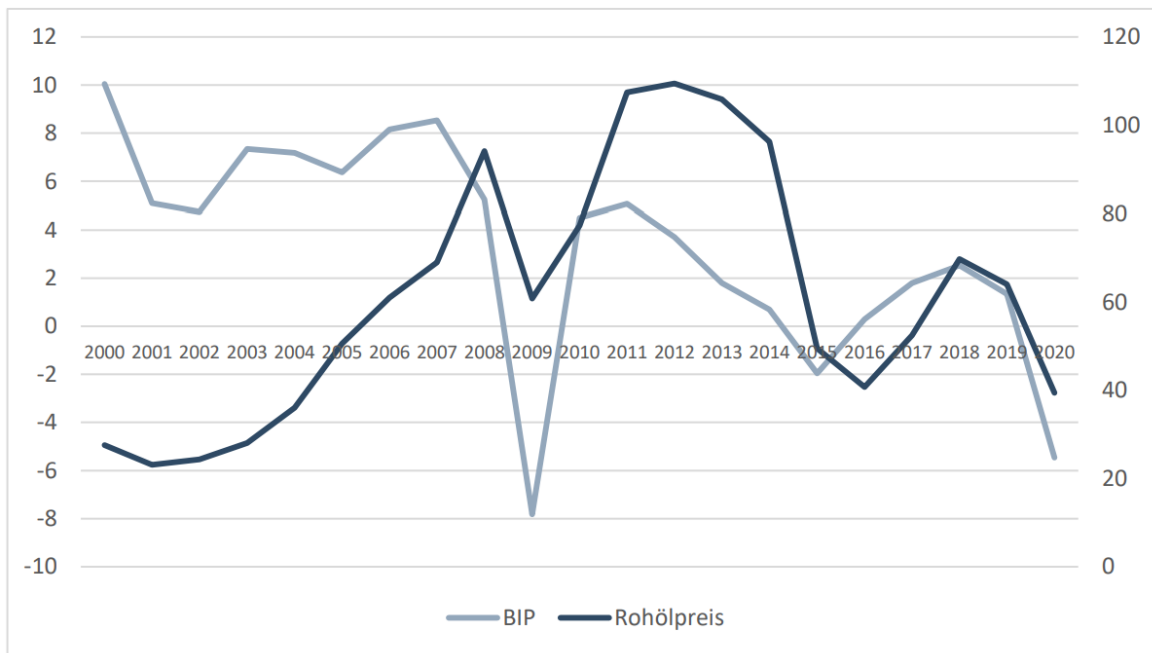


Abbildung 10:: Abhängigkeit der russischen Wirtschaft von den Ölpreisen

Quelle: IMF 2020

Sowohl der Erdölpreis als auch der Erdgaspreis ist sehr volatil. Um sich ein genaues Bild über die Preisentwicklung im Erdölsektor machen zu können, wird in Abbildung 10 die Entwicklung des Erdölpreises seit der industriellen Nutzung von fossilen Brennstoffen dargestellt. Dabei wird ersichtlich, dass politische Ereignisse einen sehr starken Einfluss haben auf den Erdölpreis. Seit Mitte 2014 konnte ein enormer Preisverfall wie um das Jahr 1980 beobachtet werden. Zwar hat sich mittlerweile der Erdölpreis leicht erholt, vom ehemaligen Kurs von 114 US-Dollar pro Fass der Sorte Brent ist der aktuelle Preis aber noch sehr weit entfernt und es ist in Fachwelt sehr stark umstritten, ob der Erdölpreis in absehbarer Zeit wieder diese Höhe erreichen wird. (Weltbank 2016a, S.13ff)

Der Erdgaspreis hat eine leicht verzögerte Entwicklung und orientiert sich sehr stark am Verlauf des Erdölpreises. Im Lauf des Jahres 2011 stieg der Weltmarktpreis für die einzelnen Erdgassorten wieder stark an. Dabei kann man gerade sehen, dass in Europa und in Asien die Erdgaspreise besonders dramatisch anstiegen und ab 2014 wieder drastisch zurückgingen. Für die russische Referenzsorte Ural wurde im Jahr 2017 im Durchschnitt nur etwa 40 US-Dollar je Fass erzielt. (Triebe 2017, S.1ff)

Der russische Staat ist mittlerweile wieder zum zentralen Akteur in der russischen Wirtschaft geworden und versucht gerade in strategisch wichtigen Bereich einzugreifen und diese Bereiche wie etwa der Erdgassektor von ausländischen AkteurInnen maßgeblich zu schützen. Gerade Präsident Dmitri Anatoljewitsch Medwedew, der zwischen 2008 und 2012 im Amt war, versuchte in der Wirtschaftspolitik neue Akzente zu setzen und die Rahmenbedingungen für die heimische Volkswirtschaft maßgeblich zu verbessern. Dabei wurden die vier „I“ in den Mittelpunkt von Medwedew Reformprogramm gelegt, das wäre also die Institutionen, die Infrastruktur, die Innovationen und die Investitionen. Dadurch soll ein Modernisierungsprogramm für die russische Wirtschaft vollzogen und die Abhängigkeit von den Rohstoffexporten überwunden werden. Dabei sollte u.a. die Korruption bekämpft und Investitionen in die Infrastruktur durchgeführt werden. Weiters wollte Medwedew das Sozialsystem reformieren und das Finanzsystem stabilisieren. (Meister 2008, S.1)

Die russische Wirtschaft wuchs zwischen 2000 und 2008 um 5 bis 8 Prozent. Dieses Wachstum ist einerseits auf die enormen Exporteinnahmen im Zuge der hohen Erdöl- und Erdgaspreise zurückzuführen. Andererseits steigert sich in diesen Jahren sowohl die Löhne und infolge auch der Konsum, dadurch erhöhte sich die heimische Nachfrage und die Binnenwirtschaft profitierte nachhaltig von dieser Entwicklung. Dennoch ist die russische Wirtschaft im Vergleich zum ausländischen Anbieter nicht konkurrenzfähig. Die heimischen Produkte weisen eine geringe Qualität und eklatante Imageprobleme auf, deshalb werden hauptsächlich Fertigwaren und technische Erzeugnisse importiert. Eine neue Ausrichtung der Wirtschaft soll durch die Förderung von Forschungseinrichtungen und Technologieparks erfolgen. Der Staat stellt dabei die benötigte Infrastruktur zur Verfügung, um etwa neue Technologien im Bereich der Informations-, Bio- und Nanotechnologie entwickeln zu können. Diese Einrichtungen sind derzeit unrentabel und es werden nur geringe ausländische Direktinvestitionen in diese neuen Bereiche getätigt. Auch die heimische Industrie reagiert sehr verhalten auf die neuen Entwicklungen und investiert nur sehr zögerlich in die neuen Technologien. Um eine effektive Wirtschaftspolitik betreiben zu können, müsste sich im Land sowohl bei der Elite als auch bei der Bevölkerung die Mentalität nachhaltig verändern. Der Staat müsste sich von den meisten Wirtschaftsbereichen zurückziehen und selbstständige ManagerInnen und UnternehmerInnen müssten vom Staat unabhängig agieren können. Im gleichen Zug

müsste die Korruption bekämpft und die Verwaltung an die neuen Rahmenbedingungen angepasst werden. Auch das Management der Unternehmen müsste zunehmend professionalisiert werden, um international konkurrenzfähig zu werden. (Meister 2008, S.3ff)

4.5. Fiskalpolitik und Arbeitslosenquote

Nach der Amtseinführung von Vladimir Putin als russischer Präsident wurde in den darauf liegenden Jahren die Armut in der Bevölkerung deutlich verringert. Im Jahr 2000 lebten 42,5 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze, die Zahl reduzierte sich in den folgenden Jahren auf 18,5 Millionen. Anders ausgesprochen wurde der Anteil der Bevölkerung, die in Armut lebten, zwischen dem Jahr 2000 bis 2010 von 29 Prozent auf 13 Prozent reduziert. Die enorme Ungleichheit der Einkommensverteilung stellte aber ein großes Problem der russischen Gesellschaft dar, denn das durchschnittliche monatliche Einkommensniveau war im Jahr 2010 etwa bei 500 Euro. Der Gini-Koeffizient der als adäquate Kennzahl zur Messung der sozialen Ungleichheit verwendet wird, entspricht in Russischen Föderation ein Wert von 0,44. Im Vergleich dazu weisen etwa Deutschland oder Frankreich ein Wert zwischen 0,25 und 0,33 auf. Die obersten 10 Prozent der russischen Bevölkerung hatten im Verhältnis zu den untersten 10 Prozent das 16,5-fache an Einkommen. Dabei wurde gerade die relative Position der untersten 20 Prozent im Zuge der Transformationszeit und der Privatisierungswellen wesentlich verschlechtert. Der Anteil am Gesamteinkommen im untersten Fünftel sind in dieser Zeit um die Hälfte von 9,8 Prozent auf 5,2 Prozent gefallen. Gerade Familien werden nur unzureichend unterstützt, denn die Sozialhilfe macht nur 6 Prozent des Existenzminimums eines Kleinkindes aus. Die Kinderarmut im Vergleich zu den westeuropäischen Ländern mit 25 Prozent in der Russischen Föderation sehr hoch ausgeprägt. Insgesamt gesehen ist die soziale Absicherung nur in sehr geringem Umfang ausgeprägt, denn es werden selten Krankheits- bzw. Urlaubsgelder gewährt. Oft sind keine Arbeitsverträge vorhanden und die Gehälter werden unregelmäßig den Beschäftigten ausbezahlt. Weiters ist es in Russischen Föderation besonders schwer, die notwendigen Qualifikationen in Eigenregie zu erlangen, weil sozialpolitische Maßnahmen zur Armutsbekämpfung nur unzulänglich existieren. (Tichonova 2011, S.1ff)

Die russische Unterschicht, die etwa 20 – 30 Prozent der russischen Gesellschaft ausmacht, verfügt weniger als die Hälfte des durchschnittlichen Einkommens. Insgesamt kann also gesagt werden, dass fast 50 Prozent der russischen Bevölkerung im Jahr 2010 in direkter Armut oder von Armut bedroht war. (Tichonova 2011, S.1ff)

Im Jahr 2016 wurde eine Armutsquote von 13,3 Prozent ausgewiesen, hinkommt noch ein leichter Anstieg des Gini-Koeffizienten. (Weltbank 2016a, S.45) Es gibt für die nächsten Jahre drei unterschiedliche Szenarien. Wenn die Weltmarktpreise für Erdöl- und Erdgas steigen, ergibt sich daraus eine günstige Entwicklung für die Budgetlage und infolge auch für den Wohlfahrtsstaat. Wenn es aber zu einer weiteren Eskalation mit den westlichen Staaten kommt, wird sich dies negativ auf die volkswirtschaftliche Entwicklung auswirken. Die ausländischen Direktinvestitionen würden zusätzlich negativ beeinflusst werden und weitere Sanktionen gegenüber dem russischen Unternehmen bzw. russischen Spitzpolitikern würde das Risiko einer zunehmenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation fördern. Eine negative Entwicklung des Erdöl- bzw. des Erdgaspreises hat direkte negative Auswirkungen auf die Armutsquote. Bis 2012 konnte die Armut stetig reduziert werden, aber im Zuge der Wirtschaftssanktionen durch die Krimkrise und den rasanten Verfall der Preise für fossile Energieträger stieg die Armutsquote wieder rasant an. (Weltbank 2018a, S.28)

Es können auch beträchtliche Einkommensunterschiede in den verschiedenen Föderationssubjekten betrachtet werden. Die sozio-ökonomischen Diskrepanzen sind in Russland sehr stark ausgeprägt, dabei entspricht das Niveau gewisser Regionen dem afrikanischen Sub-Sahara Gebiet, wiederum andere Regionen verfügen über das gleiche durchschnittliche Einkommen wie in Westeuropa. Die Einkommen in Moskau sind etwa 5,3-mal so hoch im Vergleich zu der südlich gelegenen Kalmückien Republik. Neben der Republik Kalmückien sind auch der Nordkaukasus, das Tuwa Gebiet an der Grenze zur Mongolei und die westlichen Grenzoblaste Pskow bzw. Brjansk einkommensschwache Gebiete. Hingegen weisen neben den Metropolen Regionen Moskau und Sankt Peterburg auch die Gebiete Komi, Tatarstan, Tschukotka, Tjumen und Sachalin die höchsten Einkommen auf. Hierbei kann man erkennen, dass die Bevölkerung in den ressourcenreichen Regionen im Norden und im Fernen Osten über ein überdurchschnittliches Einkommen verfügt. Ein höheres Einkommen als die Bevölkerung in

den ressourcenreichen Gebieten erzielt nur die Bevölkerung in den Metropolenregionen Moskau und Sankt Petersburg. Weiters gibt es in Zentralrussland als auch im Uralgebiet urbane Industrieregionen, die ein mittleres durchschnittliches Einkommen beziehen. In diesen Gebieten ist hauptsächlich die russische Schwer- und Leichtindustrie angesiedelt. Die geringsten Einkommen verfügen die ethnischen Republiken im Nordkaukasus, diese stark unterentwickelten Gebiete beziehen föderale Transferleistungen und versuchen den Islamismus mit allen Mitteln zurückzudrängen. (Heinemann-Grüder 2018, S.1ff)

Das bedeutet, dass die Ungleichheit von Einkommen in großem Maße von den enormen Ressourcenvorkommen in gewissen Regionen abhängig ist. Sowohl Erdöl- als auch Erdgasvorkommen sind in den meisten unmittelbar für ein hohes Einkommensniveau verantwortlich. Dadurch kommt es zum Effekt, das in Regel Hochschulabsolventen in der Privatwirtschaft wesentlich weniger verdienen als etwa beim Erdgasmonopolisten Gazprom, denn hier werden schon Einstiegsgehälter weit über 1500 US-Dollar gezahlt. Deshalb ist es der russischen Erdöl- bzw. Erdgaswirtschaft möglich, die höchstqualifiziertesten Fachkräfte von anderen Industrieunternehmen systematisch abzuwerben. Etwa 20 -25 Prozent des Bruttonationalprodukts wird in der Energiewirtschaft erwirtschaftet aber, nur etwa 1 Prozent der Bevölkerung sind in diesem Wirtschaftsbereich angestellt. Gerade bei hohen Energiepreisen steigen die Exporte von fossilen Energieträgern ins Ausland und erzeugt positive Effekte auf die russische Binnenwirtschaft. (Maul/Grupe 2010, S.138ff)

In den letzten Jahren fand eine dramatische Verschlechterung der sozialen Standards statt. Die Sozialpolitik wird in den öffentlichen Debatten kaum erwähnt und die soziale Gleichheit hat politisch keine Priorität. In der Vergangenheit wurde bei Parlamentswahlen die Armut und die Reformierung des Sozialstaates hauptsächlich von der Partei Rodina angesprochen. Größere Demonstrationen verursachte das im Jahr 2005 beschlossene Gesetz zur Monetarisierung sozialer Leistungen. Dadurch sank die Beliebtheit von Vladimir Putin in der Bevölkerung und es wurde gegen die Regierung Fradkow ein Misstrauensvotum durchgeführt. Nach Amtsantritt von Vladimir Putin wurde das Versicherungssystem in ein steuerfinanziertes System überführt. Aus diesem Grund wurde die einheitliche Sozialsteuer (ESS) beschlossen, um ein regressives Einzahlungssystem mit Sätzen zwischen 2 Prozent und 35,6 Prozent zu etablieren. Diese Sozialsteuer muss von den Arbeitgebern an den Staat

abgeführt werden, dadurch wurde die Kapitalisierung des chronisch unterfinanzierten Sozialsystems sichergestellt. Im Rentensystem wurde das Umlageverfahren durch ein Kapitaldeckungsverfahren ersetzt, das Misstrauen gegenüber dem Rentensystem ist in der Russischen Föderation dadurch stark gestiegen. Das liegt etwa daran, dass der Staat jederzeit berechtigt ist, auf die Kapitaldeckung im Rentensystem zurückzugreifen. Präsident Vladimir Putin geht aber davon aus, dass der Wohlstand der Bevölkerung durch den Trickle-Down-Effekt erhöht wird. Das bedeutet, dass mittlere- und untere Einkommensschichten von höheren Einkommensschichten langfristig profitieren und es zu einem Anstieg des Bruttoinlandsproduktes kommt. (Schwethelm 2005, S. 1ff)

In der Russischen Föderation sind besonders Arbeitslose, kinderreiche Familien und Alleinerziehende von Armut betroffen. Das Phänomen *working poor* ist in Russland sehr stark ausgeprägt, denn jede zweite in Armut lebende Person geht einer Beschäftigung nach. Deshalb wird von vielen ExpertInnen der zu geringe Lohn im Gesundheitsbereich, Bildungsbereich und im öffentlichen Dienst im Vergleich zu den Lebenshaltungskosten angesehen. Der Mindestlohn ist in Russland sehr gering ausgeprägt und müsste verdreifacht werden, um dem offiziellen Existenzminimum zu entsprechen. (Schwethelm 2005, S. 4ff) Wiederum hat das Volumen an kumulierten Haushaltskrediten mit 193 Milliarden US-Dollar ein neuer Höchststand erreicht. (Weltbank 2018b, S.18)

Die russischen Ausgaben für Bildung mit Gesundheit liegen deutlich unter dem OECD-Schnitt. Im Jahr 2017 wurden 3,6 Prozent für Bildung bzw. 3,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Gesundheit ausgegeben. Der OECD-Schnitt liegt jeweils bei 5,3 Prozent bei der Bildung und 6,5 Prozent bei der Gesundheit. (Weltbank 2017b, S.25)

Die Sozialausgaben sind mit über 5 Prozent der größte Ausgabeposten im Fiskalbudget. (Weltbank 2019a, S.17)

In der Russischen Föderation gibt es etwa 150 unterschiedliche Arten von Sozialleistungen, dadurch sind etwa 70 Prozent der Bevölkerung formell gesehen berechtigt, zu mindestens eine Sozialleistung zu beziehen. Das Problem ist, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung nicht aufgrund ihrer Bedürftigkeit die Sozialleistungen bekommen, sondern weil sie einer begünstigten Bevölkerungsgruppe angehören. Die meisten Sozialleistungen werden nicht in monetärer Form ausgezahlt, sondern besteht aus sogenannten Privilegien, das bedeutet, dass man die öffentlichen Verkehrsmittel oder Kuraufenthalte gratis in Anspruch nehmen kann. Die ländliche Bevölkerung profitierte im Allgemeinen von solchen

Privilegien viel geringer, denn die öffentlichen Verkehrsmittel sind auf dem Land viel geringer ausgebaut wie in den Metropolenregionen. Außerdem wurden Rabatte auf eine Reihe von verschiedenen Gütern wie Medikamente gewährt. Durch das Gesetz zur Monetarisierung sozialer Leistungen hatte das Ziel, diese Sozialleistungen durch monatliche Auszahlungsbeträge zu ersetzen. Dadurch wurden die Disparitäten bei der finanziellen Erleichterung zwischen der ländlichen und der städtischen Bevölkerung verringert. Die Höhe der monatlichen Auszahlungsbeträge wurde willkürlich vom Gesetzgeber gestaltet und entsprach deshalb nicht exakt der gleichen finanziellen Erleichterung aus der nicht-monetären Vergünstigung. Die monatliche Unterstützung wurde für Kriegsinvaliden auf 43 Euro, Veteranen von Kampfhandlungen 18 Euro und Kinderinvaliden auf 15 Euro festgesetzt. Zusätzlich setzt sich die Regierung zum Ziel, die Subvention für Wasser und Gas schrittweise abzusenken, dies löste bei Bevölkerung zahlreiche Proteste aus. (Schwethelm 2005, S. 4ff)

In der russischen Sozialpolitik wird die Einkommenshöhe nur unzureichend in der Bewilligung von Privilegien berücksichtigt. Experten kritisieren hauptsächlich die mangelnde Zielgruppenorientierung in der russischen Sozialpolitik. Fast ein Drittel der Bevölkerung profitiert von den subventionierten Preisen für Wasser und Gas. Hingegen wird nur 6 Prozent der Bevölkerung eine Beihilfe für die Wohnungsmiete gewährt. Die ärmsten 10 Prozent der Haushalte erhalten nur 2,6 Prozent der nicht-monetären Sozialleistungen, im Vergleich dazu erhalten die reichsten 10 Prozent der Haushalte 31,8 Prozent der Zuwendungen. Dadurch wird das Vertrauen in das staatliche Sicherungssystem zusätzlich verringert. (Schwethelm 2005, S. 5ff) Die Sozialausgaben sind aktuell um über 11 Prozent gestiegen, weil die Renten erhöht wurden. Diese Maßnahme wurde gesetzt, um die finanziellen Auswirkungen der aktuellen Krise entgegenzuwirken. Die Subventionen für die Wirtschaft, Bildung und Gesundheit wurde hingegen geringfügig reduziert. (Weltbank 2016a, S.26)

Die negative Einstellung der Bevölkerung zu sozialpolitischen Reformen wird darin begründet, dass die Regierung in der Vergangenheit eine Vielzahl an übereilten und unzureichend ausgearbeiteten Gesetzen im Parlament beschlossen haben. Weiters ist auch der Einfluss der Gewerkschaften und anderer Nichtregierungsorganisationen bei politischen Konzepten aller Art äußerst gering ausgeprägt und die Abhängigkeit aller politischen AkteureInnen von Präsident Vladimir Putin ist im öffentlichen Raum

allgegenwärtig. Der von Vladimir Putin angestrebte Interessenausgleich in der Bevölkerung wird nur bei einem stabilen Wirtschaftswachstum auch in Zukunft erfolgreich sein. Wenn aber die Wirtschaft nicht die gewünschten Fortschritte erzielen kann, werden sich die sozialen Spannungen wesentlich verstärken und die derzeit schon äußerst ausgeprägte Kluft zwischen der armen und der reichen Bevölkerung weiters verschärfen. (Schwethelm 2005, S. 9f)

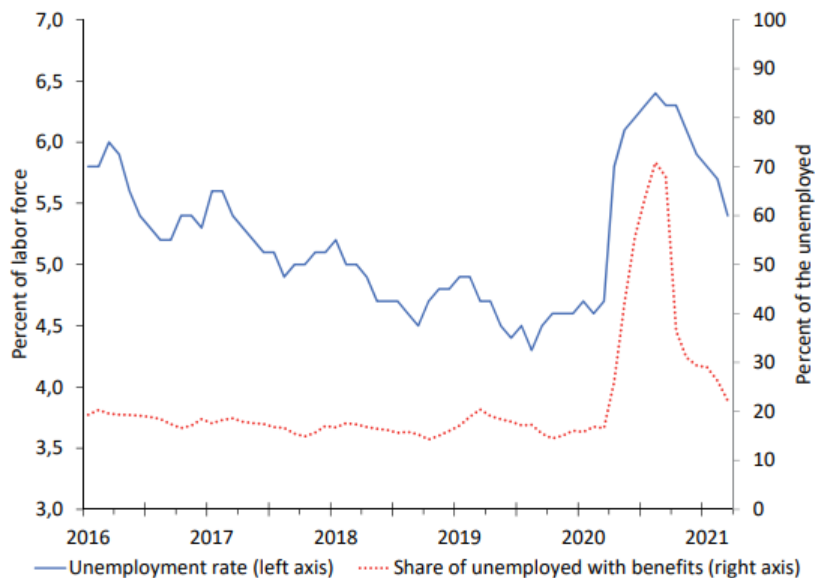


Abbildung 11: Arbeitslosenrate und Anteil der arbeitslosen Bevölkerung mit Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung

Quelle: Weltbank 2021, S.29

In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit konstant gesunken. Aufgrund der Pandemie wurde der Trend unterbrochen und die Arbeitslosigkeit ist wieder massiv gestiegen. Vor der Krise haben nur 17 Prozent der arbeitslosen Bevölkerung Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung bekommen. Die Anzahl der LeistungsbezieherInnen ist kurzfristig auf über 70 Prozent der arbeitslosen Bevölkerung gestiegen. Mit über 10 Prozent ist die Arbeitslosigkeit in der Region Nord Kaukasus im Vergleich zu anderen Regionen besonders hoch ausgeprägt. (Weltbank 2021, S.29f) Die informelle Beschäftigung wird zwischen 15,1 Prozent und 21,2 Prozent eingeschätzt. Demnach sind zwischen 10,9 und 15 Millionen Menschen in der illegalen Schattenwirtschaft beschäftigt. (Weltbank 2019a, S.26)

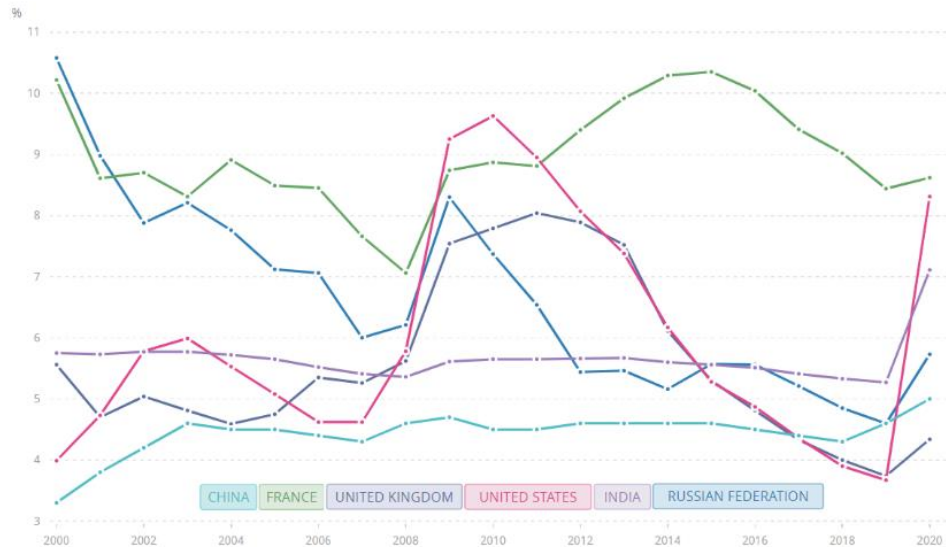


Abbildung 12: Arbeitslosenrate nach internationaler Definition

Quelle: data.worldbank 2021

Die Arbeitslosigkeit in der Russischen Föderation wurde seit dem Jahr 2000 halbiert. Die Finanzkrise 2007/08 hatte gravierende Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt und bewirkte kurzfristig einen drastischen Anstieg der Arbeitslosigkeit. Die größten Verluste an Arbeitsplätzen wurden im Produktionssektor, im Bildungsbereich und in der Landwirtschaft verzeichnet. (Weltbank 2016a, S.29)

Bei der Rezession 2015 wurden die Löhne auf dem Arbeitsmarkt deutlich gesenkt und die WanderarbeiterInnen abgebaut, dadurch wurden die Auswirkungen auf die inländischen Beschäftigungsverhältnisse deutlich verringert. Eine allgemeine Verringerung der Arbeitslosigkeit war angesichts der angespannten wirtschaftlichen Lage aber nicht möglich. (Weltbank 2016a, S.29)

Land	2000	2010	2020
China	3,3 %	4,5 %	5 %
Frankreich	10,2 %	8,9 %	8,6 %
Indien	5,8 %	5,7 %	7,1 %
Russland	10,6 %	7,4 %	5,7 %
Vereinigtes Königreich	5,6 %	7,8 %	8,6 %
USA	4 %	9,6 %	8,3 %

Tabelle 7: Arbeitslosenrate nach internationaler Definition

Quelle: data.worldbank 2021

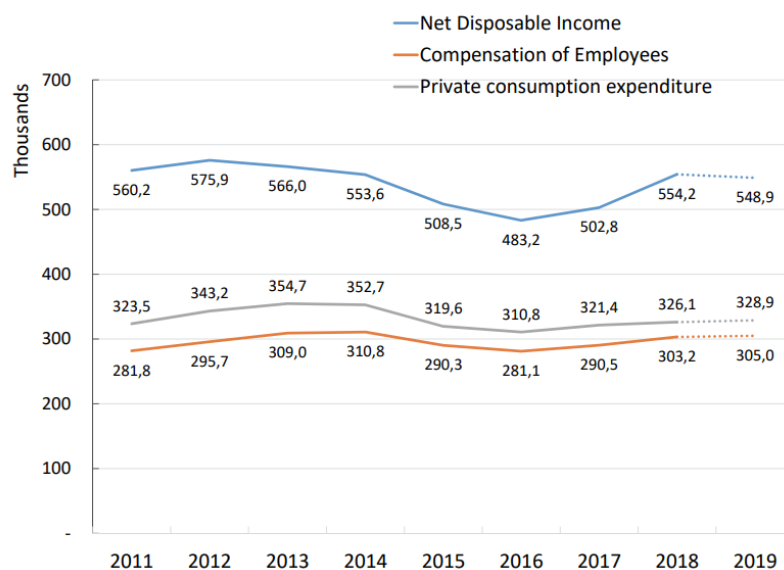


Abbildung 13: Einkommensentwicklung

Quelle: Weltbank 2021, S.32

Die Einkommensentwicklung ist in den letzten Jahren stagniert. Zwischen 2013 bis 2019 ist das reale verfügbare Einkommen pro Kopf sogar um 3 Prozent gesunken. (Weltbank 2021, S.32) Die allgemeinen Wachstumsaussichten in den nächsten Jahren bleibt mit 1,2 bis 1,8 Prozent äußerst bescheiden. (Weltbank 2019a, S.21) Diese moderate Entwicklung können sowohl auf die westlichen Wirtschaftssanktionen und auf den Ölpreisverfall 2015 zurückgeführt werden. Der Rückgang des verfügbaren Einkommens beschränkt sich nicht

nur auf die ArbeitnehmerInnen, sondern betrifft auch das Einkommen aus selbstständigen Arbeiten, Mieten und Dividenden. (Weltbank 2021, S.32) Vor 2015 wurde das Einkommenswachstum hauptsächlich von der laufenden Erhöhung des Arbeitseinkommens positiv beeinflusst. (Weltbank 2015b, S.34) In fast allen OECD-Staaten konnte genau die umgekehrte Entwicklung beobachtet werden. Auch in den rohstoffreichen Ländern Australien, Kanada und Norwegen sind die verfügbaren Einkommen in den letzten Jahrzehnten schneller gewachsen als die Realeinkommen. (Weltbank 2017b, S.13) Nach der Krise wurde die Einkommensentwicklung positiv durch ein fiskalisches Maßnahmenprogramm der Regierung beeinflusst. Das Maßnahmenprogramm beinhaltete die Erhöhung der Gehälter im öffentlichen Sektor, sowie die Steigerung der Rentenzahlungen. (Weltbank 2015b, S.34)

4.6. Russische Devisen- und Goldreserven

Ein Teil der Einnahmen aus den Erdöl- und Erdgasverkauf wurden seit dem Jahr 2005 im sogenannten Stabilisierungsfonds eingezahlt. Diese Maßnahme wurde getroffen, um die Preisvolatilität von Erdöl und Erdgas auszugleichen. Für die russische Regierung wurde auch die Prognosefähigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung und die Budgetplanung dadurch wesentlich vereinfacht. Um den Staatshaushalt zu stabilisieren, wurden die Mittel aus dem Fond ab einer Preisgrenze von 20 US-Dollar pro Barrel Erdöl eingesetzt. Der Fond wurde so angelegt, um zwei Jahre lang die entgangenen Einnahmen aus dem Export der fossilen Energieträger überbrücken zu können. Der angestrebte Kapitalstock wurde aufgrund des enormen Preisanstieges der fossilen Energieträger schon vorzeitig im Jahr 2005 erreicht. Nach dem Beschluss des Föderationsrates wurde daraufhin dem Mittel entzogen und zur Tilgung der Staatsschulden verwendet. Das Vermögen des staatlichen Stabilisierungsfonds stieg trotz dieser Maßnahme im Jahr 2007 auf 156 Milliarden US-Dollar an. (Maul/Grupe 2010, S.167ff) Trotz der Schuldentilgung wurde damit gerechnet, dass die russischen Staatsschulden in den nächsten Jahren stetig ansteigen. Der russische Staat ist zu etwa zwei Drittel im Inland und einem Drittel im Ausland verschuldet. (Weltbank 2016b, S.26)

Die russische Regierung beschloss im Jahr 2008 zusätzliche Steuern auf Erdgasexporte und spaltete den Stabilisierungsfond in den Reservefond und den nationalen Wohlfahrtsfond auf. Der nationale Wohlfahrtsfond wurde geschaffen, um die Diversifizierung der

Wirtschaft voranzutreiben und um Infrastrukturprojekte zu finanzieren. Der Reservefond diente immer noch dem ursprünglichen Sinn, die Volatilität der Weltmarktpreise für Erdgas- bzw. Erdöl zu glätten und dadurch eine finanzielle Stabilität des russischen Staates zu gewährleisten. Der Umfang des Fonds wurde dabei so angelegt, um drei Jahre lang die Einnahmefälle bei niedrigen Rohstoffpreisen ausgleichen zu können. Zu diesem Zweck wurden die Mittel des Fonds überwiegend in ausländische Staatsanleihen mit hoher Bonität investiert. Dem Wohlfahrtsfond kam aber im Gegensatz zum norwegischen Stabilitätsfond keine Umverteilungsfunktion zu. Durch die gezielte Überführung von Teilen der Gewinne aus dem Rohstoffexportgeschäft sollten auch Aufwärtsbewegungen des Rubels verhindert werden. Dieses Ziel wurde jedoch aber nicht erreicht. Außerdem wurden die Fonds in der Vergangenheit verwendet, um die staatliche Rente finanzieren zu können. Die Russische Föderation hatte aufgrund der negativen demographischen Veränderung eine große finanzielle Herausforderung zu bewältigen. (Maul/Grupe 2010, S.167ff)

Im Jahr 2009 waren insgesamt 220 Milliarden US-Dollar in beiden Fonds vorhanden. Bis 2008 konnten enorme Steuereinnahmen und Zollgebühren aus dem Export von Erdgas generiert werden. Diese Einnahmen wurden in den Reservefond transferiert. Bis 2010 konnte wieder ein starker Rückgang der Erdgaspreise beobachtet werden, dadurch kam es zu einer starken Abnahme des Geldvolumens im Reservefond. Ende 2014 konnte der Reservefond noch ein Volumen von 90 Milliarden US-Dollar aufweisen, verlor aber im Laufe der Zeit stetig an Wert. Im Vergleich dazu sind im nationalen Wohlfahrtsfond Ende 2017 noch etwa 67 Milliarden US-Dollar verfügbar. Nachdem die Rücklagen aufgrund der geringen Erdöl- bzw. Erdgaspreise stark dezimiert wurden, wurde die Zusammenlegung beider Fonds beschlossen. (Triebe 2017, S.1ff)

Die Bestandsveränderungen der gesamten Reserven inklusive den Goldbeständen werden in Abbildung 14 im Detail dargestellt.

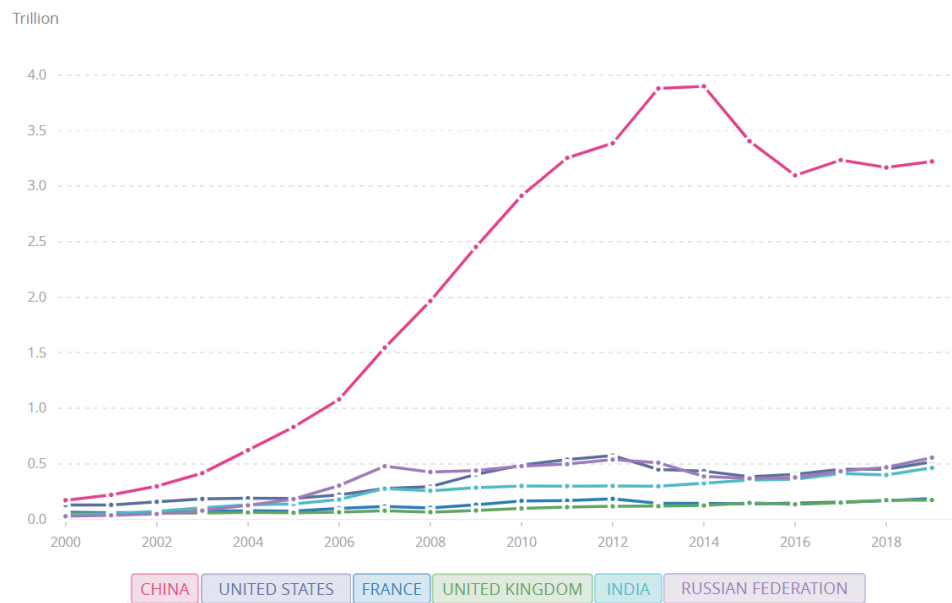


Abbildung 14: Gesamte Reserven inklusive den Goldbeständen in US-Dollar

Quelle: data.worldbank 2021

Land	2000	2010	2019
China	172	2.914	3.223
Frankreich	64	166	189
Indien	41	300	463
Russland	28	479	555
Vereinigtes Königreich	51	98	174
USA	128	489	517

Tabelle 8: Gesamte Reserven inklusive den Goldbeständen in US-Dollar

Quelle: data.worldbank 2021

4.7. Attraktivität des Wirtschaftsstandortes

Die Geschäftsfreundlichkeit und die wirtschaftliche Attraktivität der Russischen Föderation wurden etwa im Doing-Business-Index der Weltbank oder im BDO International Business Compass beschrieben und war schon vor der Erlassung von westlichen Sanktionen im Zuge

der Ukrainekrise im Jahr 2014 gering ausgeprägt. Im Doing-Business-Index erreichte die Russische Föderation den Rang 112 von 185 Ländern und beim BDO International Business Compass wurde der Rang 111 von 174 Ländern erreicht. (Schulze 2013, S.576) Durch die Verbesserung des regulatorischen Umfeldes wurde die Russische Föderation im Jahr 2020 wesentlich besser eingestuft und erreichte den Platz 28 von 190 bewerteten Volkswirtschaften. Die einfache Gründung eines Unternehmens, die effiziente Abwicklung von Insolvenzen und der verbesserte grenzüberschreitende Handel wurden als Gründe für diese Bewertung genannt. (Weltbank 2019b, S.52)

Die Russische Föderation hätte grundsätzlich ein außerordentlich großes wirtschaftliches Potenzial. Die Gründe liegen in der Größe des Binnenmarktes, den enormen Rohstoffvorkommen und des hohen Bildungsniveaus der Bevölkerung. (Maul/Grupe 2010, S.161ff) Die niedrigeren Anforderungen an Sozial- bzw. Umweltstandards und die geringe Macht der Gewerkschaften begünstigen weiters den wirtschaftlichen Standort. (Götz 1995, S.20)

Die Lohnstückkosten, also das Verhältnis vom Gesamtarbeitsentgelt pro Arbeitsstunde zum Output pro Arbeitsstunde, ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Die Lohnstückkosten sind in der Finanzbranche am geringsten gestiegen, der stärkste Anstieg wurde im Bergbau gemessen. Die Wettbewerbsfähigkeit der Russischen Föderation hat sich durch die Rubelabwertung enorm verbessert, ist aber immer noch deutlich geringer ausgeprägt als die von Frankreich, dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten von Amerika. (Weltbank 2017a, S.11)

In den letzten Jahren konnte eine Reihe von protektionistischen Maßnahmen der russischen Regierung beobachtet werden. Durch die strategische Fokussierung der russischen Wirtschaft auf den Ressourcensektor wurden negative Effekte für das verarbeitende Gewerbe sichtbar. Deshalb wurden immer wieder von der russischen Regierung Gesetze beschlossen, um die nicht wettbewerbsfähige Produktionswirtschaft von ausländischen Importen zu schützen. Die Erdöl- und Erdgaswirtschaft wurde neben dem Militärwesen, dem Bildungswesen und der Polizei als strategischer Bereich definiert. Ausländische Investoren dürfen weniger als 50 Prozent der Unternehmensanteile an solchen Unternehmen halten, sonst werden sie im Rahmen von Lizenzausschreibungsverfahren benachteiligt. (Maul/Grupe 2010, S.161ff)

In der Russischen Föderation wird derzeit mit 1,13 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nur sehr wenig für Forschung und Entwicklung ausgegeben. (Weltbank 2018a, S.35) Deshalb bieten sich ausländische Direktinvestitionen als alternative Finanzierungsform an, um notwendige Investitionen etwa im Forschungs- und Entwicklungsbereich zu tätigen. Die ausländischen Unternehmen liefern außerdem wichtiges Wissen über moderne Managementpraktiken, Technologien und Aus- und Weiterbildung von MitarbeiterInnen. Ferner würde die Qualität der Produkte bzw. der Dienstleistungen wesentlich verbessert werden. Solche Investitionen würden außerdem die Produktivität und die Effizienz der heimischen Unternehmen erhöhen. (Maul/Grupe 2010, S.161ff)

Die schlechten institutionellen Rahmenbedingungen hinsichtlich der schwach ausgeprägten Eigentumsrechte und der stark ausgeprägten Korruption verringern die Attraktivität für ausländische Direktinvestitionen maßgeblich. Es wurde auch von der russischen Regierung keine wirkliche Anreizpolitik verfolgt, um notwendige Modernisierungen für die Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit zu fördern. In Wirklichkeit werden ausländische Investoren gezielt daran gehindert, in die wichtigsten Teilbereiche der russischen Wirtschaft zu investieren. Im Vergleich zu den westlichen Nachbarländern im Baltikum oder den osteuropäischen Staaten weist Russland deshalb nur geringe ausländische Direktinvestitionen auf. (Maul/Grupe 2010, S.28)

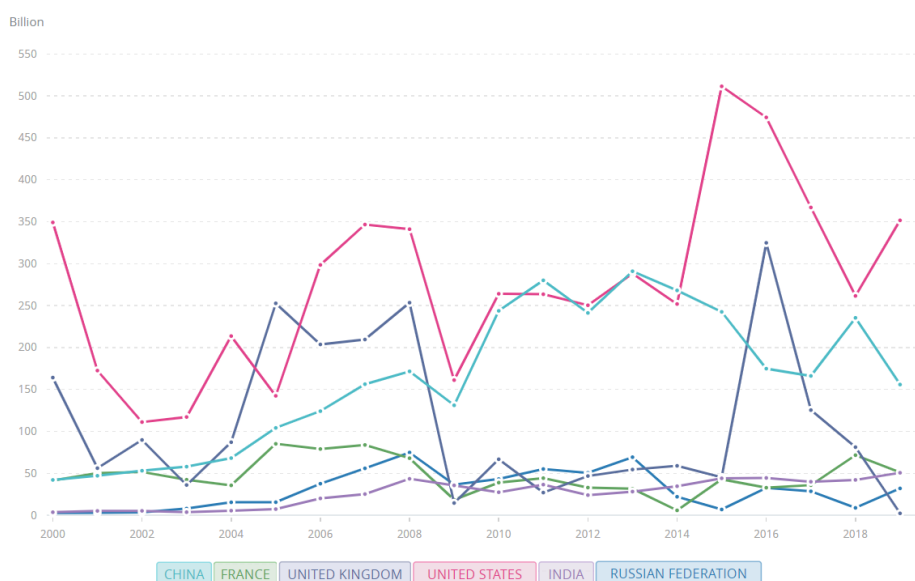


Abbildung 15: Ausländische Direktinvestitionen - Nettokapitalzuflüsse

Quelle: data.worldbank 2021

Bis zu einem Drittel der ausländischen Direktinvestitionen in der Russischen Föderation entstammen zwischen 2007 und 2012 von Offshore-Finanzplätzen, die ursprünglich aus russischen Quellen stammen. Nachdem 2013 die höchsten ausländischen Direktinvestitionen in der Russischen Föderation bis dato getätigt wurden, brach ein Jahr später der Kapitalflüsse um ein Drittel ein. Ab 2015 erholte sich der Nettozufluss wieder, konnte das Niveau von 2013 aber nicht mehr erreichen. (Weltbank 2016a, S.63f)

Land	2000	2010	2019
China	42	244	156
Frankreich	41	39	51
Indien	4	27	51
Russland	3	43	32
Vereinigtes Königreich	164	67	2
USA	349	264	352

Tabelle 9: Ausländische Direktinvestitionen - Nettokapitalzuflüsse

Quelle: data.worldbank 2021

4.8. Geldpolitik und Inflation

Die Russische Föderation kämpft in den letzten 20 Jahren durchwegs mit einer galoppierenden Inflation. Nachdem im Jahr 2000 eine Inflationsrate von 20 Prozent erreicht wurde, verkündete die russische Zentralbank die Umsetzung einer restriktiven Geldpolitik. (Beer 2020, S.9f) Neben der Finanzkrise 2007/08 brachten auch die Jahre 2014/15 besondere Herausforderungen für die Geldpolitik mit sich. Im Zuge der Krimkrise 2014 wurden westliche Sanktionen gegen die Russische Föderation erlassen. Für ausländische Investoren wurde die Attraktivität des russischen Marktes deutlich gesenkt und sie kauften deshalb auf den internationalen Märkten wieder vermehrt US-Dollar und

Euro ein. Als Reaktion darauf musste die russischen Rubel an den internationalen Finanzmärkten um über 50 Prozent gegenüber dem US-Dollar abgewertet. (Dreger/Kholodilin 2015, S.1051)

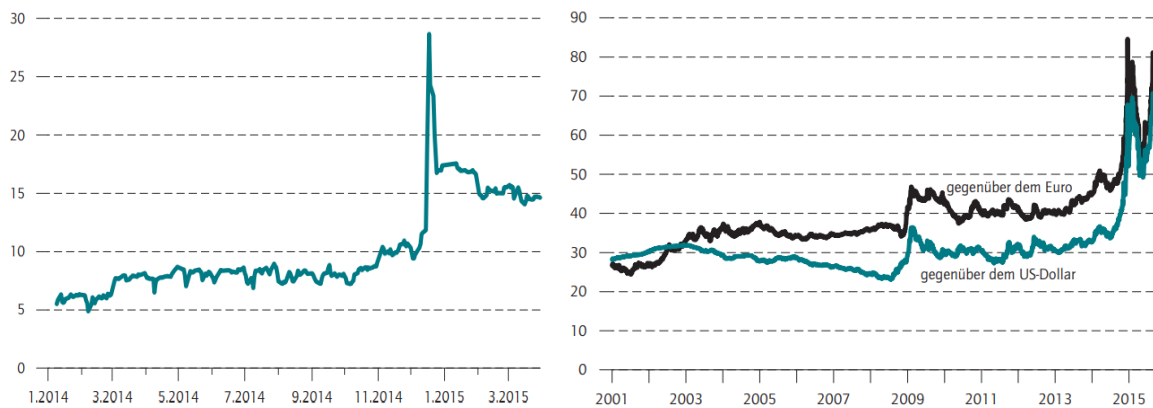


Abbildung 16: Leitzins- und Wechselkursentwicklung zwischen 2014 und 2015

Quelle: Dreger/Kholodilin 2015, S.1052

Die russische Nationalbank bekämpft die Inflationserwartungen, indem sie den Leitzins auf 17 Prozent erhöhten. (Weltbank 2016a, S.22) Gleichzeitig wurde eine massive Ausweitung der Geldmenge vollzogen, um langfristig das hohe Niveau der Geldmarktzinsen zu senken. (Weltbank 2017a, S.12)

Mit diesen Maßnahmen war es möglich, die Inflationsrate künstlich niedrig zu halten und die Währung zu stabilisieren. Im Jahr 2017 konnte man sogar eine historisch niedrige Inflationsrate von 2,5 Prozent ausweisen. Im Jahr 2020 wurden eine deutliche Zinssenkung von insgesamt 150 Basispunkte auf 4,5 Prozent pro Jahr vollzogen. (Beer 2020, S.9f)

Wie bereits bei der Krise 2015 steigen auch in der aktuellen Krise die Lebensmittelpreise deutlich schneller an als der Verbraucherpreisindex. (Weltbank 2016a, S.23) Von dieser drastischen Preiserhöhung sind gerade die Preise für Zucker, Eier, Hülsenfrüchte, Obst und Gemüse betroffen. Die Bevölkerungsschicht mit dem geringsten Einkommen muss derzeit etwa 45 Prozent des eigenen Einkommens für Lebensmittel ausgeben. (Weltbank 2021, S.19)

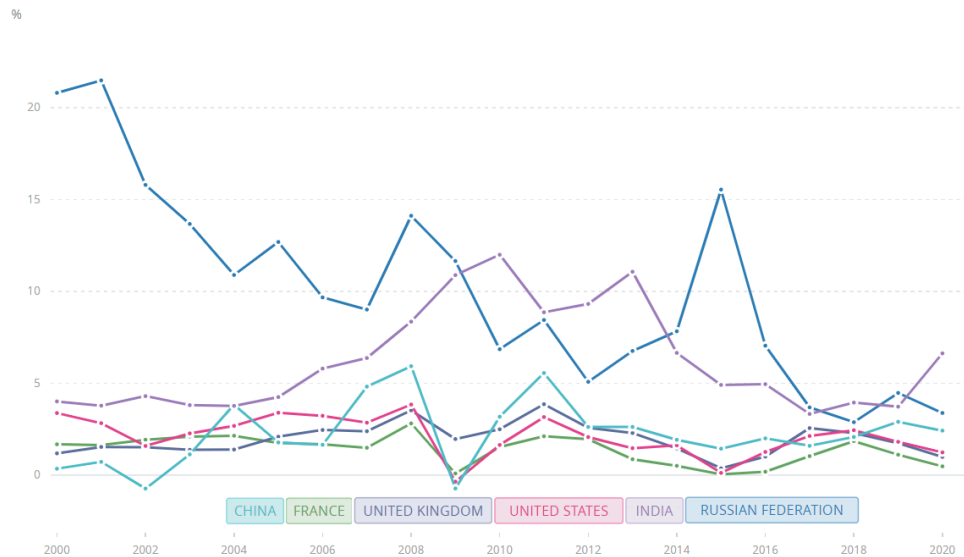


Abbildung 17: Inflationsentwicklung

Quelle: data.worldbank 2021

Land	2000	2010	2020
China	0,35 %	3,12 %	2,4 %
Frankreich	1,7 %	1,5 %	0,5 %
Indien	4 %	12 %	6,6 %
Russland	20,7 %	6,8 %	3,4 %
Vereinigtes Königreich	1,2%	2,5 %	1 %
USA	3,4 %	2,5 %	1,2 %

Tabelle 10: Inflationsentwicklung

Quelle: data.worldbank 2021

Die Einnahmen aus dem Öl- und Gasgeschäft sind durch eine Abwertung der Währung kaum betroffen. Das liegt daran, dass sowohl Erdöl als auch Erdgas auf dem Weltmarkt in US-Dollar als Leitwährung gehandelt wird. Eine hohe Inflationsrate hat allerdings eine Verringerung der Kaufkraft zur Folge und bewirkt dadurch eine Reduzierung des Steueraufkommens. (Dreger/Kholodilin 2015, S.1052)

5. Militärische Machtressourcen

5.1. Reformbestrebungen nach dem Ende der Sowjetunion

Nach dem Ende der Sowjetunion haben sich die militärischen Rahmenbedingungen dramatisch geändert. Die Rückkehr der im Ausland stationierten sowjetischen Truppen konnte nur mit der Hilfe der westlichen Staaten erfolgen. Im Anschluss wurde die Truppenstärke von 4,5 Millionen auf unter eine Million drastisch gesenkt und die Führungsebenen wesentlich reduziert. Grundlegende Reformprogramme wurden bei den Streitkräften aufgrund von starken innenpolitischen Widerständen nicht durchgeführt. Die Konflikte in Tschetschenien und Georgien hatten wesentliche Auswirkungen auf die Modernisierungsbestrebungen und zeigten die Schwächen der russischen Streitkräfte mannigfaltig auf. Im Georgienkrieg 2008 wurde außerdem der schlechte Ausbildungsgrad und die Defizite bei der Ausrüstung bei den russischen Truppen sichtbar. Weiters konnten grundlegende Fehler in der Kommandostruktur beobachtet werden. (Grätz 2014, S.1ff) In beiden Tschetschenienkriegen versuchte das russische Militär durch den Einsatz von konventionellen Truppen den Konflikt für sich zu entscheiden. Dabei wurden hauptsächlich auf die numerische Überlegenheit der eigenen Streitkräfte und den Einsatz von systematischer Gewalt als militärisches Instrument auch gegen die lokale Zivilbevölkerung gesetzt. Trotz enormer Verluste in den Tschetschenienkriegen wurde dennoch das militärische Potenzial des russischen Militärs klar ersichtlich. Zu jedem Zeitpunkt verfügte Russland über die Streitkräfte mit der stärksten Kampfkraft im postsowjetischen Raum und stellt deshalb für die Nachbarländer eine unmittelbare militärische Bedrohung dar. (Renz 2017, S.1f) Um die aktuellen militärischen Herausforderungen entsprechend bewältigen zu können, wurden die Verteidigungsausgaben wesentlich erhöht und die Sonderinvestitionen in Höhe von 730 Milliarden US-Dollar zwischen 2011 und 2020 beschlossen. Im Oktober 2008 wurde von Verteidigungsminister Anatoli Serdjukow die Pläne für eine grundlegende Militärreform präsentiert. Die Militärreform sah vor, dass die Grundwehrdiener nicht mehr in einer bewaffneten Auseinandersetzung zum Einsatz kommen und deren Anteil innerhalb der Armee von 50 auf 20 Prozent reduziert wird. Außerdem wurden die militärischen Großverbände in Brigaden und nicht mehr in Divisionen gegliedert. Man erhoffte sich dadurch eine erhöhte Flexibilität und Autonomie

der einzelnen Teilstreitkräfte. Die Reform beinhaltete auch die Etablierung von vier unabhängigen Militärdistrikten, diese sollen im Konfliktfall den Nachschub gewährleisten und die Koordination zwischen den Verbänden sicherstellen. Der größte Teil der Bodentruppen mit insgesamt vier Armeen befinden sich im östlichen Militärbezirk. In den anderen Militärdistrikten sind derzeit zwei Armeen stationiert. (Grätz 2014, S.1ff)



Abbildung 18: Strategische Kommando der russischen Streitkräfte

Quelle: Military Balance 2017, S.188

Die Militärreform von 2008 sah auch eine Modernisierung des militärischen Gerätes und eine Professionalisierung der Truppe vor. Die Militärreform hätte die drastische Reduzierung des Offizierskorps vorgesehen, wurde aber nach massiven Protesten von Verteidigungsminister Sergei Schoigu wieder weitgehend revidiert. Der Aufbau einer freiwilligen Berufsarmee brachte zugleich eine Vielzahl an gravierenden Problemen mit sich, so konnte etwa der Personalbedarf nicht vollständig erfüllt werden. Den meisten Brigaden mangelte es gravierend an qualifiziertes Personal und waren zeitweise 20 bis 40 Prozent unterbesetzt. Durch den demografischen Wandel wurde die Anzahl der erwerbstätigen Bevölkerung drastisch verringert und dadurch die Anwerbung von Soldaten zusätzlich erschwert. Zudem ist der gesundheitliche Zustand der Soldaten nicht zufriedenstellend, weil der Alkoholismus weit verbreitet ist. Die Motivation der Soldaten

ist aufgrund der niedrigen Besoldung und der schlechten Lebensbedingungen gering ausgeprägt. (Grätz 2014, S.1ff)

Aktuell verfügen die russischen Streitkräfte über 900.000 Soldaten. Im Konfliktfall können etwa 2 Millionen Reservisten, auch begünstigt durch die allgemeine Wehrpflicht, mobilisiert werden. Quantitativ gesehen verfügt die Russische Föderation immer noch über einer der größten Massenarmee der Welt, die nur von der Volksrepublik China, Republik Indien und der Vereinigten Staaten überboten werden.

Land	Aktives Personal	Reserve Personal
China	2.035.000	510.000
Frankreich	203.250	41.050
Indien	1.458.500	1.155.000
Russland	900.000	2.000.000
Vereinigtes Königreich	148.500	78.600
USA	1.388.100	844.950

Tabelle 11: Anzahl des Aktiven bzw. Reserve Personals

Quelle: Military Balance 2021, S.28

5.2. Missionen und Ziele der russischen Streitkräfte

Die Missionen und Ziele der russischen Streitkräfte können aus der nationalen Sicherheitsstrategie der Russischen Föderation abgeleitet werden. Die nationale Sicherheitsstrategie stellt die Grundlage für die Sicherheits- und Verteidigungspolitik des Landes dar. Laut der Sicherheitsstrategie werden die traditionellen spirituellen Werte Russlands von den westlichen humanitären Werten bedroht und müssen deshalb geschützt werden. Im Strategiepapier wird der Interessenskonflikt zwischen den verschiedenen Staaten thematisiert und dabei auf die Bedrohung für die nationale Sicherheit eingegangen. Als Bedrohung der nationalen Sicherheit wird Folgendes verstanden: „... die direkte oder indirekte Möglichkeit der Schädigung der verfassungsmäßigen Rechte und Freiheiten, Lebensqualität, Souveränität/territoriale Integrität, die stabile Entwicklung der Russische Föderation sowie die Verteidigung und Sicherheit des Staates.“ (Pynnöniemi

2018, S. 244) Durch das Strategiepapier von 2009 wurde deutlich, dass die russische Regierung überwiegend den Staat als entscheidender Akteur bei der Entwicklung des Landes identifiziert. Im Gegensatz zu früheren Versionen wurde die Rolle des Individuums und der Zivilgesellschaft weitestgehend vernachlässigt. (Pynnöniemi 2018, S. 241ff)

Die Sicherheitsprioritäten der Russischen Föderation haben sich seit der ersten Amtsübernahme von Vladimir Putin wesentlich verändert. Die wichtigsten Ziele können in vier unterschiedlichen Dimensionen zusammengefasst werden (Russisches Verteidigungsministerium 2021, S.1):

- 1) Abwehr sowohl von politischen und wirtschaftlichen Bedrohungen der Russischen Föderation
- 2) Unterstützung der ökonomischen und politischen Interessen der Russischen Föderation
- 3) Durchführung von militärischen Operationen außerhalb von Konfliktszenarien, wie etwa Friedensmissionen
- 4) Anwendung von militärischer Gewalt

Die russischen Streitkräfte werden sowohl für lokale, regionale und globale Kriege vorbereitet und dementsprechend ausgebildet bzw. ausgerüstet. Die russischen Behörden sprechen von einem lokalen Krieg, wenn ein bewaffneter Konflikt zwischen mehreren kriegsführenden Seiten entsteht, die unterschiedliche territoriale, wirtschaftliche, politische oder sonstige Interessen verfolgen. In solchen Konflikten werden kleinere Truppenverbände strategisch eingesetzt, um die eigenen Interessen gegenüber den anderen Konfliktparteien durchzusetzen. Unter gewissen Umständen entwickeln sich lokale Konflikte zu regionalen Kriegen, dabei wird von den kriegsführenden Seiten der Einsatz aller verfügbaren Truppen befohlen. Für die Kriegsführung wird der Einsatz der gesamten ökonomischen und technologischen Ressourcen der Länder benötigt, daher kann der Einsatz von Kernwaffen bei Atommächten nicht vollständig ausgeschlossen werden. Beim Kriegseintritt von Militärbündnismitgliedern bzw. bei der Ausweitung des Krieges auf verschiedene Weltregionen droht ein globaler Krieg. In einem globalen Krieg versuchen die kriegsführenden Staaten alle zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen zu

mobilisieren, um die eigenen militärischen und politischen Ziele gegenüber den anderen kriegsführenden Staaten durchzusetzen. Mit dem Einsatz von modernen Massenvernichtungswaffen muss in solchen Szenarien jederzeit gerechnet werden. (Russisches Verteidigungsministerium 2021, S.1)

Die russische Verteidigungsdoktrin sieht sowohl eine nukleare als auch eine nicht-nukleare Abschreckungsdoktrin vor. Durch diese Abschreckungsdoktrin sollte jedem Gegner ein inakzeptabler Schaden zugefügt und dadurch die Erfolgsaussichten einer militärischen Intervention möglichst geringgehalten werden. Die militärische-patriotische Indoktrinierung der BürgerInnen zielt auf eine gesellschaftliche Mobilisierung als kollektive Vorbereitung zum Militärdienst im Konfliktfall ab. Dabei wird auf ein allumfassender Abschreckungsbegriff zurückgegriffen, deshalb bezieht sich die Doktrin nicht ausschließlich auf eine militärische Dimension, sondern kann auch wirtschaftlich, moralisch oder politisch erfolgen. (DIA, 2017 S.17ff)

Die USA und die NATO stellen für die Russische Föderation seit der Militärdoktrin von 2010 die zwei wichtigsten Bedrohungen dar. Für die veränderte Bedrohungswahrnehmung können eine Vielzahl an Gründe genannt werden. Die NATO hat sowohl einstige Satellitenstaaten als auch Teilrepubliken der ehemaligen Sowjetunion durch ihre Osterweiterungen in den Jahren 1999 und 2004 aufgenommen. Dadurch rückte die NATO direkt an die Grenzen der Russischen Föderation und stellt dadurch eine unmittelbare Bedrohung für deren Hegemonialstellung im postsowjetischen Raum dar. Die Rosenrevolution in Georgien 2003 und die Orangenrevolution in der Ukraine 2004 führte zu Regimewechsel in den jeweiligen Ländern. Die Führung in Moskau fasste die Revolutionen als westliche Provokation auf und reagierte mit militärischen Interventionen sowohl in Georgien als auch in der Ukraine. Solche ausländischen Interventionen waren laut der russischen Führung notwendig, um die Sicherheit der eigenen Bevölkerung gewährleisten zu können. Durch die Krimannexion wurde ersichtlich, dass bei der Durchsetzung der eigenen Interessen auch der Bruch des Völkerrechts in Kauf genommen wurde. Die Russische Föderation schaffte es mithilfe des eigenen Rüstungsprogramms zunehmend im postsowjetischen Raum zu intervenieren und die eigenen Interessen in den jeweiligen Konflikten durchzusetzen. (Grätz 2014, S.1ff)

5.3. Militärausgaben

Seit der ersten Amtszeit von Vladimir Putin sind die Verteidigungsausgaben der Russischen Föderation im Durchschnitt um 5,85 Prozent gestiegen. Eine kurzzeitige Absenkung der Verteidigungsausgaben wurde nur in der Zeit unmittelbar nach Finanzkrise 2007/08 vollzogen. Jedoch verzeichnen im Vergleichszeitraum alle betrachteten Großmächte einen wesentlich höheren Anstieg ihrer Verteidigungsausgaben. Die deutlichsten Anstiege können bei der Volksrepublik China und bei der Republik Indien mit über 20 Prozent pro Jahr beobachtet werden. Neben der durchschnittlichen jährlichen Steigerung von über 12 Prozent betragen die Verteidigungsausgaben der Vereinigten Staaten von Amerika das 12-fache der Russischen Föderation. Hingegen nähern sich die Verteidigungsausgaben der Französischen Republik, des Vereinigten Königreichs als auch der Russischen Föderation in den letzten Jahren an.

	Verteidigungsausgaben absolut in Milliarden Dollar					
Land	2000	2005	2010	2015	2020	Durchschnittliche jährliche Steigerung
China	42	103,9 6	76,4	145,8	193,3	+23 %
Frankreich	34,05	53,13	42,6	46,8	55,03	+8,1 %
Indien	14,77	21,73	38,4	48	64,1	+21,7%
Russland	52	58	41,4	65,6	60,6	+5,85%
Vereinigte s Königreich	35,66	51,7	56,5	56,2	61,5	+8,6%
USA	304,1 4	495,3	692,8	597,5	738	+12,15%

Tabelle 12: Militärausgaben absolut in Milliarden Dollar

Quelle: Military Balance 2021, S.23, Military Balance 2016, S.19, Military Balance 2011, S.33, Military Balance 2007, S.406, Military Balance 2002, S.332

In den letzten Jahren wurde in der Russischen Föderation 4,18 Prozent des Bruttoinlandsprodukts für das Militär aufgewendet. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt geben somit nur wenige Staaten wie etwa Saudi-Arabien mit 7,1 Prozent und Israel mit 5,2 Prozent mehr Geld für Verteidigungszwecke aus als die Russische Föderation. (Military Balance 2021, S.23)

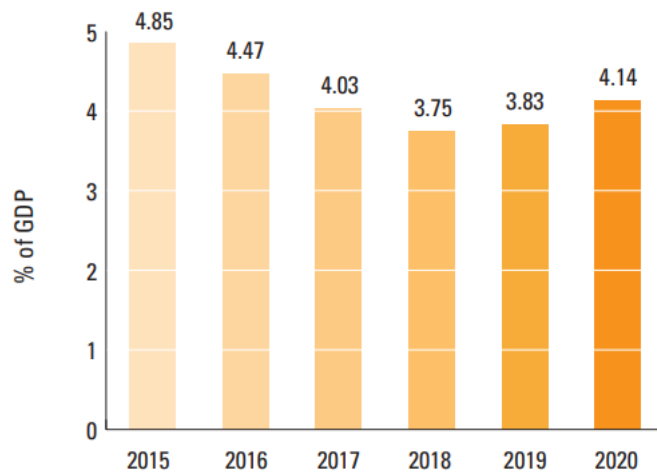


Abbildung 19: Militärausgaben zwischen 2015 und 2020

Quelle: Military Balance 2021, S.174

5.4. Landstreitkräfte

Die Landstreitkräfte verfügen über 405.000 Mann, darin enthalten sind jedoch 225.000 Wehrpflichtige. Die Landstreitkräfte ist die größte Teilstreitkraft innerhalb des russischen Militärs. Die Landstreitkräfte bestehen aus Schützen-, Panzer-, Artillerie-, Raketen-, Luftabwehr-, Aufklärungs-, Pionier-, ABC-Abwehr und Fernmeldeeinheiten. Die Landstreitkräfte sind in 79 Brigaden aufgegliedert, dabei sind für den Konfliktfall 38 Brigaden vorgesehen. Die Modernisierung der Landstreitkräfte ist bis dato am geringsten in Relation zu den anderen Teilstreitkräften fortgeschritten, etwa 50 Prozent der aktuellen Ausrüstung wurde modernisiert bzw. kampfwertgesteigert. (Military Balance 2021, S.170ff)

Die restlichen Brigaden sind für die Logistik und für kampfunterstützende Maßnahmen verantwortlich. Bis Ende des Jahres 2020 sollte zwischen 26 und 40 Brigaden neu aufgestellt werden, davon sind allein 14 neue Heeresfliegerbrigaden beinhaltet. Die Heeresfliegerbrigaden wurden jeweils mit 90 Hubschraubern sowohl für die aktive Kampfunterstützung als auch für den Truppentransport ausgerüstet. Weiters ist die Beschaffung von neuen Luftabwehrsystemen und moderner Aufklärungstechnik vorgesehen. (Grätz 2014, S.1ff)

Der T-72 bildet derzeit die Hauptstütze der russischen Panzertruppen. Ursprünglich wurde der T-72 im Jahr 1973 in den Dienst gestellt, um den T-55 und den T-62 als Hauptkampfpanzer abzulösen. Der T-72 stellt eine kostengünstige und relative einfache Konstruktion dar und war sowohl für den eigenen Dienst in der sowjetischen Armee als auch als Exportgut für verbündete Staaten vorgesehen. Im Ausland wurde nur der T-72 von einer Vielzahl an Ländern in Lizenz gefertigt, dadurch ist nur der T-54/55 noch häufiger im Ausland vertreten als der T-72. Im Laufe der Zeit wurde der T-72 kontinuierlich verbessert und an die neuen Gegebenheiten angepasst. Auf der Basis der T-72B Variante wurde der weiterentwickelte Hauptkampfpanzer T-90 produziert. Es wird angenommen, dass auch in nächsten Jahren der T-72 mit der kampfwertgesteigerten Version B3M der meistverwendete Hauptkampfpanzer in der russischen Armee bleiben wird. Aus technischen und budgetären Gründen wird keine nennenswerte Anzahl des neuentwickelten T-14 Panzer in den nächsten Jahren den Bodentruppen übergeben. (Military Balance 2021, 168f)

Indienststellung bzw. Kampfwertsteigerung	Typ	Anzahl
1984/89	T-72B/BA	700
1985/86	T-80BV/U	380
1992/08	T-90/T-90A	350
2012	T-72B3	1150
2016	T-72B3	500
2018	T-80BVM	170

Tabelle 13: Russische Kampfpanser in allen Truppengattung: Anschaffung, Kampfwertgesteigert und Gesamtzahl

Quelle: Angelehnt an Military Balance 2019, S.167

Die russischen Modernisierungsbestrebungen bei den Landstreitkräften verfolgen zwei unterschiedliche Ziele. Einerseits werden bestehende Plattformen und Komponenten aus der Sowjetära wie etwa der T-72 verwendet, um diese kostengünstig und rasch in größeren Stückzahlen einer Kampfwertsteigerung auf die Version T-72B3 zu unterziehen. Dabei werden sowohl das Feuerleitsystem als auch das Schutzsysteme des Panzers westlich verbessert und auf die derzeitige Bedrohungslage im Konfliktfall angepasst. (Radin 2019,

S.1) Im Jahr 2016 wurden die letzten T-72 Panzer auf die Entwicklungsstufe B3 kampfwertgesteigert. Es wurde etwa ein leistungsstärkerer Motor und eine verbesserte Reaktivpanzerung eingebaut. (The Military Balance 2019, S.171) Die Luftlandetruppen, die eine selbstständige Truppengattung darstellt, wurden ab dem Jahr 2016 mit T-72B3 Panzer ausgestattet. Es kann in den letzten Jahren der Trend gesehen werden, die Luftlandetruppen in eine schwere mobile Expeditionstruppe auszubauen. (The Military Balance“ 2018, S.173)

Die Russische Föderation verfügt aktuell über 3.300 Kampfpanzer, 6.450 Schützenpanzer und 5.689 Artilleriegeschütze. Schon aufgrund der schieren Menge kann die Russische Föderation mit anderen Großmächten in den vorliegenden Waffengattungen mithalten. Es können zwar technologische Defizite in den Landstreitkräften beobachtet werden, jedoch verfügen die für den Konfliktfall vorgesehenen Brigaden weitgehend über ein modernes Kampfgerät. (Military Balance 2021, S.28)

Land	Kampfpanzer	Schützenpanzer	Artillerie
China	5.650	6.710	9.409
Frankreich	222	605	265
Indien	3.650	3.100	9.809
Russland	3.300	6.450	5.689
Vereinigtes Königreich	227	388	637
USA	2.509	3.419	6.941

Tabelle 14: Anzahl der Kampfpanzer, Schützenpanzer und Artillerie

Quelle: Military Balance 2021, S.28

Die Bodentruppen haben sowohl durch die Einsätze in Georgien, Ukraine und Syrien umfangreiche Kampferfahrungen sammeln können. Dadurch wurde der Professionalisierungsgrad der Truppe weitestgehend verbessert und die Einsatzbereitschaft der Landstreitkräfte erhöht. In Zukunft soll die Truppenbeweglichkeit der Bataillone im südlichen Militärdistrikt durch den Einsatz von Hubschrauberverbänden erweitert werden. Bislang können die Landstreitkräfte nur auf eine unzureichende Anzahl von Hubschraubern zurückgreifen, dadurch kann bis dato die Fähigkeit, größere Truppenverbände luftbeweglich einzusetzen, nicht umgesetzt werden. Aus diesem Grund

wird von der militärischen Führung den Kauf von 300 Hubschraubern bis spätestens 2027 priorisiert. (Military Balance 2020, S.171f)

Die russischen Bodentruppen verfügen außerdem über moderne Luftabwehrsysteme, die in der Lage sind, den eigenen Luftraum effektiv zu sichern. Auch hier wurden die technologischen Grundlagen schon in Sowjetzeiten durch die enormen Investitionen in diesem Rüstungszweig gelegt. Die russische Militärführung hat die überragende Bedeutung der elektronischen Kriegsführung in den letzten Jahren entdeckt und versuchen den technologischen Vorsprung der Vereinigten Staaten von Amerika in diesem Bereich entgegenzuwirken. (Radin 2019, S.2)

5.5. Luftstreitkräfte

In den letzten drei Jahrzehnten wurden die russischen Luftstreitkräfte sowohl personell als auch hinsichtlich ihrer Ausrüstung gravierend verändert. Das Personal wurde von 1.000.000 Mann mittlerweile auf 150.000 Mann reduziert. Weiters wurde in allen Waffensystemen die Bestände drastisch reduziert, aber auch modernisiert. (Military Balance 2019, S.23) Der Anteil der modernen Fluggeräte am gesamten Inventar beläuft sich derzeit auf 78 Prozent. (Military Balance 2021, S.174) Trotz der modernen Kampfflugzeugbestände vollzieht sich das Modernisierungsprogramm der taktischen und schweren Luftwaffe nur sehr langsam. (The Military Balance 2018, S.174) Die schweren Bomber wurden aus den Beständen der Roten Armee übernommen und wurden ausschließlich in der Sowjetzeiten entwickelt. (Military Balance 2019, S.23) Die Entwicklung von Nachfolgetypen musste Anfang der 1990er Jahre aufgrund der schwierigen wirtschaftlichen Lage aufgegeben werden. Aus diesem Grund wurde in den letzten Jahren hauptsächlich die bestehenden Typen verbessert und die Ressourcen verwendet, um ein neues Tarnkappen-mehrzweckkampfflugzeug zu entwickeln. (Military Balance 2019, S.23) Aufgrund der gravierenden Verzögerungen des Mehrzweckjägers Suchoi Su-57 bleibt jedoch vorerst die Suchoi Su-35 das wichtigste Kampfflugzeug der russischen Luftstreitkräfte. (Military Balance 2021, S.171)

In der Tabelle werden die wichtigsten Entwicklungsstränge aus der ehemaligen Sowjetunion bis zu den aktuellen Neuentwicklungen der unterschiedlichen Waffensysteme dargestellt. Daraus soll ersichtlich werden, dass außer dem Mehrzweckjäger Su-57 keine bedeutenden Neuentwicklungen während der Putin-Ära vollzogen werden.

Typ	Bezeichnung 1989	Bezeichnung 2018	Neuentwicklung
Abfangjäger	MiG-31M	MiG-31BM	PAK DP
Mehrzweckflugzeuge	Su-27/Su-35	Su-35S	PAK FA (Su-57)
Bomber	Tu-22M3	Tu-22M3M	PAK DA
Transporter	IL-76	IL-76MD-M	PAK VTA

Tabelle 15: Entwicklungsstränge aus der ehemaligen Sowjetunion bis zu den aktuellen Neuentwicklungen der unterschiedlichen Waffensysteme

Quelle: Military Balance 2019, S.23

Die russischen Luftstreitkräfte verfügen über deutlich weniger Kampfflugzeuge als die Vereinigten Staaten von Amerika oder die Volksrepublik China. Die Luftstreitkräfte der Republik Indien, der Französischen Republik und dem Vereinigten Königreich sind jedoch den russischen Luftstreitkräften größtenteils unterlegen. Außerdem verfügt die Russische Föderation hinter den Vereinigten Staaten von Amerika über die zweitgrößten Kampfhubschrauberbestände.

Land	Kampfflugzeuge und Erdkampfflugzeuge	Kampfhubschrauber
China	1.820	278
Frankreich	249	67
Indien	710	39
Russland	1021	402
Vereinigtes Königreich	162	40
USA	3.318	867

Tabelle 16: Anzahl der Kampfflugzeuge, Kampfhubschrauber

Quelle: Military Balance 2021, S.28

Derzeit verfügen die russischen Luftstreitkräfte über 190 Transportflugzeuge und 368 Transporthubschraubern. Die Vereinigten Staaten verfügen über dreimal so viel

Transportflugzeuge und über achtmal so viel Transporthubschrauber. Abgesehen von den Vereinigten Staaten von Amerika besitzt nur die Volksrepublik China über mehr Transporthubschrauber, um luftbewegliche Militäraktionen durchführen zu können.

Mit der Zuführung von 260 modernen Transportflugzeugen soll auch die Transportflotte weitestgehend modernisiert werden. (Grätz 2014, S.1ff)

Land	Transportflugzeuge	Transporthubschrauber
China	113	418
Frankreich	44	154
Indien	38	27
Russland	190	368
Vereinigtes Königreich	42	108
USA	686	3.033

Tabelle 17: Anzahl der Transportflugzeuge und Transporthubschrauber

Quelle: Military Balance 2021, S.29

Die bestehende Bomberflotte, bestehend aus Tu-160, Tu-95 und Tu-22M, wird derzeit generalüberholt. Die russische Luftwaffe setzt im Vergleich zu westlichen Luftstreitkräften sehr häufig noch un gelenkte Bomben ein, auch hier wird versucht die Präzision mithilfe von Langstrecken-Marschflugkörper Kh-102 und der lasergelenkten Bombe KAB-250 zu verbessern. Die Reichweite des strategischen Bombers Tupolew Tu-160 soll durch die Weiterentwicklung auf die Variante M2 wesentlich erhöht werden. (The Military Balance 2019, S.173)

Die luftbasierte Nuklearabschreckung erfolgt mittels 140 Lang- und Mittelstreckenbomber, die aus sowjetischen Beständen übernommen wurden. Die vorhandenen Verbände sollten in Zukunft durch einen neuen strategischen Schwenkflügel-Überschall-Bomber ergänzt werden. (Grätz 2014, S.1ff)

Land	Schwere Bomber	Schwere unbemannte Flugzeuge
China	221	26
Frankreich	-	8
Indien	-	13
Russland	137	-
Vereinigtes Königreich	-	10
USA	157	625

Tabelle 18: Anzahl der Schwere Bomber und Schwere unbemannte Flugzeuge

Quelle: Military Balance 2021, S.28

Bei der Drohnentechnik können hingegen enorme Technodefizite beobachtet werden, jedoch wurden in der jüngeren Vergangenheit Versuche unternommen, unbemannte Flugkörper in Dienst zu stellen. (Grätz 2014, S.1ff)

5.6. Marine

Der russischen Marine sind 130.000 Mann unterstellt, die insgesamt in vier Flotten im Pazifik, Schwarzmeer, Ostsee und Nordmeer und einer Flottille im Kaspischen Meer organisiert sind. (Military Balance 2021, S.171) Neben den Landstreitkräften kann bei der Marine der größte Nachholbedarf festgestellt werden. Nur etwa 63 Prozent des Marineinventars wurde instandgesetzt und auf die aktuelle Bedrohungslage angepasst. (Military Balance 2021, S.174)

Land	U-Boote	U-Boote mit ballistischen Raketen und Nuklearantrieb
China	52	6
Frankreich	4	4
Indien	15	1
Russland	38	11
Vereinigtes Königreich	7	4
USA	54	14

Tabelle 19: U-Boote und U-Boote mit ballistischen Raketen und Nuklearantrieb

Quelle: Military Balance 2021, S.28

Der Hauptteil der Investitionen für die Marine wurde für die Endstandhaltung der U-Boot-Flotte verwendet. Zusätzlich wurde nach jahrelanger Planungs- und Bauzeit zwei neu U-Boote mit ballistischen Raketen in Betrieb genommen. Die Bestückung dieser U-Boote mit see-gestützten Interkontinentalraketen RSM-56 Bulawa konnte aufgrund von Problemen mit der zugrundeliegenden Raketentechnik noch nicht erfolgen. (Grätz 2014, S.1ff) Derzeit wird aber der Schwerpunkt auf den Bau von U-Boot mit einem konventionellen Antrieb wie etwa der Warschawjanka-Klasse gelegt. (Military Balance 2021, S.171)

Derzeit besitzt die russische Marine 38 konventionelle U-Boote und 11 nuklearbetriebene U-Boote mit ballistischen Raketen. Daher gehört die Russische Föderation neben den Vereinigten Staaten von Amerika und der Volksrepublik China zu den führenden Seemächten der Welt. Im Verhältnis zu anderen Großmächten betreibt die russische Marine eine außergewöhnlich große nuklearbetriebene U-Boot-Flotte. (Military Balance 2021, S.28)

Land	Flugzeugträger	Zerstörer	Amphibienschiffe
China	2	78	6
Frankreich	1	21	3
Indien	1	27	1
Russland	1	30	5
Vereinigtes Königreich	2	19	-
USA	11	113	32

Tabelle 20: Anzahl der Flugzeugträger, Zerstörer und Amphibienschiffe

Quelle: Military Balance 2021, S.28

Derzeit verfügt die russische Marine mit der Admiral Kusnezow nur über einen Flugzeugträger, der aber aufgrund von gravierenden Problemen in der Vergangenheit schon über längere Zeit nicht eingesetzt werden konnte. (Grätz 2014, S.1ff) Die Vereinigten Staaten von Amerika besitzen derzeit 11 Flugzeugträger und verfügt daher mit Abstand größte Flugzeugträgerflotte der Welt. (Military Balance 2021, S.28)

Als Raketenschlachtkreuzer steht die Pjotr Weliki als Flaggschiff der Nordflotte als einziges Schiff von der Kirow-Klasse noch im aktiven Dienst. Das Schwesterschiff Admiral Nachimow

wird derzeit zu einem Antischiffsraketen-Komplex umgebaut und grundlegend instandgesetzt. (Grätz 2014, S.1ff)

Typ	Bezeichnung	In Dienst gestellt	Geplant	Einsatzort
U-Boote	Yasen	1	6	Nordmeer
	Yarshavyanka	6	12	Schwarzes Meer & Pazifik
Korvetten	Buyan-M	6	12	Kaspisches Meer & Schwarzes Meer
	Karakurt	0	12	Nordmeer
Fregatten	Admiral Grigorovich	3	6	Schwarzes Meer
	Gepard	1	0	Kaspische Meer
	Gremyashchiy	0	2	Pazifik
	Yasily Bykov	0	6	Schwarzes Meer
Zerstörer	Admiral Gorshkov	1	6	Nordmeer

Tabelle 21: Neubau von Marineschiffen 2010 - 2020

Quelle: Angelehnt an Military Balance 2017, S.190, Military Balance 2019, S.174

Die Admiral-Gorschkow-Klasse, als modernste russische Fregattenklasse wurde endgültig in Auftrag gegeben. Der derzeit einzige russische Flugzeugträger Admiral-Kusnezow wurde 2018 bei einer Generalüberholung im Trockendock beschädigt und muss einer längeren Reparatur unterzogen werden. Die russische Marine fokussiert sich derzeit auf den Bau von

kleinen U-Booten mit einer großen Reichweite, wie etwa die Yasen-M-Klasse. (The Military Balance 2019, S.173ff) Die russische Marine verfügt mit der Typhoon-Klasse und der Kirov-Klasse über schwere Trägersysteme, dazu gehört auch das größte Atom-U-Boot der Welt Dmitry Donskoi und der Atomkreuzer Pyotr Veliky. Sowohl der Erhalt als auch der Bau von neuen schweren Trägersystemen wurden aufgrund von budgetären Gründen erschwert. (The Military Balance 2018, S.174ff) Die Russische Föderation hat zuvor versucht, mit dem Kauf von französischen Hubschrauberträgern der Mistral-Klasse aus Frankreich ihre Schwächen in diesem Bereich auszugleichen. Die Auslieferung der Hubschrauberträger wurde jedoch aufgrund der Krimannexion von Frankreich gestoppt. (Military Balance 2021, S.171)

Auch strukturell wurde die Marine neu organisiert. Die Nordflotte wurde 2021 zu einem eigenständigen Militärbezirk zusammengefasst. Die Zuständigkeitsbereiche umfassen den nördlichen Seeweg vom Nordatlantik bis zur arktischen Küste. Das Flottenhauptquartier verfügt von nun an über eine erweiterte Autonomie. Die Strukturen und die Größe der Flotte wurden seit 2014 schrittweise an die neuen Aufgaben angepasst. (Military Balance 2021, S.167)

5.7. Nuklearstreitkräfte

Die strategischen Raketentruppen waren in der Vergangenheit von Budgetkürzungen im Militärhaushalt weitestgehend nicht betroffen. Im Jahr 2018 wurden 79 Prozent der Waffen der strategischen Raketentruppen als neuwertig eingestuft, dadurch ist der Modernisierungsgrad der strategischen Raketentruppen im Vergleich zu den anderen Teilstreitkräften der russischen Armee am weitesten fortgeschritten. (The Military Balance 2019, S.175)

Das russische Nukleararsenal umfasst 2020 etwa 4.310 strategische Langstreckenraketen und taktische Kurzstreckenraketen, wovon 1.570 Sprengköpfe zum unmittelbaren Einsatz bereit sind. Die Nuklearstreitkräfte verfügen über 810 landgestützte und 560 seegestützte ballistische Raketen. Hinzukommen etwa 200 auf Luftwaffenbasen gelagerte Nuklearsprengköpfe, die für schwere Langstreckenbomber vorgesehen sind. Weiters sind

870 strategische und 1.870 taktische Nuklearsprengköpfe eingelagert, diese können im Ernstfall reaktiviert werden. (Kristensen/Korda 2020, S.102)

Type/name	Russian designation	Launchers	Year deployed	Warheads x yield (kilotons)	Total warheads
<i>Strategic offensive weapons</i>					
ICBMs					
SS-18 M6 Satan	RS-20V	46	1988	10 x 500/800 (MIRV)	460 ^a
SS-19 M3 Stiletto	RS-18 (UR-100NUTTH)	0	1980	6 x 400 (MIRV)	0 ^b
SS-19 M4	? (Avangard)	2	2019	1 x HGV	2
SS-25 Sickle	RS-12M (Topol)	36	1988	1 x 800	36
SS-27 Mod 1 (mobile)	RS-12M1 (Topol-M)	18	2006	1 x 800?	18
SS-27 Mod 1 (silo)	RS-12M2 (Topol-M)	60	1997	1 x 800	60
SS-27 Mod 2 (mobile)	RS-24 (Yars)	126	2010	4 x 100? (MIRV)	504 ^c
SS-27 Mod 2 (silo)	RS-24 (Yars)	14	2014	4 x 100? (MIRV)	56
SS-X-28 (mobile)	RS-26 (Yars-M)	-	-	4 x 100? (MIRV)	-
SS-X-29 (silo)	RS-28 (Sarmat)	-	(2020)	10 x 500? (MIRV)	-
Subtotal			302		1136^d
SLBMs					
SS-N-18 M1 Stingray	RSM-50	1/16	1978	3 x 50 (MIRV)	48 ^e
SS-N-23 M1	RSM-54 (Sineva)	6/96	2007	4 x 100 (MIRV) ^f	384 ^g
SS-N-32	RSM-56 (Bulava)	3/48	2014	6 x 100 (MIRV)	288 ^h
Subtotal			10/160ⁱ		720^j
Bombers/weapons					
Bear-H	Tu-95 MS	21/30	1984	6-16 x AS-15A ALCMs	196
Bear-H Mod	Tu-95 MSM	18/20	2015	14 x AS-23B ALCMs	252
Blackjack	Tu-160	11/13	1987	12 x AS-15B ALCMs, or AS-23B, bombs	132
Subtotal		50/68^k			580^l
Subtotal strategic offensive forces		530^m			~2,436ⁿ
<i>Nonstrategic and defensive weapons</i>					
ABM/Air/Coastal defense					
SA-20/SA-21	S-300/S-400	~1000	1992/2007	1 x low	~290
Gazelle	53T6	68	1986	1 x 10	68 ^o
SSC-1B Sepal	Redut	8 ^p	1973	1 x 350	4
SSC-5 Stoooge (SS-N-26)	K-300P/3M-55	48	2015	(1 x 10) ^q	20
Land-based air					
Bombers/fighters (Tu-22M3/Su-24M/Su-34/MiG-31K)		~300	1974/2006/1983	ASMs, bombs	~500
Ground-based					
SS-21 Scarab SSM	9K79, Tochka	-	1981	1 x 10-100	-
SS-26 Stone SSM	9K720, Iskander-M	132	2005	1 x 10-100	70
SSC-7 GLCM ^r	9M728				
SSC-8 GLCM ^s	9M729	20 ^t	2017	1 x 10-100	20
Naval					
Submarines/surface ships/air (LACM, SLCM, ASW, SAM, DB, torpedoes)					~900
Subtotal nonstrategic and defensive forces					~1,870^u
TOTAL STOCKPILE					~4,310^v
Deployed					1,572
Reserve					2,740
Retired warheads awaiting dismantlement					2,060
Total inventory					6,370

ABM = antiballistic missile; ALCM = air-launched cruise missile; AS = air-to-surface; ASM = air-to-surface missile; ASW = antisubmarine weapon; DB = depth bomb; GLCM = ground-launched cruise missile; ICBM = intercontinental ballistic missile; LACM = Land-Attack Cruise Missile; MIRV = multiple independently targetable reentry vehicle; SAM = surface-to-air missile; SLBM = submarine-launched ballistic missile; SLCM = sea-launched cruise missile; SRAM = short-range attack missile; SSM = surface-to-surface missile

Abbildung 20: Russische Nuklearstreitkräfte

Quelle: Kristensen/Korda 2020, S.103f

Die RS-18 und RS-12M sind die einzigen ICBM³-Varianten, die von sowjetischen Beständen übernommen wurden. (Kristensen/Korda 2020, S.106) Bis Ende 2021 sollen alle Raketendivisionen mit der Interkontinentalrakete RS-24 ausgerüstet werden und die bestehenden RS-12 ersetzen. (The Military Balance 2019, S.175)

Der Bau von neuen mobilen Eisenbahnraketenkomplexen Barguzin, die mit Interkontinentalraketen bewaffnet sind, wurde aufgrund von budgetären Gründen verschoben. Die finanziellen Mittel werden hauptsächlich für die Entwicklung der flüssigtreibstoffbasierten Interkontinentalrakete RS-28 Sarmat, die wiederum die R-36 ersetzen soll, verwendet. (The Military Balance 2019, S.175)

Die Modernisierung der ICBM-Streitkräfte beinhaltet auch die Anschaffung von neuen Luftabwehrsystemen, unter anderem mit der neuen Laserwaffe Pereswet. (Kristensen/Korda 2020, S.107)

Die derzeit 11 nuklear betriebenen ballistischen Raketen-U-Boote sind in drei Klassen eingeteilt. Jedes U-Boot kann mit 16 SLBMs⁴ bestückt werden, die wiederum mit mehrere MIRVs⁵ bestückt sind. Daraus ergibt sich eine maximale Bestückung der U-Boote von 720 Nuklearsprengköpfen. Aktuell basieren die seegestützten Nuklearstreitkräfte hauptsächlich auf sechs Projekt 667BDRM der dritten Generationen. Diese wurden zwischen 1985 und 1992 in den Dienst gestellt und sind Teil der Nordflotte. Bis 2027 sollen weitere zehn Projekt 955A der vierten Generation die nuklearen Fähigkeiten auf See sicherstellen. (Kristensen/Korda 2020, S.109)

Die russische Luftwaffe betreibt derzeit zwei schwere Bomberklassen, nämlich Tu-160 Blackjack und die Tu-95 MS Bear, die in der Lage sind, nukleare Marschflugkörper Kh-55 und Kh-102 abzufeuern. Insgesamt können etwa 60 bis 70 schwere Bomber mit nuklearen Marschflugkörpern ausgestattet werden. Durch die Modernisierung der Tu-95 soll diese in Zukunft mit bis zu 16 Raketen und die Tu-160 bis zu 15 Raketen ausgestattet werden, potenziell kann so die schwere Bomberflotte mit zu 700 Marschflugkörper ausgerüstet werden. (Kristensen/Korda 2020, S.110)

³ Intercontinental Ballistic Missile

⁴ Submarine-launched ballistic missile

⁵ Multiple independently targetable reentry vehicles

Hinzukommt eine Vielzahl an taktischen nuklearen Waffen, die mithilfe von verschiedenen Waffensystemen wie etwa Mehrzweckjägern oder fahrzeuggebundenen Raketensystemen im Fall einer militärischen Auseinandersetzung eingesetzt werden können. (Kristensen/Korda 2020, S.111ff)

5.8. Rüstungsindustrie

Von den Verteidigungsausgaben werden etwa 40 Prozent für staatliche Beschaffungsprogramme von modernem militärischem Gerät vorgesehen. Das Ziel des Aufrüstungsprogrammes ist es, 70 Prozent des militärischen Gerätes bis 2020 grundlegend zu erneuern. Wenn das militärische Gerät nicht älter als zehn Jahre alt ist, wird in diesem Sinn von „modern“ gesprochen. Es wurden bis 2020 rund 100 Milliarden US-Dollar reserviert, um neues militärisches Gerät von der heimischen Rüstungsindustrie zu entwickeln und zu erproben. (Grätz 2014, S.1ff)

Die immensen Investitionen in die heimische Rüstungsindustrie gleicht einem umfangreichen Konjunkturprogramm zur Förderung der russischen Wirtschaft. Über zwei Millionen Menschen oder umgerechnet fünf Prozent der Bevölkerung sind in der Rüstungsindustrie beschäftigt. Die Russische Föderation ist der zweitgrößte Rüstungsexporteur der Welt und unternimmt den Versuch, die Vereinigten Staaten von Amerika als größten Rüstungsexporteur der Welt zu überholen. Durch die nachhaltigen staatlichen Subventionen sollen neuartige Innovationen gefördert und die Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Rüstungsindustrie verbessert werden. Die globale Wettbewerbsfähigkeit ist bei ballistischen Raketen, U-Booten und Kampfflugzeugen durchaus gegeben. Die russischen Flugabwehrsysteme weisen derzeit sogar eine Marktführerschaft auf und sind deshalb auf dem globalen Rüstungsmarkt besonders beliebt. Hingegen zeigen sich gravierende Mängel in der Radartechnik und auch in Kommunikations- und Informationstechnologie. Das russische Militär ist in diesen Bereichen von westlichen Technologien abhängig, es werden aber Versuche unternommen, die eigenen Kompetenzen durch umfangreiche Kooperationsvereinbarungen mit westlichen Rüstungsunternehmen aufzubauen. Die strukturelle Korruption stellt ein großes Problem für die russische Rüstungsindustrie dar. Es wird davon ausgegangen, dass 20 Prozent der Rüstungsausgaben zweckentfremdet

werden. Weiters kommt es zu häufigen Qualitätsmängeln bei der Serienproduktion von Rüstungsgütern, deshalb kann die Truppe nur unzureichend mit hochtechnologischen Systemen versorgt werden. Eine Vielzahl an Rüstungskomponenten wie etwa Flugzeugmotoren wurden vor der Krimannexion in der Ukraine produziert und im Anschluss zur Komplementierung der einzelnen Waffensysteme in die Russische Föderation geliefert. Aus diesem Grund müssen jetzt entsprechende Importsubstitutionen hergestellt werden, um den eigenen Bedarf nach den jeweiligen Rüstungskomponenten zu decken. (Grätz 2014, S.1ff)

Die ersten Erfolge des ambitionierten Rüstungsprogramms lassen sich sowohl bei der Krimannexion als auch bei der Intervention in Syrien beobachten. Elitetruppen haben strategisch wichtige Punkte zur Kontrolle der öffentlichen Infrastruktur rasch erobert. Das militärische Vorgehen der Elitetruppen wurde gleichzeitig durch militärische Manöver an der russisch-ukrainischen Grenze und durch eine flächenmäßige Propagandakampagne auf der Krim unterstützt. Weiters wurde in Syrien der erste Überseeinsatz seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion durchgeführt. Dabei wurden die Truppen sowohl mithilfe der Marine als auch der Luftwaffe nach Syrien transportiert. Die Koordination zwischen den verschiedenen Truppenteilen wurde im Vergleich zu anderen Konflikten wesentlich verbessert und dadurch konnte das Friendly Fire drastisch reduziert werden. Die größten Probleme konnten beim einzig verbliebenen russischen Flugzeugträger Admiral Kusnezew festgestellt werden. So wurden etwa zwei Kampfflugzeuge bei misslungenen Ladeversuchen auf dem Flugzeugträger zerstört. (Renz 2017, S.1f)

Jedoch ist zu erwarten, dass in den nächsten Jahren das Volumen für militärische Neubeschaffungen deutlich reduziert werden. Dadurch steht die russische Rüstungsindustrie vor der großen Herausforderung, ihre Produktpalette zu diversifizieren und in Zukunft zivile Produkte vermehrt anzubieten. Der Anteil der zivilen Produktion soll bis zum Jahr 2030 auf über 50 Prozent gesteigert werden. Zwischen 2019 und 2024 sollen zivile Güter zur Verbesserung des Gesundheit-, Bildungs- und Wohlfahrtssystems im Wert von 33 Mrd. US-Dollar produziert werden. Um die Nachfrage nach heimischen Produkten wesentlich zu steigern, befürwortet das Ministerium für Industrie und Handel umfangreiche Importbeschränkungen. Bis dato kann jedoch kein klarer Trend zur Diversifizierung der russischen Rüstungsindustrie festgestellt werden. Nur im Jahr 2018

konnte der Anteil der zivilen Produktion in der Rüstungsindustrie ausgeweitet werden.

(Military Balance 2020, S.181f)

	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018
Total output	5.8	5.8	13.9	15.5	12.9	10.7	3.4	-2.5
Total military output	5.8	13.1	17.8	20.1	19.7	9.5	8.2	-10.8
By branch								
Aviation	9	12.3	17.2	18.3	5.2	9	11.7	-12.7
Missile space	10.6	11.8	15.3	8.6	8.9	-0.9	8.3	-4.1
Ground forces	17.1	7	2.8	5.2	-2.6	10.1	6.5	1.6
Munitions	2.5	7.6	9.1	14	22.3	14.4	-6	2.7
Shipbuilding	-13.2	-7.8	1.4	40.7	14.7	3.9	10.9	1.5
Radio-electronics ²	9.9	17.1	29.5	19.9	33	18.5	-11.2	8.8

1. Excludes nuclear industry

2. Includes air-defence-system development and manufacture

Tabelle 22: Russlands Verteidigungsindustrie: jährliche prozentuale Veränderung der Industrieproduktion

Quelle: Military Balance 2020, S.181

6. Conclusion

6.1. Zusammenfassung

Nach den enormen politischen und ökonomischen Verwerfungen, die durch den Zusammenbruch der ehemaligen Sowjetunion entstanden sind, möchte der Langzeitpräsident Vladimir Putin die Russische Föderation als weltpolitische Großmacht wieder etablieren. Auch die russische Bevölkerung wünscht sich nach einer Zeit des politischen Verfalls wieder einen starken Staat, der die Geschicke des Landes lenkt und den Großmachtanspruch in der internationalen Staatengemeinschaft stellt. Dabei stellt sich jedoch die Frage nach der Legitimität dieses Großmachtanspruches. (Klaeren 2004, S.1ff) Der Autor der vorliegenden Arbeit möchte herausfinden, ob die Großmachtansprüche der Russischen Föderation auf der Basis der eigenen militärischen Ressourcen und des potenziellen Vermögens gerechtfertigt sind.

Als methodische Vorgehensweise wurde die Einzelfallstudie ausgewählt. Diese Methode eignet sich besonders gut, wenn das Phänomen in seiner natürlichen Umgebung eingebettet ist und dadurch im Forschungsprozess nicht isoliert betrachtet werden kann. Außerdem kann mithilfe der Einzelfallstudie das Phänomen besonders genau untersucht werden. (Behnke et al. 2010, S.83f)

Weiters dienten der klassische Realismus und der strukturelle Neorealismus als theoretische Grundlage, um die militärischen Ressourcen und das potenzielle Vermögen der Russischen Föderation bewerten zu können. Der klassische Realismus beschäftigt sich u.a. mit den anarchischen Strukturen im internationalen System und dem Machtstreben der einzelnen Staaten. Das Großmachtkonzept spielt im klassischen Realismus eine bedeutsame Rolle, dabei wird zwischen offenen und defensiven Großmächten unterschieden. Der strukturelle Neorealismus geht wie der klassische Realismus auch von der Anarchie im internationalen System aus. Allerdings gehen die VertreterInnen dieser Theorie davon aus, dass die Struktur das Verhalten der politischen AkteuerInnen entscheidend beeinflussen. (Auth 2015, S.55f)

Nach der Machtübernahme von Vladimir Putin im Jahr 2000 wurde auf der Grundlage des Verfassungsentwurfs von 1993 ein autoritäres-semipräsidentielles System etabliert. In der Ära Putin konnten die politische und wirtschaftliche Stabilität wiederhergestellt und der

Einfluss der Oligarchen zurückgedrängt werden. Im Laufe der Zeit wurde durch eine Vielzahl an Reformen die Machtfülle des russischen Präsidenten aufgewertet, gleichzeitig wurde auch der autoritäre Charakter von Putins Regierungsstil ersichtlich.

Außenpolitisch wird schon aufgrund der schieren geografischen und demografischen Größe die starke Hegemonialstellung der Russischen Föderation im postsowjetischen Raum ersichtlich. Die Etablierung einer effektiven Militärallianz oder einer gemeinsamen Wirtschaftsunion im postsowjetischen Raum unter der Führung der Russischen Föderation ist Vladimir Putin aber bis dato nicht gelungen.

Ein ähnliches Bild ergibt sich bei der Analyse der russischen Wirtschaft. Die russische Wirtschaft ist sehr stark von den Einnahmen aus dem Erdöl- und Erdgas Geschäft abhängig. Die Einnahmen aus diesem Bereich werden verwendet, um andere Wirtschaftssektoren zu subventionieren und um der eigenen Bevölkerung billige Energie zur Verfügung zu stellen. Aufgrund der horrenden Korruption leidet die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes und schreckt ausländische KapitalgeberInnen von Investitionen in der Russischen Föderation ab. Die von den westlichen Ländern im Zuge der Ukraine Krise im Jahr 2014 erlassenen Sanktionen haben die Chancen von ausländischen Direktinvestitionen zusätzlich verringert und den Zugang zu wichtigen Technologien verhindert. Aufgrund der enormen Devisen- und Goldreserven gelingt es dem russischen Staat dennoch, die schlimmsten wirtschaftlichen Auswirkungen der Sanktionen abzumildern. Aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Sonderstellung der Erdöl- und Erdgaswirtschaft wird jedoch eine wirtschaftliche Diversifikation der russischen Wirtschaft nur schwer gelingen können.

Weiters wurde bei der Analyse der militärischen Machtressourcen ersichtlich, dass der Modernisierungsgrad der russischen Streitkräfte schon weit vorgeschritten ist. Durch die umfangreichen Militärreformen und den enormen Investitionen konnten die russischen Streitkräfte an die aktuelle Bedrohungslage angepasst werden. Besonders das Inventar der Luftstreitkräfte und der Nuklearstreitkräfte wurde erheblich aufgewertet, um die technologischen Defizite dieser Teilstreitkräfte gegenüber den westlichen Streitkräften zu verringern. Grundsätzlich wurde der überwiegende Teil des militärischen Geräts noch in der Sowjetunion entwickelt und nur einer Kampfwertsteigerung unterzogen. Von dem Hauptkampfpanzer T-14 Armata oder dem Mehrzweckjäger Suchoi Su-57, die als

bedeutsame Neuentwicklungen angepriesen wurden, existieren bis jetzt keine bedeutsamen Stückzahlen.

Trotz dieser Mängel sind die russischen Streitkräfte militärisch den anderen Ländern im postsowjetischen Raum weit überlegen. Zusätzlich verfügt die Russische Föderation neben den Vereinigten Staaten von Amerika über eines der weltweit größten Nuklearwaffenarsenale.

6.2. Beantwortung der Fragestellung

Unter Berücksichtigung aller dargelegten Aspekte kommt der Autor zum Schluss, dass der derzeitige Großmachtanspruch der Russischen Föderation legitim ist. Aufgrund dieser Analyse ergeben sich jedoch erhebliche Zweifel, ob die Russische Föderation in den nächsten Jahrzehnten den Großmachtanspruch verteidigen kann. Gerade die wirtschaftliche Stagnation stellt ein immenses Problem für die russische Führung dar. Aufgrund der angespannten wirtschaftlichen Lage ist nicht zu erwarten, dass die russischen Verteidigungsausgaben deutlich erhöht werden können. Sowohl die Wirtschaft als auch das Militär weisen eine Vielzahl an gravierenden technologischen Mängeln auf. Weiters ist die Machtprojektionsfähigkeit der Russischen Föderation aufgrund der geringen Anzahl an ausländischen Militärbasen und der fehlenden Flugzeugträgerflotte sehr stark auf den postsowjetischen Raum begrenzt.

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Hegemonialstellung der Russischen Föderation aufgrund der noch schwächeren wirtschaftlichen Entwicklungen der Nachbarstaaten im Postsowjetraum in Zukunft nicht verstärkt wird. Auch profitiert die Russische Föderation immens vom sowjetischen Erbe. Als Mitglied des UN-Sicherheitsrats hat das Land die Möglichkeit, die politischen Entwicklungen auf der Welt maßgeblich zu beeinflussen. Auch durch diverse Kampfeinsätze in Georgien, Syrien und Ukraine wurde ersichtlich, dass die Kampfkraft der russischen Streitkräfte unter keinen Umständen unterschätzt werden sollte. Außerdem werden die Großmachtansprüche der Russischen Föderation durch die enormen Modernisierungsanstrengungen des eigenen Nuklearwaffenarsenals zusätzlich unterstrichen.

6.3. Limitation

Als Betrachtungszeitung wurde der Beginn der ersten Amtszeit von Vladimir Putin im Jahr 2000 bis zum Jahr 2020 gewählt. Vladimir Putin befindet sich derzeit in der vierten Amtszeit als russischer Präsident. Unterbrochen wurde diese Ära von 2008 bis 2012 in der Amtszeit von Dmitri Medwedew. Während der Amtszeit von Dmitri Medwedew war Vladimir Putin als Ministerpräsident tätig.

In der Analyse wurden ausschließlich die politischen, wirtschaftlichen und militärischen Machtressourcen der Russischen Föderation näher diskutiert. Trotz der örtlichen Einschränkung auf die Russische Föderation wurde es vom Autor für sinnvoll erachtet, in gewissen Kapiteln ein Ländervergleich vorzunehmen. Die Ländervergleiche dienen hauptsächlich zur Schaffung eines verbesserten Verständnisses für die vorliegende Thematik.

Literaturverzeichnis

Aris, B. (2013). Russlands-Reaktion auf den Magnitsky Act und die Beziehungen zum Westen. Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Russland Analysen Nr.252.

Auth, G. (2014). Theorien der internationalen Beziehungen kompakt. De Gruyter Oldenburg.

Bänsch, A., & Alewell, D. (2020). Wissenschaftliches Arbeiten. De Gruyter Oldenburg.

Beer, S. (2020). Russland: Wirtschaft und Handelsbeziehung unter Stress. IW-Report. No. 32/2020. Institut der deutschen Wirtschaft (IW), Köln.

Behnke, J., Baur, N., & Behnke, N. (2010). Empirische Methoden der Politikwissenschaft (Vol. 2). Paderborn: Schöningh.

Boulding, K. (1989). Three Faces of Power. Newbury Park Calif.

Bpb (2021). Bundeszentrale für politische Bildung, Eurasische Wirtschaftsunion, Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-europalexikon/176830/eurasische-wirtschaftsunion> (Abrufdatum 18.03.2020).

cia.gov (2021). Russia: Explore All Countries, Verfügbar unter: <https://www.cia.gov/the-world-factbook/countries/russia/> (Abrufdatum: 02.04.2020).

data.worldbank (2021). World Bank Open Data. Verfügbar unter: <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.PCAP.CD?end=2019&locations=RU-FR-GB-US-CN-IN&start=2000> (Abrufdatum: 16.03.2021).

Dawisha, K. (2015). Putin's kleptocracy: who owns Russia?. Simon and Schuster.

DIA (2017). Russia Military Power. Building a Military to Support Great Power Aspirations. Defense Intelligence.

Donaldson, R. H., & Nadkarni, V. (2018). The foreign policy of Russia: changing systems, enduring interests. Routledge.

Doroshenko, Egor N. (2014). Änderungen der Verfassung der Russischen Föderation. In: Fadeev, Vladimir I. & Schulze, Carola (Hrsg.). Potsdam. Universitätsverlag Potsdam. S.29-36.

Dreger, Christian; Kholodilin, Konstantin (2015): Der Rubel zwischen Hammer und Amboss: Der Einfluss von Ölpreisen und Wirtschaftssanktionen. DIW Wochenbericht. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Vol. 82, Iss. 44, pp. 1051-1056.

Dudley, B. (2018). BP statistical review of world energy. BP Statistical Review, London, UK, 67th edition.

Frankenberger, R. (2012). Frühling–ja, aber wo? Russland im 21. Jahrhundert. GWP–Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. 61(2). S. 19-20.

Göthlich, Stephan E. (2003). Fallstudien als Forschungsmethode. Nummer 578, Universität Kiel, Institut für Betriebswirtschaftslehre, Kiel.

Götz, R. (2006). Russlands Öl und Europa. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Grätz, J. (2013). Russland als globaler Wirtschaftsakteur: Handlungsressourcen und Strategien der Öl- und Gaskonzerne. Oldenburg Wissenschaftsverlag.

Grätz, Jonas (2014), Russlands Militärreform: Fortschritte und Hürden. CSS Analysen zur Sicherheitspolitik. Nr.152. ETH Zürich.

Grieco, J. M. (1990). Cooperation among nations: Europe, America, and non-tariff barriers to trade. Cornell University Press.

Grüder-Heinemann, A. (2019). Russische Außen- und Sicherheitspolitik. GWP–Gesellschaft. Wirtschaft. Politik. 68(4). 15-16.

Hartmann, J. (2013). Russland: Einführung in das politische System und Vergleich mit den postsowjetischen Staaten. Springer-Verlag.

Heinemann-Grüder, A. (2018), Föderalismus in Russland. Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/47962/foederalismus> (Abrufdatum: 07.11.2018).

Heinrich, A., & Pleines, H. (2012). Resource Challenges: Die politische Dimension von Ölbooms. Neue Politische Literatur. 2012(3). S.443-477.

Hoffmann, K. (2017). Eurasien. In: Koschut, Simon (Hrsg.). Regionen und Regionalismus in den Internationalen Beziehungen. Wiesbaden. VS Verlag für Sozialwissenschaften. S.75-91.

IMF (2020) Economic Outlook Update. International Monetary Fund. Washington, D.C.

Kalinina, A. (2012). Corruption in Russia as a Business: Putin's Palace Case Study.

Klaeren, J. (2004). Information zur Politischen Bildung. Heft 281. Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar unter: <https://www.bpb.de/izpb/9410/zu-diesem-heft> (Abrufdatum: 14.04.2020).

Klein, M. (2015). Russlands neue Militärdoktrin: NATO, USA und "farbige Revolutionen" im Fokus. SWP-Aktuell 12. Stiftung Wissenschaft und Politik.

Klein, M. (2018). Russlands Militärpolitik im postsowjetischen Raum: Ziele, Instrumente und Perspektiven. SWP-Studie 19. Stiftung Wissenschaft und Politik

Kluge, J. (2018). Russlands Staatshaushalt unter Druck: finanzielle und politische Risiken der Stagnation. Leipzig: Stiftung Wissenschaft und Politik - SWP Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.

Kolev, G. (2016). Strukturelle Schwäche der russischen Wirtschaft. Wirtschaftsdienst. 96(5). 357-363.

Krauthammer, C. (1990). The unipolar moment. Foreign Affairs. 70. 23.

Kristensen, H. M., & Korda, M. (2020). Russian nuclear forces, 2020. Bulletin of the Atomic Scientists. 76(2). 102-117.

Lemke, C. (2008). Internationale Beziehungen: Grundkonzepte, Theorien und Problemfelder. 2., überarb. Aufl.- München [ua]: Oldenburg.

Maul, C., & Grupe, C. (2010). Rußlands Ressourcen-Fluch oder Segen?. Lang,.

Maull, H. (2007), Russland, inc.: Nachzügler oder Vorreiter postmoderner Weltmachtpolitik?, in: Russland in der internationalen Politik – Rückkehr einer Großmacht?.

Mayring, P. (1994). Qualitative Inhaltsanalyse. In: A. Boehm, A. Mengel, & T. Muhr (Hrsg.). Texte verstehen: Konzepte, Methoden, Werkzeuge. Heft 14, S. 159-175.

Mearsheimer, J. (1995). The False Promise of International Institutions. International Security 19 (3): 5-49.

Mearsheimer, J. J. (2014). Why the Ukraine crisis is the West's fault: the liberal delusions that provoked Putin. Foreign Aff., 93, 77.

Meister, S. (2008). Russland und der Krieg gegen Georgien. DGAP-Standpunkt, 14. Berlin. Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V..

Military Balance (2016). Chapter Five: Russia and Eurasia. The Military Balance. 116:1. 163-210.

Military Balance (2017). Chapter Five: Russia and Eurasia. The Military Balance. 117:1. 183-236.

Military Balance (2018). Chapter Five: Russia and Eurasia. The Military Balance. 118:1, 169-218.

Military Balance (2019). Chapter Five: Russia and Eurasia. The Military Balance. 119:1. 166-221.

Military Balance (2020). Chapter Five: Russia and Eurasia. The Military Balance. 120:1. 166-219.

Military Balance (2021). Chapter Five: Russia and Eurasia. The Military Balance. 121:1. 164-217.

Pynnöniemi, K. (2018). Russia's national security strategy: Analysis of conceptual evolution. The Journal of Slavic Military Studies, 31(2), 240-256.

Radin, A., Davis, E., Geist, E., Han, E., Massicot, D., Povlock, M., ... & Long, A. (2019). What Will Russian Military Capabilities Look Like in the Future?. RAND Research Brief.

Renz, B. (2017). Russlands modernisiertes Militär: Die Lehren aus der Krim und aus Syrien. Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.. Russland Analysen Nr.328.

Russisches Verteidigungsministerium (2020). Objectives of the Russian Armed Forces. Verfügbar unter: <https://eng.mil.ru/en/mission/tasks.htm> (Abrufdatum: 04.11.2020)

Schimmelfennig, F. (2017). Internationale Politik. 5. Auflage. Paderborn. Ferdinand Schöningh Verlag

Schneider, E. (1999). Das politische System der russischen Föderation. Eine Einführung

Schulze, S. (2013). Russland: reformschwach und innovationsarm. Wirtschaftsdienst, 93(8), 575-576.

Schwethelm, J. (2005). Russland auf dem Weg zum Sozialstaat?. Friedrich-Ebert-Stiftung. Internationale Politikanalyse Europäische Politik. Politikinformation Osteuropa.

Sesink, W. (2014). Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten. In Einführung in das wissenschaftliche Arbeiten. Oldenburg Wissenschaftsverlag.

Tichonova, N. (2010). Analyse: Armut in Russland. Bundeszentrale für politische Bildung. Verfügbar unter: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/analysen/48264/analyse-armut-in-russland?p=all> (Abrufdatum: 06.11.2020).

Transparency (2006). Transparency International Annual Report. Verfügbar unter: https://images.transparencycdn.org/images/2006_AnnualReportAsiaSection_EN.pdf (Abrufdatum: 02.09.2020).

Transparency (2017). Korruptionswahrnehmungsindex. Verfügbar unter: https://www.transparency.org/news/feature/corruption_perceptions_index_2017 (Abrufdatum: 22.07.2020).

Triebe, B. (2017). Russlands Staatsfinanzen – aussen stabil und innen schief. Neue Züricher Zeitung. nzz.at, Verfügbar unter: <https://www.nzz.ch/wirtschaft/russlands-staatsfinanzen-aussen-stabil-und-innen-schief-ld.1342220> (12.11.2020).

Tsygankov, A. P. (2019). Russia's foreign policy: change and continuity in national identity. Rowman & Littlefield.

Vinokurov, E. (2017). Eurasian Economic Union: Current state and preliminary results. Russian Journal of Economics, 3(1), 54-70.

Waltz, K. N. (1979). Theory of international politics, Columbia University.

Waltz, K. N. (1993). The emerging structure of international politics. International security, 18(2), 44-79.

Weber, M. (1956). Wirtschaft und Gesellschaft, Tübingen: Mohr.

Weltbank (2016a). Russia's Economic Report: No.35: Washington. DC: World Bank.

Weltbank (2016b). Russia's Economic Report: No.36: Washington. DC: World Bank.

Weltbank (2017a). Russia's Economic Report: No.37: Washington. DC: World Bank.

Weltbank (2017b). Russia Economic Report: No. 38: Washington. DC: World Bank.

Weltbank (2018a). Russia's Economic Report. No.39. Washington. DC: World Bank.

Weltbank (2018b). Russia's Economic Report: No.40. Washington. DC: World Bank.

Weltbank (2019a). Russia's Economic Report: No.41. Washington. DC: World Bank.

Weltbank (2019b). Russia's Economic Report. No. 42. Washington. DC: World Bank.

Weltbank (2020a). Russia's Economic Report. No. 43. Washington. DC: World Bank.

Weltbank (2020b). Russia's Economic Report. No.44. Washington. DC: World Bank.

Weltbank (2021). Russia's Economic Report: No.45. Washington. DC: World Bank.

Wolfer, A. (1962). Discord and collaboration: essays on international politics. Johns Hopkins University Press.

Yin, R. K. (1994). Case study research: Design and methods. sage publications.

Yin, R. K. (2003). Designing case studies. Qualitative Research Methods, 5, 359-386.

Zassoursky, I. (2016). Media and power in post-Soviet Russia. Routledge.